Deutsche Wiedervereinigung eine kommunistische Täuschung?

Waren der Mauerfall und das Ende der Sowjetunion inszeniert, um den EU-Superstaat zu schaffen?

Seite 44

Marxisten beider Machtblöcke planten die EU gemeinsam

Strippenzieher aus dem Westen besprachen im Moskauer Zentralkomitee drei Jahre vor Gründung der EU die Zukunft Europas in einem föderalen Staat.

Seite 38

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 23, Februar 2019

CHF 9.50 / Euro 8.00

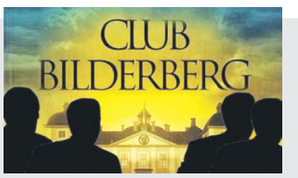
Die Geschichte der EUdSSR

EUdSSR ist eine schlagwortartige Bezeichnung der Europäischen Union (EU) in Anlehnung an die UdSSR, die ihre Kritiker verwenden, um ihre zentralistische Vereinnahmung und totalitäre Kontrolle der europäischen Bevölkerung zu bemängeln. Doch der Begriff EUdSSR deutet nicht auf rein zufällige ideologische Parallelen zwischen der EU und der Sowjetunion hin. Vielmehr ist eine vollkommen eindeutige historische Linie von den ersten Planungen Trotzkis zu Gorbatschows Perestroika über das Ende der UdSSR bis zur Gründung der EU auszumachen, die bestätigt, dass die Kommunisten und ihre Hintermänner aus dem Westen ihre Pläne erfolgreich verwirklichen konnten.

Der kommunistische Hintergrund der Europäischen Union

Die «Vereinigten Staaten von Europa» sind seit Trotzki ein Ziel der kommunistischen Strategie.

Seite 6



Volkswille Fehlanzeige: EU ein Projekt von Geheimorganisationen?

Ein Ziel der Geheimtagung «Bilderberg» war seit 1955 die «Vereinigung Europas».

Seite 21

Planten die Nazis auch eine Europäische Union?

Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Grossreich-Pläne, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegeisselt werden?

Seite 58

«Die Vereinigten Staaten von Europa sind der politische Ausdruck des Gedankens, dass der Sozialismus in einem Lande unmöglich ist. Gewiss: seine völlige Entwicklung kann er auch nicht im Rahmen eines Kontinents erreichen. Die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa sind die Parole einer historischen Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Weltföderation.»

Leo Trotzki, «Die Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa», 1929

In der öffentlichen Wahrnehmung und offiziellen Geschichtsschreibung erscheint die EU immer noch als Friedensprojekt, das aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg entstand, und in dem sich die Völker demokratisch vereinigten, um miteinander zu kooperieren, statt Krieg gegeneinander zu führen. Die Parallelen zur Weltorganisation UNO aus der letzten ExpressZeitungs-Ausgabe (22/Dezember 2018) liegen auf der Hand:

Ist der Krieg der «Vater aller supranationalen Organisationen»? Wie in der letzten Ausgabe beschrieben, waren die Weltkriege eine Art Horrorszenario einer national organisierten Welt, die diese ein für alle Mal diskreditierten – oder diskreditieren sollten? Denn diese Konflikte bargen für eine bestimmte Machtgruppe, die auch in dieser Ausgabe wieder ausführlich unter die Lupe genommen wird, einen grossen Vorteil: Während meistens die Opfer und das unendliche Leid beklagt werden, wird oft vergessen zu erwähnen, dass insbesondere durch den Ersten Weltkrieg die alte Ordnung beseitigt wurde, nämlich die europäischen Monarchien. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Gründung von manipulierbaren Demokratien und schliesslich einer einzigen Weltregierung. Durch die Weltkriege wurden den Völkern supranationale Organisationen sowie die Auslöschung der herkömmlichen Herrschaftsstrukturen quasi verkauft.

In der ARD-Sendung «Pelzig unterhält sich» am 20. Mai 2010 sagte der bayerische Ministerpräsident zum Moderator:

Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 de [CC BY-SA 3.0 de (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)] https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0b/2013-04-11_Horst_Seehofer_%28Landtag%29_102.JPG

«Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!»

Die Behauptung, EU und UNO seien durch die Zwei Weltkriege entstanden, muss deshalb angezweifelt werden, denn die Planungen für solche Organisationen lange vor dem Ersten Weltkrieg deuten vielmehr darauf hin, dass die Kriege eigentlich aus der Idee der angestrebten Projekte EU/UNO heraus entstanden waren. Musste man erst einen verheerenden Brand in Europa legen, um danach die EU als Alternative anzubieten? Die Ursprünge der EU lassen sich schliesslich auf dieselben elitären Kreise zurückführen, die auch hinter der UN steckten – mehr dazu in der vorliegenden Ausgabe.

Denn ist die Strategie nicht immer dieselbe? Man erschafft ein Problem (Kriege), wartet auf die vorhersehbare Reaktion (Angst und Schrecken) und bietet seine schon zuvor geplante Lösung an. Problem-Reaktion-Lösung. So kann man die Weltbevölkerung mit erzeugten Krisen in immer grösser werdende Machtkonstrukte treiben. Alles nur Verschwörungstheore? Wohl kaum: Auch diese Ausgabe wird detailliert aufzeigen, dass eine geheime Elite existiert, die den grossen Traum der Weltherrschaft träumt. Und wenn dieser Traum einmal verwirklicht ist, dann steht die Menschheit tatsächlich vor einem ewigen Frieden – allerdings in einer totalen Tyrannei. Denn hinter der ewigen Phrase vom Weltfrieden oder eben der EU als «Friedensprojekt» verbirgt sich in Wahrheit eine totale Weltdiktatur, auf die wir uns zubewegen, in der die menschliche Freiheit und Natur total erstickt werden sollen und die damit per Definition natürlich auch nicht friedlich im eigentlichen Sinne sein wird.

Fortsetzung auf Seite 4

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Erscheinung	10 x jährlich im Abonnement
Preis	Jahresabo: SFr 69.- / EUR 59.-
Bestellung	www.Shop.ExpressZeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / André Barmettler *(ab)*
Gastautoren	Gerhard Wisnewski *(gw)*, Torsten Mann *(tm)* und Oliver Janich *(oj)*
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	März 2019

Thema der Ausgabe:

Die Geschichte der EUdSSR

EUdSSR ist eine schlagwortartige Bezeichnung der Europäischen Union (EU) in Anlehnung an die UdSSR, die ihre Kritiker verwenden, um ihre zentralistische Vereinnahmung und totalitäre Kontrolle der europäischen Bevölkerung zu bemängeln. Doch der Begriff EUdSSR deutet nicht auf rein zufällige ideologische Parallelen zwischen der EU und der Sowjetunion hin. Vielmehr ist eine vollkommen eindeutige historische Linie von den ersten Planungen Trotzkis zu Gorbatschows Perestroika über das Ende der UdSSR bis zur Gründung der EU auszumachen, die bestätigt, dass die Kommunisten und ihre Hintermänner aus dem Westen ihre Pläne erfolgreich verwirklichen konnten.

4

Geopolitik

Der kommunistische Hintergrund der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) hat nachweislich ihre Wurzeln im Kommunismus. Tatsächlich wurde die Errichtung der «Vereinigten Staaten von Europa» bereits im Oktober 1914 von Leo Trotzki öffentlich zu einem wichtigen Zwischenziel der kommunistischen Strategie erklärt. 6

Geschichte

Volkswille Fehlanzeige: Die EU ein Projekt von Geheimorganisationen?

Anfang der 50er-Jahre rief der Jesuit Joseph Retinger im Westen die «Bilderberg»- Konferenzen ins Leben, deren Endziel, wie aus einem Gesprächsprotokoll hervorgeht, die «Vereinigung Europas» war. 21

Marxisten beider Machtblöcke planten die EU gemeinsam

Am 18. Januar 1989 besuchte eine hochkarätige Delegation des Bilderberg-Ablegers Trilaterale Kommission das Zentralkomitee in Moskau, um über die Auflösung der Sowjetunion und die Zukunft Europas in einer «Föderation von Staaten» zu diskutieren. 38

Fall der Mauer: Abgekartetes Spiel zur Schaffung des EU-Superstaats?

Die meisten Oppositionellen und Dissidenten der Perestroika-Zeit forderten nicht das Ende des Kommunismus und die Einführung einer Marktwirtschaft, sondern eine Art Weiterentwicklung des Kommunismus, der ihn menschenfreundlicher gestalten sollte - das Hauptziel der Perestroika. 44

Planten die Nazis auch eine Europäische Union?

Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Ziele, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegeisselt werden? D.h. die Unterwerfung Europas unter ein einziges Regime – allerdings nicht durch Eroberung, sondern im Falle der EU durch Diplomatie. 58

Politik

Die EU und ihre Preise

Die EU verleiht ihren treuesten Dienern Preise im Namen von moralisch höchst fragwürdigen Persönlichkeiten. 63

Auf einen Blick

- Die allmählich auf einen Superstaat zustrebende Europäische Union (EU) hat nachweislich ihre Wurzeln im Kommunismus. Tatsächlich wurde die Errichtung der «Vereinigten Staaten von Europa» bereits im Oktober 1914 – also noch vor der Oktoberrevolution – von dem russischen Revolutionär Leo Trotzki öffentlich zu einem wichtigen Zwischenziel der kommunistischen Strategie erklärt.

- Etwa 70 Jahre nach Trotzkis Forderung, führte die Sowjetunion im Rahmen der sogenannten «Perestroika» (russisch für Umgestaltung) scheinbar eine kontrollierte Liberalisierung durch, die dem Westen eine Schein-Auflösung des Kommunismus vorspielte, wodurch die Voraussetzungen geschaffen wurden, um ein sozialistisches Vereintes Europa zu schaffen. (siehe S.6 ff.)

- Anfang der 50er-Jahre rief der Jesuit Joseph Retinger im Westen die «Bilderberg»-Konferenzen ins Leben, deren Endziel, wie aus einem Gesprächsprotokoll hervorgeht, die «Vereinigung Europas» war. Dieser erlesene Zirkel mit einflussreichen Personen aus Europa und den USA legte zusammen mit der CIA die Bausteine unseres heutigen EU-Apparats. (siehe S.21 ff.)

- Am 18. Januar 1989 besuchte eine hochkarätige Delegation des Bilderberg-Ablegers Trilaterale Kommission (TK) das Zentralkomitee in Moskau, um Gespräche mit Michail Gorbatschow und weiteren Spitzen der KPDSU zu führen. Die inzwischen veröffentlichten Gesprächsprotokolle dieses Treffens legen offen, dass Gorbatschow dort mit der TK über die Auflösung der Sowjetunion und die Zukunft Europas in einer «Föderation von Staaten» diskutierte – viele Monate vor dem Mauerfall und drei Jahre vor Gründung der EU. (siehe S.38 ff.)

- Glaubwürdige Überläufer berichteten, die kontrollierte Perestroika-Opposition wäre heimlich vom sowjetischen Geheimdienst KGB rekrutiert worden und hätte für die Öffentlichkeit die Rolle von Regimekritikern nur spielen sollen. In der Tat forderten z.B. in der DDR die meisten Oppositionellen und Dissidenten nicht das Ende des Kommunismus und die Einführung einer Marktwirtschaft, sondern eine Art Weiterentwicklung des Kommunismus, der ihn menschenfreundlicher gestalten sollte - das Hauptziel der Perestroika.

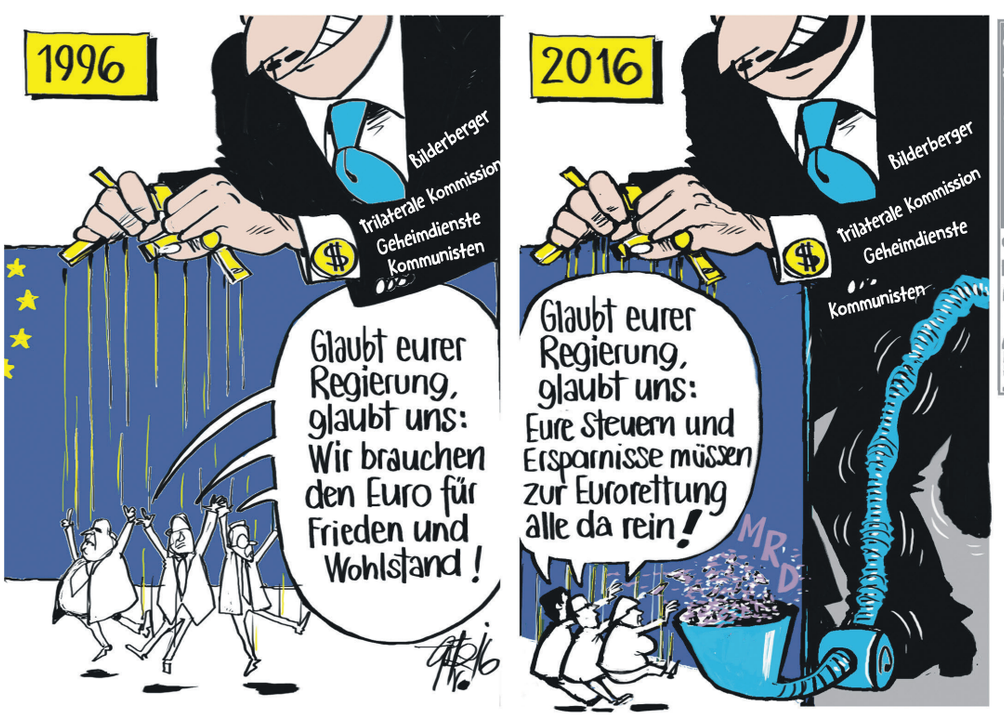
- Wie es scheint, führte die gesteuerte Perestroika-Opposition den kontrollierten Untergang der Sowjetunion herbei, um daraufhin das «Gemeinsame Europäische Haus» errichten zu können. Protagonisten dieser Zeit gingen nach der Wende in die Politik und befinden sich sogar bis heute in hohen Ämtern der BRD – allen voran EU-First-Lady Angela Merkel, damals laut Zeitzeugen FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation in der DDR. (siehe S.44 ff.)

Wer UNO sagt,

Fortsetzung von Seite 2

Der Gründungsmythos der EU lautet also «Frieden in Europa» (übersetzt: Tyrannei in Europa) als Vorstufe zum Weltfrieden (Welttyrannei der UNO oder einer Nachfolgeorganisation). So schrieb unser Autor Gerhard Wisnewski in der Vorgängerausgabe Nr.22: «Bezeichnenderweise warnten EU-Politiker 2015 im Zuge der ‚Flüchtlingskrise' vor einem Zerfall der Europäischen Union und einem darauffolgenden Krieg, wie etwa der luxemburgische Aussenminister Jean Asselborn. Die Europäische Union, die einen wichtigen Baustein des angestrebten Weltstaates darstellt, scheint also untrennbar mit dem Friedenszustand verbunden zu sein. Tatsächlich ist auch davon auszugehen, dass die globalen Strategen bei einem Zerfall der EU oder gar der UNO der Menschheit eine weitere ‚Lektion' in Form eines grossen Krieges erteilen würden. 2016, nach dem britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft, konnte man unterschwellig bedrohliche Texte in den Medien lesen: ‚70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Katerstimmung in Europa vorbei, und es sieht stark danach aus, als hätten die Europäer Lust aufs nächste Besäufnis', schrieb zum Beispiel ein gewisser Timor Vermes auf Spiegel Online (29.6.2016). So, als würde ein Volk wie die Briten, das sich für mehr Unabhängigkeit entscheidet, implizit gleich den Krieg wählen. Als gäbe es also so etwas wie ein unterschwelliges Ultimatum. Der Krieg ist die permanente Drohung, die über der Einigung schwebt. Vermes' These lautet, ‚dass Menschen nicht plötzlich verrückt werden. Sondern dass sie nur vorübergehend leidlich vernünftig waren.' Übersetzt heisst das, dass der Zusammenschluss Europas in der EU nur ein vorübergehender Anfall von Vernunft gewesen sei und dass die Staaten offenbar Lust auf einen neuen Krieg hätten. Wobei die Begriffe ‚Vernunft' und ‚vernünftig' eine Oberlehrerhaltung verraten, so als gäbe es etwa ein ‚belehrendes Subjekt', das den Europäern nun leider noch eine Lektion erteilen müsste.»

«Bestand die Methode der Unterwerfung früher vor allem in offenem Krieg und Unterdrückung, wurde sie inzwischen um den verdeckten Krieg und die «Soft Power» ergänzt. Ihre Mittel bestehen aus Überzeugung, Verführung, Manipulation, Indoktrination, Intrigen, Betrug und Sabotage. Genauer gesagt haben die modernen Strategen



© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

muss auch EU sagen

der Weltherrschaft offenen Krieg und falschen Frieden kombiniert - nach dem Motto «Zuckerbrot und Peitsche»: Entweder unterwirfst du dich der EU oder der UNO, oder es gibt wieder einen Weltkrieg. Also eine implizite Erpressung. Botschaft: Höllischen Kriegen wie diesen könnt ihr nur entgehen, wenn ihr euch endlich zu einer Weltorganisation oder einem Weltstaat zusammenschliesst! Die beiden Weltkriege dienten daher der Errichtung einer «Neuen Weltordnung», durch die Kriege angeblich unmöglich werden sollten. In Wirklichkeit, und das ist ein zentraler Punkt, in dem wir die Betrachtungsweise der internationalen Politik vom Kopf auf die Füsse stellen müssen, ging es nur um die Fortsetzung der Weltkriege mit anderen Mitteln», so Wisnewski.

Genau wie die UNO wurde auch die EU von niemand anderem als von brutalen kommunistischen Massenmördern, eiskalten Machtstrategen und Kriegsherren (wie z.B. Winston Churchill) erdacht und geschaffen. Während wir in der letzten Ausgabe vor allem britische Imperialisten als Urheber der UN-Pläne beleuchteten (im Mittelpunkt die britische Roundtable-Gruppe), wollen wir den Kreis der globalen Strippenzieher auf den kommenden Seiten um weitere geheime Machtgruppen erweitern, die die Agenda der Roundtable-Gruppe weiterführen: Allen voran die Bilderberger, die eine europäische Staatengemeinschaft mit Einheitswährung schon 1955 andachten. Man darf nicht müde werden, zu betonen, dass Organisationen wie die Bilderberger ein zwar sehr heimlicher, aber zumindest sichtbarer Teil einer internationalen Bankenelite sind, die die kommunistische Oktoberrevolution 1917 mit ihren Finanztransfers erst ermöglicht hatte. Einer ihrer Agenten namens Olof Aschberg wurde damals sogar von der deutschen Presse als «Bankier der Weltrevolution» bezeichnet.

So deuten finanzielle Verbindungen, personelle Überschneidungen und primär natürlich die deckungsgleiche Agenda von Roundtable-Gruppe, Bilderbergern und Kommunisten darauf hin, dass es sich hierbei tatsächlich um eine globale Verschwörung handelt, die – so hollywoodreif es auch klingt – nach der Weltherrschaft strebt. Und deshalb ist auch die EU als Kind dieser Kabale weder ein natürlich entstandenes, noch von den Völkern erwünschtes Projekt, sondern ein lange gehegter Plan zur totalen Kontrolle einiger Weniger über den gesamten Planeten. ***(tk)***

Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: «Ich bin der Faschismus.» Nein, er wird sagen: «Ich bin der Antifaschismus».»

Ignazio Silone, italienischer Schriftsteller

Europäische Union

von Torsten Mann

Der kommunistische

Glaubt man der offiziellen Geschichtsschreibung, dann waren die wichtigsten Motive hinter der europäischen Integration, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Montanunion zwischen Westdeutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden erstmals Gestalt annahm, nicht nur die Verhütung eines neuen Krieges in Europa, sondern auch die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents. Gemäss dieser Darstellung sei der Nationalismus die grösste Gefahr für den Frieden, während die Zollschranken zwischen den einzelnen Nationalstaaten als Hindernisse für die wirtschaftliche Prosperität der europäischen Völker gelten. In seltener Einigkeit wird dieses Narrativ von der Politik über nahezu das gesamte Parteienspektrum hinweg vertreten, von den Massenmedien gebetsmühlenartig repetiert und in der öffentlichen Diskussion kaum jemals hinterfragt. Das vereinigte Europa gilt gemeinhin als Garant des Friedens, der Demokratie und der wirtschaftlichen Prosperität, und weil die heutige Europäische Union auf der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Westeuropäischen Union der 1950er Jahre aufbaut, wird sogar behauptet, die europäische Integration sei das Projekt einer konservativen oder sogar explizit antisowjetischen Politik, schliesslich war u.a. Konrad Adenauer an der Gründung dieser Institutionen beteiligt, dessen antikommunistische Gesinnung unbestritten ist. Doch diese Darstellung unterschlägt vollständig die Vorgeschichte der europäischen Integration, die nicht erst in den 1950er Jahren begann, sondern die mindestens bis in die 1920er Jahre und damit in eine Zeit zurückreicht, als noch ganz offen ausgesprochen wurde, welche revolutionären Ziele mit der Vereinigung Europas in Wirklichkeit verfolgt werden. Inzwischen hat die öffentliche Meinung vergessen, dass das Konzept der europäischen Integration in einer Zeit erdacht wurde, als in Deutschland und Russland noch die Monarchie herrschte und als es für die meisten Bürger angesichts der verheerenden Zustände in der Sowjetunion noch offensichtlich war, dass es nicht im Sinne ihres Wohlstands und ihrer Freiheit sein konnte, die Ordnung der verschiedenen Staaten aufzulösen und sie in einen künstlichen europäischen Einheitsstaat zu überführen.

Trotzki prägte die Parole der «Vereinigten Staaten von Europa»

Tatsächlich wurde die Errichtung der «Vereinigten Staaten von Europa» bereits im Oktober 1914 – also noch vor der Oktoberrevolution – von dem russischen Revolutionär Leo Trotzki öffentlich zu einem wichtigen Zwischenziel der kommunistischen Strategie erklärt. Vor dem Hintergrund des erst wenige Monate zuvor ausgebrochenen Ersten Weltkrieges schrieb Trotzki, dieser Krieg verkünde den Zusammenbruch der europäischen Nationalstaaten, die «zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung» in Europa geworden seien, weshalb es für das Proletariat nun nicht mehr um «die Verteidigung des überlebten nationalen ‚Vaterlandes'» gehen könne, sondern «um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt».[1] Das Proletariat müsse mit der «Methode der sozialen Revolution» die «sozialistische Organisation der Weltwirtschaft» anstreben, um damit dauerhaft den Frieden zu sichern.[2]

Trotzki forderte also nicht nur die Errichtung der «Vereinigten Staaten von Eu-

> «Die kurzfristige Sichtweise des Kapitalismus kann sich die langen Zeitspannen nicht vorstellen, über die wir vorausplanen können.»
>
> *Lawrenti Beria, Geheimdienstchef der Sowjetunion, frühe 1950er Jahre*

ropa», sondern er verband diese Forderung schon damals explizit mit der Behauptung, die Nationalstaaten stünden der wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents im Weg, was die Ursache für den Ausbruch des Krieges gewesen sei. Mehr noch, Trotzki benannte im Jahr 1929 sogar explizit die Kohle und das Eisen als «die grundlegenden Probleme der europäischen Wirtschaft», womit er die zwei Jahrzehnte später verwirklichte Montanunion vorwegnahm, die die europäische Kohle- und Stahlindustrie vereinheitlichte.[3] Schon im Jahr 1923 hatte Trotzki geschrieben, dass er keine Prophezeiungen abgeben werde, «in welchem Tempo sich die Vereinigung der europäischen Republiken vollziehen, welchen Zentralisationsgrad die europäische Wirtschaft in der ersten Periode [...] erreichen wird.» [4] Aber das eine sei klar, «dass die Zollschranken beseitigt werden müssen. Die

> «Der Einfluss des Blutadels sinkt, der Einfluss des Geistesadels wächst. Diese Entwicklung, und damit das Chaos moderner Politik, wird erst dann ihr Ende finden, bis eine geistige Aristokratie die Machtmittel der Gesellschaft: Pulver, Gold und Druckerschwärze an sich reisst und zum Segen der Allgemeinheit verwendet. [...] Eine entscheidende Etappe zu diesem Ziel bildet der russische Bolschewismus, wo eine kleine Schar kommunistischer Geistesaristokraten das Land regiert und bewusst mit dem plutokratischen Demokratismus bricht, der heute die übrige Welt beherrscht.»
>
> *Richard Coudenhove-Kalergi, Initiator der europäischen Vereinigung in seinem Buch «Praktischer Idealismus» von 1925*

Hintergrund der Europäischen Union

europäischen Völker müssen in Europa eine Arena der vereinigten planmässigen Wirtschaft erblicken.»[5]

Dabei wies Trotzki ausdrücklich darauf hin, dass die von ihm als «Arbeiterregierung» oder als «Arbeiter- und Bauernregime» bezeichnete erste Periode der europäischen Integration lediglich «eine Etappe» auf dem Weg «zur Diktatur des Proletariats» sei, was im Klartext nichts anderes bedeutet, als dass die Vereinigung Europas im Anschluss an den Sturz der europäischen Monarchien zunächst auf einer sozialdemokratischen Basis erfolgen würde, woraufhin erst später die Errichtung des Kommunismus folgen sollte. In etwa so geschah es auch: Der Zweite Weltkrieg hinterliess eine europäische Ordnung aus mehreren sozialdemokratischen Staaten, die sich im Laufe der Jahrzehnte immer enger zu einer einheitlichen politischen Union zusammenschlossen.

> «Wir werden Europa vereinigen. Wir werden es gegen die uns feindliche kapitalistische Welt vereinigen. Wir werden es zu einer mächtigen bewaffneten Basis des kämpfenden Sozialismus machen. Wir werden es zum Eckstein der sozialistischen Weltföderation machen.»
>
> *Leo Trotzki, russischer Revolutionär*
>
> Quelle: Leo Trotzki, «Die Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa», 1929

Das zeigt, dass der inzwischen allgegenwärtigen wirtschaftlichen und friedenspolitischen Begründung der europäischen Integration in Wirklichkeit eine trotzkistische Argumentationsweise zugrunde liegt, auch wenn in der öffentlichen Debatte mittlerweile jeder Hinweis darauf tunlichst verschwiegen wird, dass diese Entwicklung zieldeterminiert zunächst auf die sozialistische Organisation der europäischen Wirtschaft und anschliessend der Weltwirtschaft zustrebt, um diese letztlich in den Weltkommunismus zu überführen. Es ist lediglich dem aufkommenden Konflikt zwischen Trotzki und Stalin geschuldet, dass die Vereinigung Europas in den 1920er Jahren nicht dauerhaft ins Programm der Kommunistischen Internationale aufgenommen wurde, woraufhin Trotzkis Gefolgsleute die europäische Integration in einen antikommunistischen Deckmantel hüllten – der in Wirklichkeit lediglich ein Antistalinismus war – und in bürgerliche Parteien und Organisationen eindrangen, um die Vereinigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg schliesslich unter falscher Flagge auf die Tagesordnung der europäischen Politik zu setzen.

Coudenhove-Kalergi: Erfüllungsgehilfe des trotzkistischen Plans

Massgeblichen Anteil an der ideologischen Tarnung der europäischen Integration hatte Richard Coudenhove-Kalergi, der Gründer der Paneuropa-Union, der offiziell als Initiator der europäischen Vereinigung gilt und dem es gelang, der europäischen Öffentlichkeit die im Trotzkismus wurzelnde Idee eines Vereinten Europas als vermeintliches Bollwerk gegen die kapitalistischen USA einerseits und die stalinistische Sowjetunion andererseits zu verkaufen. Dabei hatte Coudenhove-Kalergi anfangs – bevor Stalin die Kontrolle über Sowjetrussland übernahm und Trotzki ins Exil zwang – das sozialistische Experiment in Russland noch in den höchsten Tönen gelobt, die Einführung einer allgemeinen «Arbeitsdienstpflicht» befürwortet und Trotzki voller Bewunderung sogar als die «Spitze moderner Politik» bezeichnet. [6] Er vertrat die Ansicht, dass «die Voraussetzungen

➔

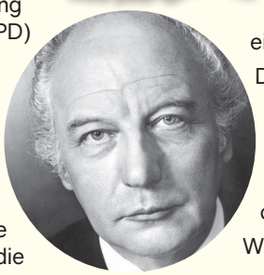
Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1989-047-20 / CC-BY-SA 3.0

Willy Brandt während eines freundschaftlichen UdSSR-Staatsbesuchs 1971 mit dem Parteichef der KPdSU Leonid Breschnew auf der Krim.

Was war der «Wandel durch Annäherung»?

«Wandel durch Annäherung» hiess das politische Konzept, das den Kern der Entspannungs- und Öffnungspolitik gegenüber der Sowjetunion von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Aussenminister Walter Scheel (FDP) (1969–1973) darstellte. Nach den Strategien Moskaus sollte in diesen Jahren das Verhältnis zur SPD ausgebaut werden und Adenauers eher konservative Politik einer sozialdemokratisch getragenen friedlichen Koexistenz und Entspannung weichen. U.a. erfolgte im Rahmen dieser neuen Ostpolitik die Legalisierung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter dem neuen Namen DKP.

Erst nach Willy Brandts Tod stellte sich in Deutschland heraus, dass er bereits während des Zweiten Weltkriegs Informant des russischen Geheimdienstes war, wenngleich die deutsche Presse kein sonderliches Aufhebens darum machte. Sein richtiger Name war Herbert Frahm, «Willy Brandt» ein seit 1934 benutzter Deckname. Damit dürfte er wohl einer der ganz wenigen Regierungschefs sein, die unter ihrem Decknamen das ahnungslose Volk regierten. Alleine das spricht wohl Bände! 1936 kehrte er aus dem norwegischen Exil unter dem Decknamen Gunnar Gaasland nach Deutschland zurück und sprach Deutsch mit norwegischem Akzent. Seine Tarnung war, dass er im Auftrag Jacob Walchers als «Kriegsberichterstatter» unterwegs war. Walcher hatte nach der Russischen Revolution zusammen mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den kommunistischen Umsturz in Deutschland geplant.



Brandts Aussenminister, der Bilderberger Walter Scheel.

Brandt wurde von einem ehemaligen KGB-Offizier mit Decknamen «Curb» als KGB-Spion enttarnt, wie der Focus 1998 schrieb. 1992 offenbarte sich Curb nach der Wende dem britischen Geheimdienst. Brandt erhielt laut Curb vom KGB-Vorläufer NKWD den Decknamen «Polarforscher». Gemäss Focus versuchte ausgerechnet der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Peter Frisch, mit aller Macht die Veröffentlichung von Willy Brandt betreffenden Geheimdienstinformationen, besonders in Form der geplanten Memoiren des Obersten Curb, zu verhindern. Die Vertuschungsaktion war laut Focus mit Helmut Kohl abgesprochen, der zu Brandt eine Freundschaft entwickelt hatte.

Der Überläufer wurde vom Bundeskriminalamt als absolut vertrauenswürdig eingestuft, weil er zahlreiche Spione enttarnte. Focus zitierte einen Verfassungsschutzmitarbeiter so: «Uns wurde ganz mulmig, was der alles wusste. Moskau besitzt offensichtlich tonnenweise Erpressungsmaterial.» (1)

Willy Brandt trat 1974 vom Amt des Bundeskanzlers zurück, als einer seiner engsten Mitarbeiter Günter Guillaume als KGB-Agent enttarnt wurde. Aber warum sollte ein Kanzler zurücktreten, wenn er nur ausspioniert wurde? Liegt es nicht viel näher, dass Brandt befürchtete, seine KGB-Tätigkeit könne bekannt werden?

Die politische Karriere von Willy Brandts Aussenminister Walter Scheel ging allerdings weiter. Er war von 1974 bis 1979 der vierte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Walter Scheel war zudem Präsident der Europa-Union, Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Vorsitzender der Bilderberger und Ehrendoktor der Jesuiten-Universität Georgetown. Eine äusserst unheilvolle Mischung, wie wir noch sehen werden (siehe S.21 ff.).

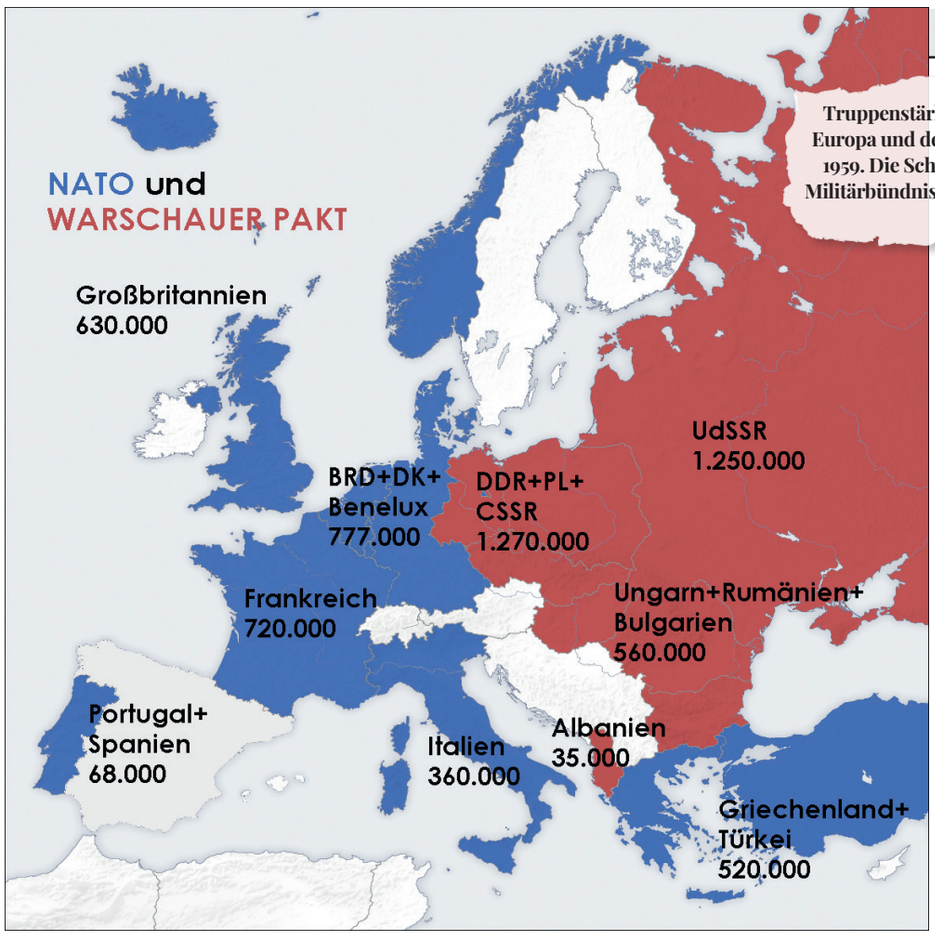
Quelle:
Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
1. focus.de, Deckname «Polarforscher», 12.04.1999

➔ zungen und Ziele des Kommunismus ethischer» seien «als die des Kapitalismus, weil sie von objektiveren und gerechteren Gesichtspunkten ausgehen» und er ging sogar so weit, die damals drohende Ausweitung der kommunistischen Oktoberrevolution auf Europa damit zu legitimieren, dass «Russland im Namen der sozialen Befreiung rüstet», weshalb «Millionen Europäer eine russische Invasion als Befreiungskrieg auffassen würden».(7)

Deshalb könne die Kriegsgefahr in Europa laut Coudenhove-Kalergi nur durch den Abbau der «nationalen» und «sozialen» Unterdrückung gebannt werden, oder in anderen Worten, nur der freiwillige Übergang zu einer quasi sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung im gesamteuropäischen Rahmen könne eine gewaltsame Übernahme Europas durch Sowjetrussland verhindern.(8) Offensichtlich lag Coudenhove-Kalergis paneuropäischer Ideologie also bereits von Anfang an eine kaum verborgene sozialistische Zieldeterminierung zugrunde, die mit Trotzkis «erster Etappe» der europäischen Integration unter einer «Arbeiterregierung» korrespondiert. Als die Gefahr einer sowjetrussischen Invasion in Europa zu Beginn der 1920er Jahre offensichtlich war, vertrat Coudenhove-Kalergi die Ansicht, dass Europa dazu bereit sein müsse, einem «pazifistischen Russland, das abrüstet und auf seine Interventionspläne ehrlich verzichtet, ebenso gegenüberzutreten, wie dem pazifistischen England», worin man einen Vorläufer der späteren sozialdemokratischen Politik des **«WANDELS DURCH ANNÄHERUNG»*** erkennen kann. Bis dahin jedoch erfordere die sowjetrussische Bedrohung laut Coudenhove-Kalergi ein «paneuropäisches Defensivbündnis», für das sich Jahrzehnte später der Begriff «Europaarmee» etablieren sollte. (9) Und auch dieses Konzept scheint direkt dem trotzkistischen Ideengut entnommen, denn auch Trotzki hatte ausdrücklich ein «enges militärisches und wirtschaftliches Bündnis» in Europa gefordert, das – vom kapitalistischen Amerika isoliert – eine Kooperation mit Sowjetrussland eingehen würde, denn, so versprach Trotzki, «unsere Sowjetunion wird [dem sozialdemokratisch vereinten Europa] den Zugang nach Asien eröffnen und damit Asien den Weg nach Europa bahnen», womit Trotzki bereits im Jahr 1923 das inzwischen aktuell werdende Konzept einer eurasischen Wirtschaftsunion vorwegnahm.(10)

Moskau entwirft das europäische «System der kollektiven Sicherheit»

Erst nachdem Moskau ab Mitte der 1950er Jahre den stalinistischen Plan zur Errichtung des Weltkommunismus als untauglich verworfen hatte, griff auch der Kreml wieder auf Trotzkis Konzept eines Vereinten Europas unter sozialistischer bzw. sozialdemokrati-



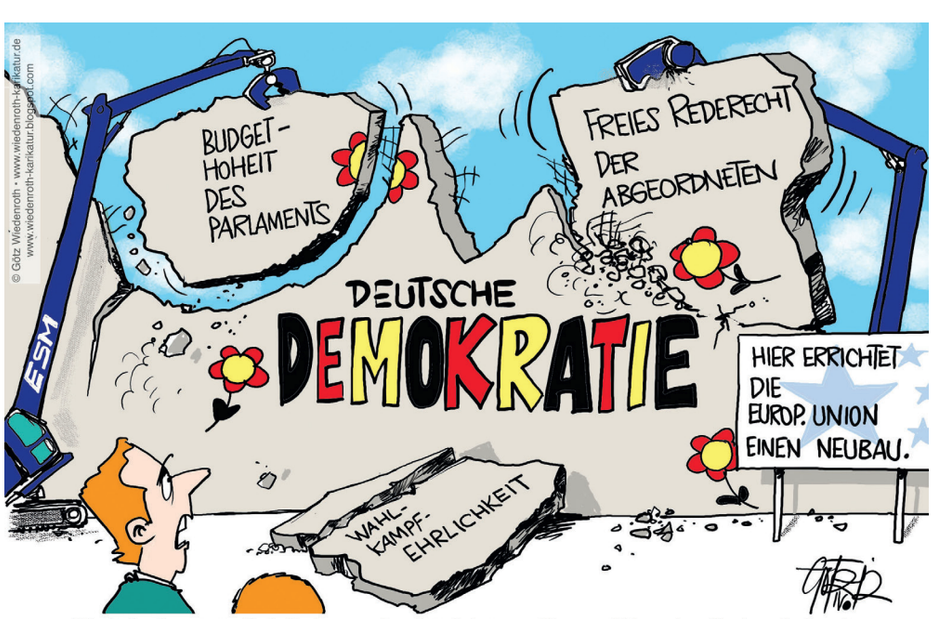
Truppenstärke der NATO-Mitgliedstaaten in Europa und der Staaten des Warschauer Paktes 1959. Die Schein-Auflösung des sowjetischen Militärbündnisses sollte die Auflösung der NATO herbeiführen.

scher Führung zurück, das man anschliessend an Sowjetrussland anbinden würde. Gemäss dem Plan der kommunistischen Strategen sollte nach der Auflösung der NATO und dem Abzug der US-Truppen aus Europa ein sogenanntes «kollektives europäisches Sicherheitssystem» die militärische Dominanz des Kreml über den Kontinent sicherstellen. Zu diesem Zweck hatte der sowjetische Aussenminister Wjatscheslaw Molotow schon kurz nach Stalins Tod eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz vorgeschlagen und Geheimdienstchef Lawrenti Beria hatte im Zusammenhang damit sogar erstmals eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands ins Gespräch gebracht. [11] Als Bedingung dafür wurde jedoch die militärische Neutralität des wiedervereinigten Deutschlands gefordert, also den Austritt aus der NATO und damit wohl früher oder später eine engere Anbindung an die UdSSR.

Seit dieser Zeit blieb die «Auflösung der Militärblöcke» und die Schaffung eines europäischen «Systems der kollektiven Sicherheit» ein Dauerbrenner der sowjetischen Propaganda, mit dem insbesondere die europäische Sozialdemokratie angesprochen und zu einer engeren Zusammenarbeit mit Moskau verleitet werden sollte. Der Erfolg dieser Strategie zeigte sich schon wenige Jahre später in der Ostpolitik der deutschen Sozialdemokraten, die unter ihrem Motto «Wandel durch Annäherung» danach strebten, die Teilung Europas in Ost und West durch eine so genannte «gesamteuropäische Friedensordnung» – die sozialdemokratische Chiffre für das «kollektive europäische Sicherheitssystem» der Sowjets – zu ersetzen, was eine Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts voraussetzte. Doch im Gegensatz zur Auflösung der NATO, die für die Verteidigungsfähigkeit Westeuropas katastrophale Folgen haben würde, sollte eine Auflösung des Warschauer Pakts für die militärische Schlagkraft des Ostblocks völlig folgenlos bleiben, denn der Warschauer Pakt war – wie mehrere östliche Überläufer unabhängig voneinander betonten – seit seiner Gründung im Mai 1955 lediglich die Attrappe eines Militärbündnisses. In Wirklichkeit hatte Moskau schon seit dem Zweiten Weltkrieg die direkte und unmittelbare Kontrolle über die Armeen der osteuropäischen Staaten, die nur dem Anschein nach über eine unabhängige nationale Kommandostruktur verfügten.

Der nach Grossbritannien übergelaufene Offizier des sowjetischen Militärgeheimdiensts GRU Viktor Suworow erklärte im Jahr 1982, der wirkliche Zweck des Warschauer Pakts sei daher tatsächlich «die Auflösung aller Militärblöcke in Europa und der ganzen Welt. Das ist das wirkliche Ziel unserer sowjetischen ‚Friedenstauben'. Es basiert auf einer einfachen Überlegung. Wenn die NATO aufgelöst wird, ist der Westen ein für alle Mal neutralisiert. Das System der gemeinsamen Selbstverteidigung der freien Länder wird nicht mehr existieren. Wenn gleichzeitig die Organisation des Warschauer Pakts aufgelöst wird, verliert die UdSSR nichts ausser einem überflüssigen Propagandainstrument. Sie wird die volle Kontrolle über die Armeen ihrer ‚Verbündeten' behalten. Die militärische Organisation wird unberührt weiterbestehen. Alles, was verloren geht, ist die Bezeichnung und die bürokratische Struktur einer Organisation, die überhaupt nicht benötigt wird.»[12]

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Moskau seit Mitte der 1950er Jahre immer wieder die Auflösung des Warschauer Pakts im Gegenzug für die Auflösung der



"Ich habe tatsächlich geglaubt, hinter dieser Wand würde sich ein Gedanken- und Wertegebäude befinden!"

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-P0801-026/CC-BY-SA 3.0

V.l.n.r.: Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Erich Honecker, Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Gerald Ford, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Bruno Kreisky, Bundeskanzler der Republik Österreich, bei der Unterzeichnung des Hauptdokuments der KSZE-Konferenz.

➔ NATO und die Herstellung der Neutralität Deutschlands bzw. ganz Europas ins Gespräch brachte, denn nach Ansicht der sowjetischen Strategen wäre ein von Amerika militärisch isoliertes Europa gegen die sowjetrussische Übermacht nicht verteidigungsfähig – und zwar ausdrücklich selbst dann nicht, wenn die europäischen Nationen ihre Streitkräfte zu einer Art «Europaarmee» zusammenschliessen würden.

Moskau gründet die «Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE)

Die von Molotow vorgeschlagene Einrichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz scheiterte bis zum Beginn der 1970er Jahre insbesondere am Veto Westdeutschlands. Erst nachdem die Sozialdemokraten in Bonn die Macht übernommen hatten und den «Wandel durch Annäherung» einleiteten, tagte im Jahr 1973 auf Initiative Moskaus in Helsinki erstmals die «Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE), die den sogenannten KSZE-Prozess einleitete, mit dem die Sowjets danach strebten, die «Spaltung Europas» allmählich zu überwinden, den europäischen Integrationsprozess unter ihrem Einfluss zu institutionalisieren. **Wie der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn bereits im Jahr 1984 voraussagte, würden die Sowjets den KSZE-Prozess in den folgenden Jahren vorsätzlich dazu nutzen, das diskreditierte stalinistische System in der Sowjetunion kontrolliert zu «liberalisieren» und im gesamten**

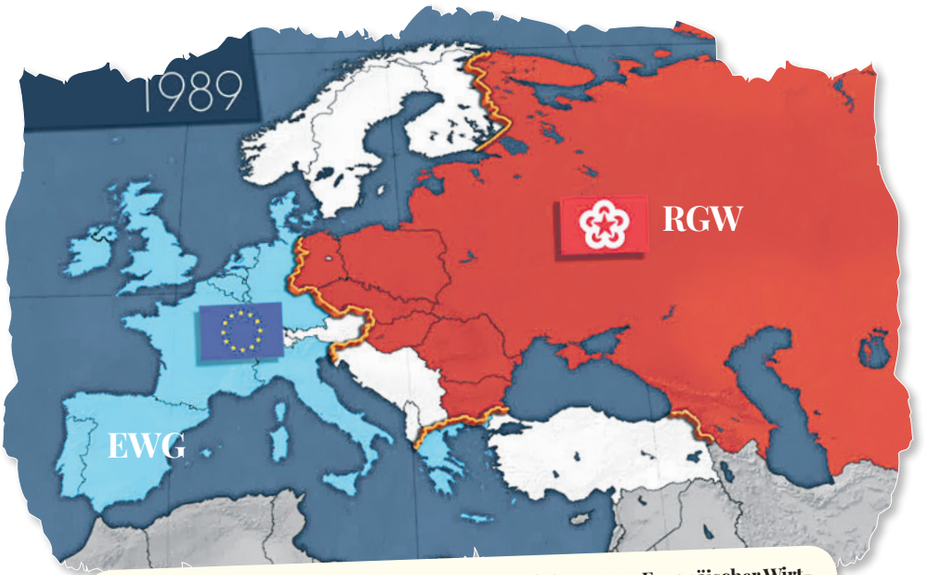
OSZE

Die «Organisation für Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) ging 1994 aus den KSZE-Konferenzen hervor.

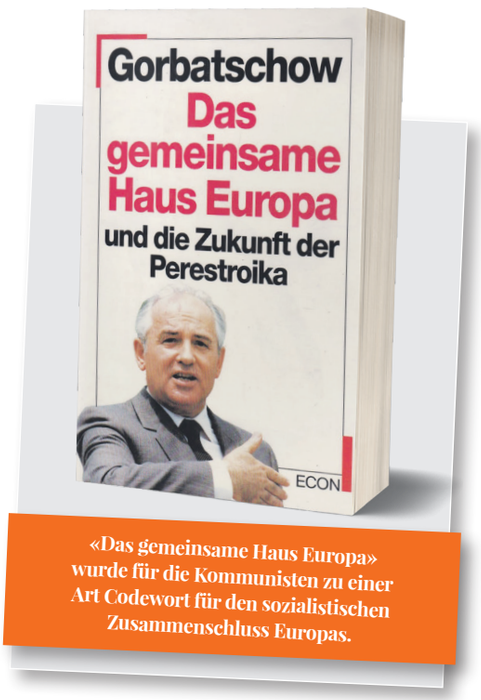
Ostblock ein grossangelegtes Tauwetter nach dem Vorbild des Prager Frühlings von 1968 zu inszenieren, bis hin zum Fall der Berliner Mauer, wodurch die Voraussetzungen geschaffen würden, um einen gesamteuropäischen Integrationsprozess unter Einbeziehung Osteuropas einzuleiten und ein sozialistisches Vereintes Europa zu schaffen.

Erst später würde dieses Vereinte Europa nach dem Muster der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei von 1948 – das heisst auf parlamentarischem Weg – schleichend in den Kommunismus überführt werden.[13] Golitsyn erklärte, wie dieser Prozess ablaufen sollte: «Die Strategie [zur Schaffung eines neutralen sozialistischen Europas, das zum Ostblock tendiert,] sah drei Phasen vor. In der ersten Phase suchen die Kommunisten vorübergehende Verbündete unter den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften und den Katholiken, einschliesslich den gemässigten und den konservativen, die gegen das Bündnis mit den USA aufgebracht werden können. In der zweiten Phase werden die Konservativen eliminiert und die Sozialdemokraten werden die wichtigsten Verbündeten in einem neutralen sozialistischen Europa. In der Schlussphase unternehmen die Kommunisten die notwendigen Schritte für die vollständige Übernahme.»[14]

Aus dem KSZE-Prozess ging im Jahr 1994 schliesslich die «Organisation für Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) hervor, welche die Grundlage für das von den Sowjets seit Jahrzehnten angestrebte «System der kollektiven Sicherheit in Europa» legte, denn im strategischen Konzept Moskaus ist die OSZE dazu bestimmt, in Fragen der europäischen Sicherheitspolitik Vorrang vor der NATO zu gewinnen, die wirtschaftliche und technolo-



Die im Rahmen der Perestroika angestrebte Vereinigung von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem sowjetischen Gegenstück Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde einer Planänderung unterworfen: Nach der Auflösung der beiden Organisationen wird die Verschmelzung von Ost und West durch die EU-Osterweiterung vorangetrieben.



«Das gemeinsame Haus Europa» wurde für die Kommunisten zu einer Art Codewort für den sozialistischen Zusammenschluss Europas.

gische Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent zu intensivieren und die Kooperation u.a. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Energieversorgung sowie in Migrationsfragen zu fördern. Nach Ansicht des britischen Autors John Laughland versteht die OSZE unter «Sicherheitspolitik» jedoch nicht «eine Frage der militärischen Verteidigung von Staaten gegen äussere Angriffe, sondern eher eine Angelegenheit, bei der es darum geht, diese Staaten insgesamt zu regieren».[15] Insofern sei die OSZE im Gegensatz zur NATO kein Verteidigungsbündnis, sondern sie strebe vielmehr danach, «eine gesamteuropäische Regierung» zu werden, «die sich nicht nur um das Verhältnis der Staaten untereinander kümmert, sondern auch um das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Bürger».[16] Und dabei legt die OSZE offenbar grossen Wert auf die Bekämpfung von «Rassismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus» sowie auf die Sicherung der Rechte von «Frauen» und «nationalen Minderheiten», was Auskunft darüber gibt, welcher politischen Ausrichtung diese Organisation folgt (siehe ExpressZeitung Ausgabe 12 und 13). [17] Nach Laughlands Ansicht betrachtet Russland die OSZE «seit langem als nützliches Instrument für die Durchsetzung seiner führenden Rolle in Europa, indem die NATO durch eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur ersetzt und der russische Einfluss über den europäischen Kontinent gefestigt und verstärkt wird».[18]

Moskau entwirft das «gemeinsame Haus Europa»

Im Verlauf des KSZE-Prozesses verwendete KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew im Jahr 1981 erstmals jene Phrase, die im folgenden Jahrzehnt die sowjetische Europapolitik dominieren sollte, er sagte: «Was immer uns auch trennen mag, bewohnen wir doch ein gemeinsames europäisches Haus.»[19] Wenige Jahre später griff der neue KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow diese Phrase vom «gemeinsamen europäischen Haus» auf und setzte sie vor dem Hintergrund der beginnenden Liberalisierungen im Ostblock – die von Überläufer Golitsyn zutreffend vorhergesagt worden waren – auf die Tagesordnung der europäischen Politik. Damit leitete Gorbatschow einen Prozess ein, der darauf abzielte, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit ihrem östlichen Gegenstück, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), zu vereinen und für den sich zwei Jahrzehnte später der Begriff EU-Osterweiterung einbürgern sollte.

Als in Moskau in den 1950er Jahren noch der Geist des Stalinismus vorherrschte, hatten die Sowjets die Vereinigung Westeuropas unter politischer und militärischer Beteiligung der USA und unter Ausschluss ihres eigenen Einflusses scharf abgelehnt und die

➔

«Ich denke, dass die Idee eines **gemeinsamen europäischen Hauses** unvermeidbar ist. Der Aufbau eines vereinten Europas, und ich möchte heute hervorheben, eines Grosseuropas, der Aufbau eines Grosseuropas, eines grossen, geeinten Europas vom Atlantik bis zum Ural, vom Atlantik bis Wladiwostok, einschliesslich unseres gesamten Territoriums, höchstwahrscheinlich eines europäisch-asiatischen Raums, dieses Projekt ist unvermeidbar. Ich bin mir sicher, dass wir auch einen vereinten militärischen Raum schaffen werden. Genauer gesagt: Wir werden ein vereintes Europa aufbauen, dessen Sicherheit auf den Grundsätzen kollektiver Sicherheit beruhen wird.»

Eduard Schewardnadse, Aussenminister der Sowjetunion, 19. November 1991

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1106-405 / CC-BY-SA 3.0

30 Jahre nach den Montagsdemonstrationen in der DDR ist nicht mal eine Spur vom Ende des Sozialismus in Sicht – im Gegenteil: Das politische Klima in Westeuropa verschiebt sich immer weiter nach links und die Regulierungswut der EU stellt sich als ähnlich wirtschaftsfeindlich dar wie die sowjetische Planwirtschaft.

➔ EWG als den «zivilen Arm der NATO» diffamiert. Erst mit der Renaissance trotzkistischer Konzepte im Zuge der neuen sowjetischen Langzeitstrategie änderte sich das Verhältnis Moskaus zur EWG mit Beginn der 1960er Jahre dahingehend, dass die EWG insgesamt übernommen, nach Osten ausgeweitet und in eine sozialistische Organisation umgewandelt werden sollte. Wie Golitsyn im Jahr 1984 erklärte, kamen die Moskauer Strategen damals zu dem Schluss, dass «die gegenwärtige EWG, selbst wenn sie erweitert würde, kein Hindernis für die Neutralisierung Europas und den Abzug der US-Truppen» darstellte.[20] Die sich noch während des Kalten Krieges intensivierenden Wirtschaftsbeziehungen Jugoslawiens und Rumäniens zur EWG seien laut Golitsyn als Anzeichen dafür zu werten, dass die Sowjets erste Vorbereitungen für eine Verschmelzung von EWG und RGW trafen.[21]

Gleichlautend schrieb der sowjetische Regimegegner Wladimir Bukowski, dass sich mit dem Fortschreiten des europäischen Integrationsprozesses sowohl die politische Ausrichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft änderte, als auch die Haltung, welche die Sowjetunion zu ihr einnahm: «Je mehr Sozialisten und Sozialdemokraten in den Strukturen der [EWG] dominierten, desto wohlwollender betrachtete Moskau dieses ganze Unternehmen. Im Jahr 1989 wurde die Schaffung des ‚gemeinsamen europäischen Hauses' zur allgemeinen Parole, wobei natürlich niemand offen aussprach, dass es sich hierbei um ein sozialistisches Haus handeln sollte.»[22]

Mit der deutschen Wiedervereinigung zur gesamteuropäischen Einheit

Die eigentliche Initialzündung zur Errichtung des «gemeinsamen europäischen Hauses» sollte aber erst die deutsche Wiedervereinigung bringen, denn in den Verhandlungen zu ihrer Vorbereitung wurde die deutsche Frage untrennbar mit dem Aufbau der Europäischen Union verknüpft, welche die bislang bestehenden und teilweise überlappenden europäischen Strukturen – die Montanunion, die EWG, die WEU, den Europarat und die KSZE – in einen sich nach Osten ausweitenden, gesamteuropäischen Einheitsstaat überführen sollte, was im Jahr 1992 zur Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht führte. Im Zentrum des neuen Europas stand mit Beginn der 1990er Jahre

Was ist die «permanente Revolution im Weltmassstab»? Was ist unter Begriffen wie «Entrismus», «gesellschaftsrelevante Wissenschaften» oder «Perestroika» zu verstehen? Wie konnten sowjetische Überläufer den Fall der Berliner Mauer schon Anfang der 80er-Jahre voraussagen? Um mehr über die kommunistischen Pläne und Handlungen zur Schaffung einer Weltregierung zu erfahren, empfehlen sich weitere Ausgaben der ExpressZeitung (Nr.03,06,07,09,12,13,20,22). Diese sind exklusiv in unserem Webshop shop.expresszeitung.com als Einzelausgabe, Dreier- oder Zehnerpaket erhältlich, solange der Vorrat reicht.

JAHRESABO / 10-ER PAKET	3-ER PAKET	EINZELAUSGABE
€ 59.– / CHF 69.–	€ 20.– / CHF 23.–	€ 8.– / CHF 9.50
inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten	inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten	inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten

das wiedervereinigte Deutschland, und auch wenn die offizielle Geschichtsschreibung den Eindruck erweckt, als sei die «DDR» während der «Wende» schlichtweg von der BRD übernommen worden, zeigt sich bei näherer Betrachtung ein ganz anderes Bild, was in ähnlicher Weise auch für die spätere Osterweiterung der EU gilt.

Denn auch wenn es auf den ersten Blick so scheint, als dringe hierbei eine westliche Staatsform nach Osten vor, täuscht dieser äussere Eindruck darüber hinweg, dass sich das politische Klima innerhalb dieser Staatsform zur selben Zeit immer weiter nach links verschiebt, was nicht nur an der politischen Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands in aller Deutlichkeit zu beobachten ist, sondern was auch für die Europäische Union insgesamt gilt. Golitsyn hatte diese Entwicklung bereits im Jahr 1984 zutreffend vorausgesagt, als er davor warnte, dass die Sowjets zur Schaffung eines sozialistischen Europas zuerst eine Kollaboration mit den Sozialdemokraten eingehen würden, um anschliessend die Konservativen politisch auszuschalten. Dies ist beispielhaft an der Entwicklung der einstmals konservativen CDU erkennbar, die im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte so «nachhaltig» auf links gedreht wurde, dass ihre Vorsitzende, die frühere FDJ-Sekretärin Angela Merkel, es mittlerweile ungestraft wagen kann, sich dafür auszusprechen, «dass Russland Schritt für Schritt auch enger an den europäischen Wirtschaftsraum heranrückt, dass wir am Schluss eine gemeinsame Wirtschaftszone von Wladiwostok bis Lissabon haben».[23] Leo Trotzki wäre damit zweifellos einverstanden. *(tm)*

Zeigt die EU hier ihre wahre Gesinnung?

Im Zuge einer Pro-EU-Kampagne wurde in den Büroräumen der EU ein Poster ausgestellt, das neben christlichen, islamischen, jüdischen sowie Symbolen anderer Religionen fünfmal das kommunistische Hammer- und Sichel-Symbol enthielt. Eine komische Mischung. Der Untertitel des Bildes «Wir teilen alle denselben Stern» deutet darauf hin, dass die EU all die gezeigten Gesinnungen in ihrem Verwaltungsbereich akzeptiert. Damit zeigt sie eine verharmlosende Toleranz gegenüber einer Ideologie, die im letzten Jahrhundert weit über hundert Millionen Menschen das Leben kostete.

Wenn das Poster nicht mehr als eine demographische Abbildung der in Europa vorherrschenden Weltanschauungen sein sollte, ohne eine dieser Ansichten zu unterstützen, warum findet man darauf nicht auch ein paar (zumindest oberflächlich) nationalistische/völkische Symbole wie Runen oder einen Adler? Schliesslich ist ein sehr grosser Anteil der EU-Bevölkerung immer noch nationalistisch eingestellt, wie die Wahlergebnisse zeigen. Das zeigt den Doppelstandard der EU im Umgang mit totalitären Ideologien, vermutlich weil heute die Mehrheit ihrer Politiker sozialistische Einstellungen vertritt und die EU-Struktur erschreckende Parallelen zum sowjetischen System aufzeigt. Nach dem Protest eines EU-Diplomaten aus Litauen wurde das Poster entfernt. In Litauen sind Hammer und Sichel illegale verfassungsfeindliche Symbole, so wie das Hakenkreuz in Deutschland. ***(tk)***

Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung

304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027

Rote Lügen in grünem Gewand – Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung

224 Seiten
ISBN 978-3-946168-058

TORSTEN MANN,
Jahrgang 1976, ist politischer Publizist («Weltoktober», «Rote Lügen in grünem Gewand», «Am Vorabend der Weltrevolution»). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat.

Quellen:

(1) Trotzki - Der Krieg und die Internationale S.VI
(2) Trotzki - Der Krieg und die Internationale S.VI
(3) Leo Trotzki «Die Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa», 1929
(4) Leo Trotzki «Über die Aktualität der Parole «Vereinigte Staaten von Europa», 1923
(5) Leo Trotzki «Über die Aktualität der Parole «Vereinigte Staaten von Europa», 1923
(6) Praktischer Idealismus S.51f
(7) Praktischer Idealismus S.174f
(8) Praktischer Idealismus S.174f
(9) Praktischer Idealismus S.172
(10) Leo Trotzki «Über die Aktualität der Parole «Vereinigte Staaten von Europa», 1923
(11) The tained source S.266ff
(12) Inside the Soviet Army S.40f
(13) New Lies For Old S.349
(14) New Lies For Old S.263f
(15) The tained source S.312f
(16) The tained source S.313
(17) The tained source S.315
(18) The tained source S.312f
(19) The tained source S.266ff
(20) The Perestroika Deception S.6f
(21) The Perestroika Deception S.6f
(22) Abrechnung mit Moskau S.570f
(23) Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.6.2016 – «Dann ist Europa zerstört»

«Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang bedroht.»

Leo Trotzki, 1930

Quelle: marxists.org, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland (26.09.1930), zitiert in Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, S.290

«Die Vereinigten Staaten von Europa sind der politische Ausdruck des Gedankens, dass der Sozialismus in einem Lande unmöglich ist. Gewiss: seine völlige Entwicklung kann er auch nicht im Rahmen eines Kontinents erreichen. Die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa sind die Parole einer historischen Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Weltföderation.»

Quelle: Leo Trotzki, «Die Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa», 1929

«Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika.»

Richard Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Union und Vordenker der EU, in seinem Buch «Paneuropa» von 1923

«Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.»

Winston Churchill in einer Rede in London, 14.05.1947

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F005630-0005 / CC-BY-SA 3.0

«Ich beschäftige mich sehr mit dem Problem der Vereinigten Staaten von Europa, denen Deutschland angehören musste. Ich sah in den künftigen Vereinigten Staaten von Europa die beste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands.»

Konrad Adenauer (†), von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Erinnerungen 1945-1953, S. 41, zitiert auf: verfassungsblog.de, Der europäische Bundesstaat: Das Grundgesetz hätte nichts dagegen, Carl Otto Lenz, 05.11.2012

«Ziel muss die politische Union sein, die Vereinigten Staaten von Europa.»

Joschka Fischer, Aussenminister von 1998 bis 2005, der 1997 noch sagte: «Ich entdecke mehr und mehr, wie sehr ich doch Marxist geblieben bin.»

Quelle: cicero.de, «Die sind von Deutschland ziemlich angepisst»

Foto: Υπουργείο Εξωτερικών (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer_cropped.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Ich will, dass es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft, das keine Bedrohung für seine Mitgliedsstaaten ist, sondern ihre sinnvolle Ergänzung. [...]Seit 1925 - mit dem Heidelberger Programm - fordert die SPD die Vereinigten Staaten von Europa. Das bedeutet konkret, dass wir Europa mindestens in den Bereichen Innere und Äussere Sicherheit, beim Klimaschutz, bei der Steuer- und Geldpolitik, beim Kampf gegen Steueroasen, bei der Flüchtlingspolitik und bei der Entwicklungszusammenarbeit die Instrumente geben müssen, die Europa braucht, um handlungsfähig zu sein. Und deshalb frage ich euch: Warum nehmen wir uns eigentlich jetzt nicht vor - hundert Jahre nach unserem Heidelberger Beschluss; hundert Jahre später - spätestens im Jahre 2025 diese Vereinigten Staaten von Europa verwirklicht zu haben?»

SPD-Politiker Martin Schulz, Dezember 2017 in Berlin

Quelle: spd.de, Martin Schulz, Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Rede beim SPD-Bundesparteitag in Berlin, Berlin, 7. Dezember 2017

Foto: Christallkeks (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Schulz_Wahlkampfauftritt_in-_M%C3%BCnster_2017_Bild_1_(Ausschnitt).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Mein Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa – nach dem Muster der föderalen Staaten Schweiz, Deutschland oder USA.»
Ursula von der Leyen, Verteidigungsministerin der BRD

Quelle: spiegel.de, Von der Leyen fordert die Vereinigten Staaten von Europa, 27.08.2011

«Das Ziel heisst: ‚Die Vereinigten Staaten in Europa'»
Theo Waigel, 1989 bis 1998 deutscher Bundesminister der Finanzen

Quelle: welt.de, Die Vision der Vereinigten Staaten von Europa, 28.02.2012

Foto: J. Patrick Fischer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2012_Theo_Waigel.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Foto: Christliches Medienmagazin pro (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Guido_Westerwelle_2013-02-28_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

«Wir müssen jetzt auf die Vereinigten Staaten von Europa hinarbeiten.»
Guido Westerwelle, ehemaliger Vizekanzler und Aussenminister Deutschlands

Quelle: spiegel.de, «Ein einziges Debakel», Ausgabe 35/2011

Das «gemeinsame Haus Europa» vom «Atlantik bis zum Ural»

von Oliver Janich

«Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang bedroht.»

So Leo Trotzki, 1930. [1] Ende Dezember 1989 berichtete der Spiegel unter der Überschrift **«Vom Atlantik bis zum Ural?»**:

«Um das Europa der zwölf herum einen Wirtschaftsverbund europäischer Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen entstehen zu lassen, das wäre auch der ‚Traum' des sowjetischen Aussenministers Schewardnadse. Beim Flug von Moskau nach Brüssel, wo er am Montag ein Handelsabkommen mit der EG unterzeichnete, entwickelte er seine europäische Zukunftsvision: ‚Eine Freihandelszone **vom Atlantischen Ozean bis zum Ural**, womöglich sogar bis zum Stillen Ozean und nach Sibirien.» [2]

Das sagte Michail Gorbatschow im Juni 1992 in Oslo, als er seine Nobelpreisrede nachholte, weil er am Tag der Verleihung persönlich nicht anwesend gewesen war:

«Unsere Vision eines europäischen Raumes **vom Atlantik bis zum Ural** ist nicht die eines geschlossenen Systems. Da es die Sowjetunion miteinschliesst, welche bis zu den Küsten des Pazifiks reicht, geht es über die nominellen geografischen Grenzen hinaus.» [3]

Zu diesem Zeitpunkt war die Sowjetunion offiziell bereits Geschichte!

Über Russlands Platzhalter-Präsidenten Dmitri Medwedew schrieb der Spiegel im November 2010:

«Diplomaten berichteten, Medwedew mache sich für ‚ein System **vom Atlantik bis zum Ural**' stark, das mehr als nur eine Vernetzung nationaler Einheiten von Abwehrraketen sei.» [4]

Im März 2000 besuchte Gorbatschow London und bezeichnete die Europäische Union als neuen europäischen Sowjet. [5] In seinem Buch «Perestroika» von 1987 schrieb er von einem Europa «vom Atlantik bis zum Ural» [6] und dem **«gemeinsamen europäischen Haus»**. [7] Den Begriff des gemeinsamen Hauses hat Gorbatschow entscheidend mitgeprägt. 1990 erschien auf Deutsch sein Buch **«Das gemeinsame Haus Europa** und die Zukunft der Perestroika».

Perestroika = Kommunismus im Weltmassstab

In seiner verlesenen Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises (an der Zeremonie nahm er nicht persönlich teil) drohte Gorbatschow 1990 kaum verhohlen mit einem Weltkrieg, wenn keine Weltregierung installiert würde:

«Immanuel Kant prophezeite, dass die Menschheit eines Tages mit einem Dilemma konfrontiert sein wird: Entweder vereint in einer wahren Union der Nationen oder in einem Vernichtungskrieg unterzugehen, der mit der Auslöschung der menschlichen Rasse endet. Jetzt, wo wir uns vom zweiten ins dritte Jahrtausend bewegen, hat die Stunde der Wahrheit geschlagen. [...] Es ist meine Hoffnung, dass ein solches Europa von den Nationen und Regierungen in anderen Teilen der Welt als ein Beispiel für universelle Sicherheit und echte Kooperation verstanden und akzeptiert wird. [...] Der Nobelpreis von 1990 bestätigt, dass Peres-

➔

troika und innovatives Denken nicht mehr länger uns gehört, der Bevölkerung der Sowjetunion. Sie sind das Eigentum der gesamten Menschheit und ein untrennbarer Teil ihres Schicksals und einer sicheren, friedlichen Zukunft.» [8]

Was «Perestroika» wirklich bedeutet, wurde bereits u.a. in den ExpressZeitung-Ausgaben Nummer 6,9,20,22 erläutert. Kurz: Keinesfalls die Abschaffung des Kommunismus, sondern vielmehr seine Umgestaltung und Ausweitung auf eine internationale Ebene. Oder in Gorbatschows Worten: «Die Perestroika ist ein revolutionärer Prozess, denn es handelt sich um einen Sprung nach vorn in der Entwicklung des Sozialismus, bei der Durchsetzung seiner Wesensmerkmale.» [9]

Der litauisch-amerikanische Journalist Vilius Brazenas, Träger des Vytis-Kreuzes, der höchsten zivilen Auszeichnung Litauens, vergeben für Verdienste um «Freiheit und Unabhängigkeit» an Überlebende sowohl der Nazi- als auch der kommunistischen Herrschaft, schrieb zum «gemeinsamen Haus Europa»:

«Mr. Gorbatschow war Zeit seines Lebens ein kommunistischer Lehnsherr, der sich unerschütterlich geweigert hat, dem Kommunismus abzuschwören. Tatsächlich bleibt er trotzig ein Kommunist. Am 23. Dezember 1989 erklärte Gorbatschow seinen sowjetischen Kameraden: ‚Ich bin ein Kommunist. Für manche mag das eine Fantasie sein. Für mich ist es das Hauptziel.' Am 26. Februar 1991 sagte Gorbatschow: ‚Ich schäme mich nicht, zu sagen, dass ich ein Kommunist bin und der kommunistischen Idee anhänge, und so werde ich in die andere Welt hinübergehen.' Er hat diese Aussagen mehrfach wiederholt. In seinem Buch (Perestroika) schrieb er auch: ‚Ich gebe offen zu, dass wir glücklich sind, dass die Idee eines **‚gemeinsamen europäischen Hauses'** auf Zustimmung bei prominenten und politischen Persönlichkeiten nicht nur in Ost-, sondern auch Westeuropa trifft.' Es ist äusserst bedeutsam, wenn ein hochrangiger Marxist-Leninist wie Michail Gorbatschow solche Zuneigung von westlichen Führern zu einem **‚gemeinsamen europäischen Haus'** vorfindet und dann, dreizehn Jahre später (Anm.: beim Besuch in London), anmerkt, dass das gemeinsame Haus sich immer weiter auf das sowjetische Modell zubewegt. Ist letztendlich aber das sowjetische Modell nicht kollabiert und gestorben? Aber Gorbatschow sprach, zumindest bei dieser Gelegenheit, die Wahrheit aus; die EU bewegt sich immer schneller in Richtung einer Tyrannei sowjetischen Zuschnitts.» [10]

Die Ausschaltung der Staaten-Konkurrenz

Um die Europäische Union zu einer sozialistischen zu machen, setzte Moskau natürlicherweise zuerst auf die linken Parteien im Westen, die ohnehin an seinem Gängelband hingen. Sie waren laut zahlreichen sowjetischen Überläufern mit Einflussagenten durchsetzt und verfolgten sowieso ähnliche Ziele. Der russische Dissident und Gulag-Überlebende Wladimir Bukowski hatte 1992 Zugang zum Moskauer Geheimarchiv und hat zahlreiche Dokumente kopiert, die die Pläne für die EUdSSR – ein Begriff, den er mitgeprägt hat – belegen. Er hat die Dokumente im Internet veröffentlicht, sie sind aber natürlich auf Russisch. [11] Die wichtigsten Dokumente fanden ihren Niederschlag in seinem Buch über die sowjetischen Wurzeln der Europäischen Union, das er zusammen mit dem russischen Historiker Pawel Stroilow auf Englisch veröffentlicht hat. [12]

Foto: Rob C. Croes (ANEFO) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Boekovski1987.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

Der russische Dissident und Gulag-Überlebende Wladimir Bukowski belegte anhand von Dokumenten aus dem Moskauer Geheimarchiv die Planung einer europäischen Union durch die Sowjets vor 1992.

Die Dokumente beinhalten Gespräche im Politbüro, von denen hier einige Ausschnitte zitiert werden sollen. Interessant daran ist, dass die Spitzenvertreter der westlichen Parteien offensichtlich genau wussten, worum es bei der Perestroika geht. Sie sahen ebenso wie Gorbatschow Perestroika als die historische Chance, den Sozialismus in ganz Europa und dann weltweit durchzusetzen. Mitte der Achtzigerjahre sahen sich die Linken in ganz Europa Schwierigkeiten gegenüber. Die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat liefen aus dem Ruder, in vielen Ländern kamen konservative Regierungen an die Macht, die tendenziell eher für Steuersenkungen und Kürzungen der Sozialetats eintraten. Die Linke war bis dahin überwiegend ein Gegner des europäischen Projekts, weil sie Angst vor einem «gemeinsamen Markt» hatte. Es war Gorbatschow, der sie überzeugte, dass eine zentralistische Europäische Union, «das gemeinsame Haus», eine Riesenchance wäre, den Sozialismus zu verbreiten, eben weil damit die Konkurrenz unter den Staaten ausgeschaltet wird. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Alessandro Natta, formulierte bei einem Besuch des Politbüros in Moskau im Januar 1986 die Strategie:

«Die französischen Sozialisten sagen etwas, das wir in Betracht ziehen sollten. Ein Versuch demokratischer Reformen in einem Land wie Frankreich ist sehr schwierig, wenn es nicht durch Reformen in anderen Ländern begleitet wird. Gerade als die Sozialisten ihre Reformen in Frankreich begannen, verliessen die Sozialdemokraten die Regierungen in Westdeutschland und Grossbritannien. Das verursachte eine Menge Ärger. Jede progressive Reform benötigt Unterstützung von anderen progressiven Kräften in Europa.» [13]

Natta bemängelte also, dass der Sozialismus - in seinen Worten «progressive Reformen» - sich in den europäischen Einzelstaaten nicht durchsetzen kann,

"Einer der finstersten, undemokratischsten Winkel der Welt, ich weiß!"

Foto: Michael Schilling (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:-Michail-Gorbatschow.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

«Unsere Vision des europäischen Raums **vom Atlantik bis zum Ural** ist nicht die eines geschlossenen Systems. Da sie die Sowjetunion umfasst, die sich bis an die Pazifikküste erstreckt, geht sie über nominale geographische Grenzen hinaus.»

Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär, 5. Juni 1991

Quelle: Anatoliy Golitsyn, The Perestroika Deception, S.210

wenn die Wähler sich zu oft für konservative oder marktwirtschaftliche Regierungen entscheiden. Natta beschrieb hier nichts anderes als das Naturgesetz, dass ein sozialistisches Land sofort im Wettbewerb zurückfällt. Der russische Dissident Bukowski drückte diesen Sachverhalt so aus:

«In der Tat, würde man versuchen, Sozialismus nur in einem einzelnen Land einzuführen, wäre man mit einer sehr unangenehmen Wahl konfrontiert. Wenn man dabei bleibt, den Sozialismus aufzubauen, verliert man Wettbewerbsfähigkeit. Wenn man sich um Wettbewerbsfähigkeit kümmert, hat man keinen Sozialismus. Man kann diese beiden Dinge nicht kombinieren, selbst eine bewaffnete Absperrkette entlang der Grenzen oder andere Spielarten des eisernen Vorhangs helfen nichts. Die einzige Lösung ist, den Wettbewerbern ebenfalls Sozialismus aufzuzwingen.» (14)

Das sagte Natta auch, nur etwas verklausulierter:

«Progressive Lösungen in der sozialen Sphäre müssen in den europäischen Rahmen passen. In nur einem Land würden sogar die interessantesten Lösungen nur partielle Erfolge erzielen.» (15)

Parkinsons Gesetz

Um die Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten auszuschalten, erkannte Natta, dass man die Staaten zuerst zusammenschliessen musste, am Anfang durch einen gemeinsamen europäischen Markt, der sich jedoch allmählich zu seinem Superstaat entwickeln sollte.

Gorbatschow warf daraufhin ein: «Das Parkinsonsche Gesetz wirkt überall.»

Das trifft den Nagel auf den Kopf! C. Northcote Parkinson stellte 1955 eine Reihe ironisch gemeinter Gesetze auf, die zeigen sollen, dass sich Bürokratien immer so weit ausdehnen, wie sie können. Die beiden Kommunisten wussten also exakt, wohin ihre Politik führen sollte: War ein noch so kleines bürokratisches Europa-Konstrukt einmal geschaffen, würde es sich früher oder später ausdehnen. Da Gorbatschow klar war, dass die EU zunächst nur erfolgreich sein könnte, wenn sie wettbewerbsfähig ist, sagte er:

«Lasst die Konservativen die Verantwortung dafür übernehmen, die Wirtschaft zu reorganisieren. Die Kommunisten sollten sich darum kümmern, zeitgemässere Slogans zu entwickeln.» (16)

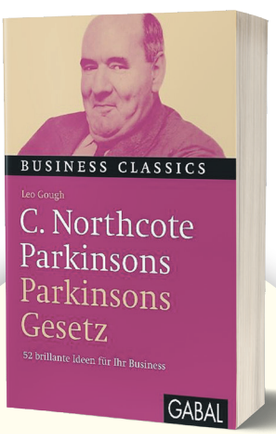
Natta erkannte (1986!) die Chance:

«Für 1992 ist die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes geplant. Dies bedeutet die Erosion aller nationalen Grenzen: geografisch, fiskalisch, ökonomisch. Dies wird zu einer Schaffung einer einzigen europäischen Währung und einer Europäischen Zentralbank führen. Der Prozess wird komplex sein und unvermeidlich zur Kollision unterschiedlichster Meinungen führen. Die Linke hat eine Chance zum Erfolg.»

Vier Jahre vor dem Fall der Mauer, sechs Jahre vor dem Maastricht-Vertrag und 16 Jahre vor Einführung des Euro wusste Natta also schon, was in Europa «geplant» war. Gorbatschow antwortete Natta, wobei er sich darauf bezog, dass es nicht leicht sein werde, die Linke zu einigen:

«Aber ich sehe, dass die Linke durchaus in der Lage sein wird, dafür zu sorgen, dass der Einigungsprozess zur Demokratisierung von Westeuropa beitragen wird, um die sozialen Probleme zu lösen [...] Was jetzt im Westen geschieht, wird den Gang der Ereignisse auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte beeinflussen.»

Es steht zu befürchten, dass Gorbatschow recht hatte.



Gorbatschow bezog sich in den von Bukowski/Stroilow veröffentlichten Dialogen im Politbüro vor dem Fall der Mauer auf den britischen Soziologen und Historiker Cyril Northcote Parkinson, der das «Parkinsonsche Gesetz» zum Bürokratiewachstum aufgestellt hatte.

Weitere Gorbatschow-Besuche

Frankreichs 1996 verstorbener sozialistischer Präsident Mitterrand, zusammen mit Busenfreund Helmut Kohl einer der wichtigsten Architekten der EU und des Euro, sagte am 26.11.1989 in Moskau:

«Die Konstruktion eines **‚gemeinsamen europäischen Hauses'** ist eine grossartige Idee. Jeder, der Vorstellungskraft und intellektuellen Mut besitzt, kann sich den europäischen Kontinent, alle seine Länder, leicht als eine neue Einheit vorstellen, verbunden durch Beziehungen einer neuen Art, in einem Rahmenwerk, in dem jeder er selbst bleibt, und alle kooperieren im Namen übereinstimmender Ziele. Ich persönlich betrachte die Realisierung dieser Idee als meine oberste Priorität.» (17)

Ein gemeinsames Haus oder Rahmenwerk, eine neue Einheit, die konstruiert werden soll, meint natürlich eine Europäische Union vom Atlantik bis zum Ural. Das machte er sogleich klar:

«Europa vereinigt im Handlungsrahmen der EWG (Anm.: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorgänger der EU) ist nur der erste Schritt für ein Ziel, das vielleicht viel mehr Zeit braucht, 25, 50 Jahre oder vielleicht das ganze Jahrhundert. Das wahre Ziel ist das gesamte Europa.» (18)

Kommen wir zu den deutschen Sozialdemokraten. Dazu zitiert man Bukowski/Stroilow am besten wörtlich, die, wie gesagt, Zugang zu Dokumenten der Moskauer Geheimarchive und der Gorbatschow-Stiftung hatten:

«Natürlich waren die enthusiastischsten Unterstützer des Projekts die deutschen Sozialdemokraten, die mit Moskau Jahrzehnte zuvor ‚spezielle Beziehungen' eta-

➔

«Das Europäische Parlament wird ein gesamteuropäisches sozialistisches Parlament mit Vertretern der Sowjetunion und Osteuropas werden. Das **‚Europa vom Atlantik bis zum Ural'** wird sich als neutrales sozialistisches Europa erweisen.»

KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn, 1984

Foto: Henning Schlottmann (User:H-stt) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vogel_hans-jochen_IMG_0974b-crop.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

Der ranghohe SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, ehemals Justizminister SPD-Kanzlerkandidat und SPD-Parteivorsitzender, eilte laut Bukowski/Stroilow im Mai 1988 nach Moskau, um über die Schaffung eines «gemeinsamen Markts» in Europa zu sprechen.

bliert hatten. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges kultivierten sie (hinter dem Rücken ihrer Partner in den diversen Koalitionen) vertrauliche Kommunikationen mit dem Kreml, häufig über ihre KGB-Kanäle, womit sie praktisch ihr kollektiver Einflussagent wurden. Hier, endlich, schlug ihre Stunde! Ihr Vorsitzender, H. J. (Hans-Jochen) Vogel (zusammen mit einem altgedienten Kreml-Kollaborateur wie Egon Bahr), eilte im Mai 1988 nach Moskau.»

Vogel zu Gorbatschow:

«Perestroika ist eine Hilfe für uns alle, für die gesamte progressive Bewegung im Westen [...] (Sie) überwand viele Hindernisse auf dem Weg zur Kooperation zwischen den Kräften der Linken, den demokratischen Kräften, und zur selben Zeit schuf sie neue (Bedingungen) für ihre weitere Zusammenarbeit.»

Vogel sagte in Bezug auf die Perspektiven seiner Partei, es stehe mit der Schaffung eines «gemeinsamen Marktes» 1992 ein «entscheidender Moment» bevor, bei dem man die Notwendigkeit für Europa, sich von den USA unabhängig zu machen, im Hinterkopf behalten sollte. [19] Bukowski/Stroilow schrieben:

«Indes, das Hauptwerkzeug, dieses Projekt zu implementieren, war die Sozialistische Internationale (SI). Ihr Präsident Willy Brandt war einer der ersten westlichen Politiker, die Gorbatschow besuchten, als er Generalsekretär wurde, und verschiedene Delegationen der SI pilgerten permanent nach Moskau wie Muslime nach Mekka. In der Tat waren ihre Beziehungen vergleichbar denen, die im Islam zwischen dem Ayatollah und seinen glühenden Anhängern bestehen. Es kam ein Punkt, an dem Gorbatschow ihnen ganz einfach Instruktionen erteilte, wie sie sich bei diesem oder jenem Thema verhalten sollten, und wenn sie sich das nächste Mal sahen, erstatteten sie über die Umsetzung Bericht wie Schüler ihrem Lehrer.» [20]

Oliver Janich

ist freier Journalist und hatte eine regelmässige Kolumne in FOCUS MONEY. Er schrieb u.a. bei Financial Times Deutschland, Süddeutsche Zeitung und Euro am Sonntag. Als einer der ersten Journalisten veröffentlichte er, dass durch den Lissabon-Vertrag bei Aufruhr das Töten von Menschen und die Wiedereinführung der Todesstrafe erlaubt ist. Im Januar 2010 erregte seine Titelgeschichte über Widersprüche in der offiziellen Theorie zu 9/11 grosses Aufsehen.

Quellen:

1. marxists.org, Leo Trotzki, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland (26.09.1930)
2. spiegel.de, Vom Atlantik bis zum Ural?, 25.12.1989
3. Zitiert nach Christopher Story. Die Rede findet sich seltsamerweise nicht auf der Webseite des Nobelpreiskomitees.
4. spiegel.de, Russland will sich am Nato-Raketenschild beteiligen, 20.11.2010
5. Daily Telegraph vom 24.03.2000, Peterborough-Kolumne, zitiert nach Christopher Story.
6. Zitiert nach der englischsprachigen Ausgabe (die deutsche Ausgabe ist aus dem Englischen übersetzt): Perestroika. New Thinking for Our Country and the World, Harper & Row, 1987. S. 197.
7. Ebenda., S. 199.
8. nobelprize.org, Mikhail Gorbachev Acceptance Speech 1990
9. Torsten Mann: Weltoktober, Kopp-Verlag, 2007, 1. Auflage, S.36-37, S.100
10. thenewamerican.com, «The New European Soviet», 08.10.2010
11. http://psi.ece.jhu.edu/kaplan1/IRUSS/BUK/GBARC/buk.html
12. Wladimir Bukowski, Pavel Stroilov, EUSSR: The Soviet Roots of European Integration, Sovereignty Publications, 2004
13. Ebenda, S.8
14. Ebenda, S.8 f.
15. Ebenda, S.9
16. Ebenda, S.13
17. Ebenda., S. 19
18. Ebenda, S.20
19. Ebenda, S.22
20. Ebenda, S.23

EU-Kommissionspräsidenten kommunistische Agenten?

Wassili Mitrochin, ein Archivar in der Auslandsabteilung des KGB, fertigte seit 1972 Notizen und Abschriften geheimer Dokumente an, ordnete und kommentierte sie. Insgesamt 25.000 Blatt, die er 1992 mit Hilfe britischer Agenten in den Westen schmuggelte und deren inhaltliche Zusammenfassung in Deutschland als «Das Schwarzbuch des KGB» erschien.

Über die Unterwanderung aller westlichen Institutionen durch Kommunisten inklusive der Presse wissen wir u.a. sehr gut durch Wassili Mitrochin Bescheid. Von 1948 bis 1984 gehörte Mitrochin dem KGB an, nach der Wende 1992 lief er zum britischen Geheimdienst SIS über. Der britische Historiker Christopher Andrew hat zusammen mit dem Ex-KGB-Oberst unter dem Obertitel «The Mitrokhin Archive» mehrere Bücher verfasst, von denen zwei als «Das Schwarzbuch des KGB» (Band 1 und 2) auf Deutsch erschienen sind. Das erste Buch beschäftigt sich mit der Unterwanderung Europas, das zweite mit dem Westen insgesamt. Speziell über Westdeutschland schreiben die Autoren, dass alle politischen Parteien, die Polizei und die Justiz unterwandert worden seien.

War Ex-EU-Kommissionspräsident Prodi ein KGB-Agent? Foto: kremlin.ru

Das FBI bezeichnete das Mitrochin-Archiv «als das kompletteste und umfangreichste Geheimdienstmaterial, das je von irgendeiner Quelle erhalten worden war.» [1] Mitrochin liess zahlreiche prominente Spione auffliegen. Nicht allen wurde allerdings der Prozess gemacht, so zum Beispiel dem italienischen Politiker Romano Prodi, der laut Mitrochin ein KGB-Agent war. Obwohl später auch der 2006 ermordete russische Ex-KGB- und Ex-FSB-Spion Alexander Litwinenko dem britischen Independent gegenüber erklärte, dass ihm General Anatoli Trofimow mitgeteilt habe, «Prodi ist einer von uns», gab es nie eine Untersuchung. [2] Trofimow wurde 2005 in Moskau erschossen. Nur ein Jahr später starb Litwinenko an einer radioaktiven Verstrahlung, vermutlich verursacht durch eine hohe Dosis Polonium, mit der sein Tee vergiftet worden war.

Sein Fall ging um die Welt, aber um die Details dessen, was er enthüllte, kümmerte sich kaum jemand. Romano Prodi war von 1999 bis 2004 Präsident der Europäischen Kommission. Seine Partei Partito Democratico entstand aus dem Zusammenschluss der Partei «La Margherita» und der Partei «Democratici di Sinistra», die 1991 aus der Kommunistischen Partei Italiens hervorgegangen war. Die Tatsache, dass Prodi nicht der Prozess gemacht wurde, beweist, wie sehr Politik, Justiz und Medien (die mit Ausnahme des Independent nicht einmal den Verdacht thematisierten) unterwandert sind.

Barroso: Vom Kommunist zum «Konservativen»

Abgelöst wurde Prodi als Kommissionspräsident von José Manuel Barroso, der einer der Führer der «Kommunistischen Partei der portugiesischen Werktätigen – Reorganisierende Bewegung der Partei des Proletariats» (portugiesisch MRPP) gewesen war, bevor er 1980 in die «Partido Social Democrata» eintrat, die als konservativ gilt. Sehr wahrscheinlich wurden und werden alle kommunistischen Parteien von Moskau aus geführt. Das sagen nicht nur die Überläufer, sondern auch der gesunde Menschenverstand. Doch die offen kommunistischen Parteien waren wenig erfolgreich, sodass die Order aus Moskau erging, sich auf andere Parteien zu verteilen. Die deutschen Kommunisten wurden angewiesen, die grüne Partei zu gründen beziehungsweise ihr beizutreten. Die anderen deutschen Parteien waren laut Mitrochin bereits unterwandert.

Barroso begann seine politische Karriere als radikaler Kommunist.

Foto: European People›s Party (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flickr_-_europeanpeoplesparty_-_%22I_Struggle,_I_Overcome%22_-_book_launch_(21).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Genau wie andere führende Europa-Eliten war Barroso ursprünglich, bevor er einer vermeintlich konservativen Partei beitrat, eingefleischter Kommunist. Um die nicht-sozialistischen westlichen Parteien zu unterwandern, wandten die Sowjets und ihre Kollaborateure im Westen die trotzkistische Taktik des «Entrismus» an, die das gezielte (mitunter heimliche) Eindringen in Organisationen lehrt, z.B. eben in eine konservative Partei (siehe auch ExpressZeitung Ausgabe 22). Tatsächlich gehörte der Portugiese in das Muster von Spontis und Altkommunisten vom Schlage eines Joschka Fischer und Jürgen Trittin, die den Staat erst bekämpften und dann ihren «Marsch durch die Institutionen» antraten, um denselben Staat zu unterwandern und totalitär zu transformieren. Ob sich Barroso, genau wie Joschka Fischer, auch als Schläger betätigte, ist zwar nicht überliefert, aber die Abschaffung der Nationen und die Gründung einer neuen Sowjetunion und Sozialistischen Internationale gehörte damals zur ideologischen Grundausstattung kommunistischer Gruppen. Anfang der Siebziger-Jahre des letzten Jahrhunderts war Barroso einer der Untergrundchefs der kommunistischen MRPP und damit Teil jener krypto-kommunistischen Strukturen, deren Angehörige später den Marsch durch die Institutionen begannen. Oberste Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel gehörten früher verfassungsfeindlichen Organisationen an:

"Genosse Gauck, ich glaube Ihnen ja, dass Sie treu hinter dem EU-Politbüro stehen!"

➔

(Ex?)-Kommunisten in der BRD

• Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, bis 1984 Sekretärin für Agitation und Propaganda der FDJ, einer verfassungsfeindlichen Organisation, die seit 1951 in der Bundesrepublik verboten ist.

Foto: Securityconference (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_Security_Conference_February_2015_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Krista Sager, ehemals Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, ursprünglich ebenfalls im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW).

Foto:. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Krista_Sager.JPG?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Antje Vollmer, Grüne, von 1994 bis 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, stammt aus dem Umfeld der maoistischen KPD/AO; die KPD galt als sowjethörig, verfassungsfeindlich und wurde 1956 in der Bundesrepublik verboten.

Foto: Eilmeldung (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antje-vollmer.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Winfried Kretschmann, Grüne, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ursprünglich Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW).

Foto: Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Winfried_Kretschmann_2012_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Jürgen Trittin, ehemaliger Landes- und Bundesminister, heute Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, ursprünglich Mitglied einer Splittergruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW).

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014-09-10_-_J%C3%BCrgen_Trittin_MdB_-_7462.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Ulla Schmidt, Bundesgesundheitsministerin von 2001 bis 2009, von 2013 bis 2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, einst KBW-Bundestagskandidatin, wurde aufgrund des Radikalenerlasses zunächst nicht in den Schuldienst übernommen, weil sie eine Verpflichtung auf das Grundgesetz ablehnte. (3)

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SPD_Bundesparteitag_Leipzig_2013_by_Moritz_Kosinsky_003.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Foto: Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Reinhard_B%C3%BCtikofer_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

• Reinhard Bütikofer, ehemals Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Grünen/EFA im Europaparlament, gehörte ursprünglich dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) an.

Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

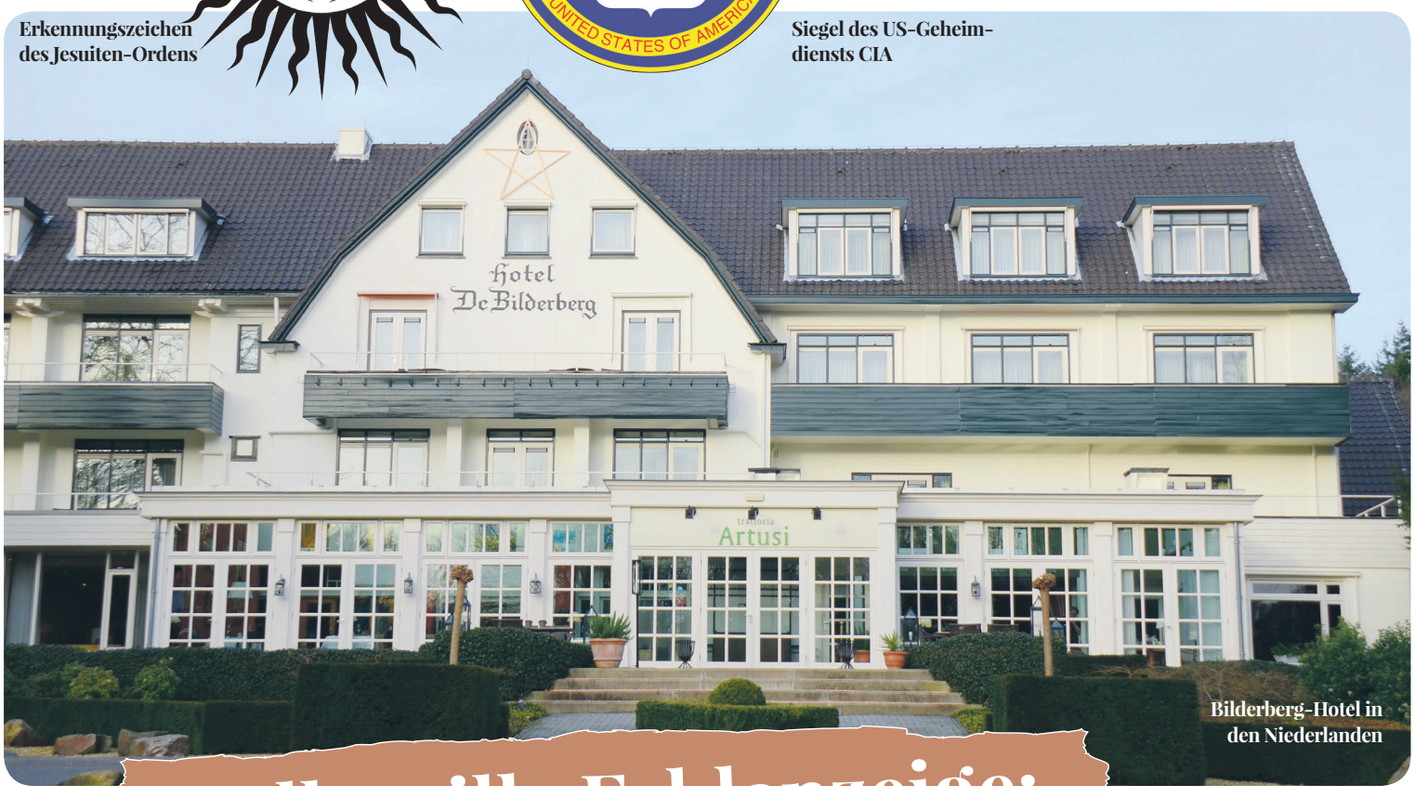
• Gregory Gysi, von 2005 bis 2015 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, laut der 2011 ausgestrahlten ARD-Dokumentation «Die Akte Gysi» einst tief in das DDR-System verstrickt

Quellen:
Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
Gerhard Wisnewski; Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen 2012, Knaur
1. Stephen W. Stromberg, «Documenting the KGB, Oxonian Review of Books», 2005
2. Lauren Veevers, «The Litvinenko murder: Scaramella – The Italian Connection», in: The Independent, 03.12.2006
3. Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, Rottenburg S. 76; Kommunistische Volkszeitung, Nr. 28/15.7.1976, S.7

Europäische Union

Erkennungszeichen des Jesuiten-Ordens

Siegel des US-Geheimdiensts CIA



Bilderberg-Hotel in den Niederlanden

Volkswille Fehlanzeige:

Die EU ein Projekt von Geheimorganisationen?

Im Internet steht so manches. Zum Beispiel, dass es eine Machtgruppe gibt, die sich einmal im Jahr trifft und auf den Namen «Bilderberger» hört. Dieser Club soll angeblich viel mächtiger sein als irgendwelche Regierungen und auch mächtiger als der G-7-Gipfel, wo sich – wie der Name schon sagt – alljährlich sieben globale Grössen treffen. Wenn das eine Elefantenrunde ist, dann sollen die Bilderberger eine ganze Herde sein, nämlich 100 bis 150 Personen: ehemalige und künftige US-Präsidenten, ehemalige und amtierende NATO-Generalsekretäre, ehemalige und amtierende Konzernbosse und amtierende und vor allem künftige Bundeskanzler! Aus Deutschland zum Beispiel Josef Ackermann (Deutsche Bank), Peter Löscher (Siemens), Dieter Zetsche (Daimler AG), Joschka Fischer, Guido Westerwelle, Wolfgang Schäuble und Otto Schily. Aber auch Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Angela Merkel! Jede Menge Schwergewichte also. Und diese Schwergewichte sollen, glaubt man dem Internet, zu einer Art Weltregierung gehören. Manchen Seiten zufolge sogar zu «der» Weltregierung.

Wie auch immer. Interessant ist jedenfalls: Während die Elefantenrunde der G7 einmal im Jahr lautstark durch die Medienlandschaft trampelt, schleichen in deren Windschatten die Bilderberger-Dickhäuter auf leisen Sohlen durch die Gegend. Über die Bilderberger verlieren die Medien kein Sterbenswörtchen. Und wenn sie erwähnt werden, dann höchstens in einem Nebensatz. Die erste Reaktion ist deshalb Misstrauen: Gibt es diesen Gipfel wirklich, und wenn ja, hat er tatsächlich irgendetwas zu sagen?

Bilderberger – ein seltsamer Name. Er rührt von dem ersten Hotel her, in dem sich diese globale Elite traf: dem «Hotel De Bilderberg» im niederländischen Oosterbeek in der Nähe von Arnheim. Da die Konferenzen nie offiziell bekanntgemacht wurden und Insider nicht darüber sprachen, tauften die wenigen Journalisten, die von diesem klandestinen Meeting Wind bekamen, die Konferenz nach ihrem Gründungsort. Die Rezeption des noch heute bestehenden Hotels hält eine DIN-A4-Seite mit Informationen bereit, die auch einen Absatz über die Bilderberg-Konferenz enthält:

«1954 wurde die erste Bilderberg-Konferenz im Hotel De Bilderberg veranstaltet. Bei dieser Versammlung waren etwa hundert einflussreiche Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Unternehmer anwesend. Das Ziel der Bilderberg-Konferenz war die Verbesserung der angespannten Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Diese Zusammenkunft war nicht öffentlich. [...] Initiator der Konferenz war der Pole Dr. Joseph H. Retinger, der viel durch Europa reiste und mit allen wichtigen Personen Westeuropas vertraut war. Er nahm unter anderem die Zusammenarbeit mit Prinz Bernhard, der Teilnehmer der ersten Konferenz war, auf. Prinz

➔

➔ Bernhard wurde später ständiger Vorsitzender; eine Aufgabe, die er bis 1976 innehatte. Der Erfolg der ersten Bilderberg-Konferenz war so gross, dass die Organisatoren beschlossen, die Konferenzen fortzusetzen.»

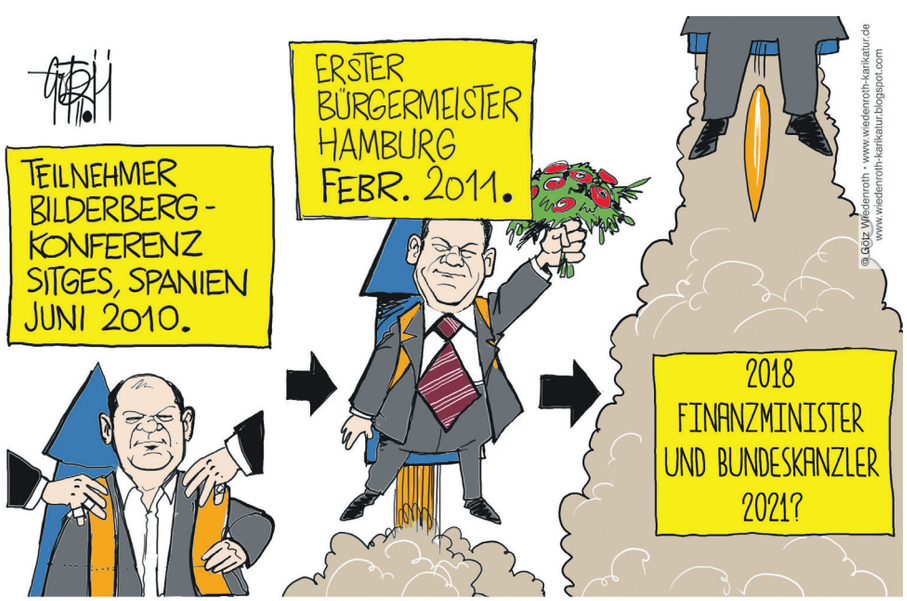
Schon damals, vor über einem halben Jahrhundert, war das Hotel «von Wachmännern umringt, und kein Journalist kam näher als einen Kilometer an das Hotel heran», heisst es in den Informationen.

Verdächtige Geheimnistuerei

Wie ist es möglich, dass viele Normalbürger noch nie etwas von den Bilderbergern gehört haben – und wenn, doch dann meist über das Internet etwas von ihrer Existenz erfahren haben? Höchstwahrscheinlich, weil die Bilderberger das nicht wollen. Ein Indiz dafür ist, dass viele der Medienkonzerne, die den Bilderbergern über Jahrzehnte kaum einen Bericht widmeten, selbst durch Vertreter auf den Konferenzen anwesend waren und sein werden. Beispiele: Springer, ProSiebenSat.1 Media, Burda, Die ZEIT, Bertelsmann, Gruner+Jahr...und das sind nur die deutschen Medienvertreter, die bereits mehrmals auf den streng geheimen Treffen zugegen waren (siehe auch S.34 f.).

Dieses ständige Wegsehen der Medien scheint einen Grund zu haben: Wer zu Bilderberg eingeladen wird, kann nämlich davon ausgehen, bald in den Karriere-Olymp aufzusteigen. Denis Healey, eines der Gründungsmitglieder von Bilderberg, legte frank und frei dar, welchen Zweck die Treffen verfolgen: «Bilderberg ist ein Weg, Politiker, Industrielle und Journalisten zusammenzubringen. Politik sollte Menschen involvieren, die keine Politiker sind. Wir setzen Ansichten durch, indem wir uns mit jungen Politikern gut stellen, die offensichtlich im Aufstieg begriffen sind, und bringen sie mit Finanziers und Industriellen zusammen, die ihnen kluge Ratschläge bieten. Es erhöht die Chance auf eine vernünftige, weltweite Politik.» [1] **In anderen Worten: Konzern- und Bankenchefs geben Politikern Handlungsanweisungen – Lobbyismus in Reinform.**

Beispiele für rasante politische Karrieresprünge nach ihrer Anwesenheit bei Bilderberg: Angela Merkel (erster Besuch Mai 2005 – Bundeskanzlerin November 2005), Helmut Schmidt (erster Besuch: 1973 – Kanzler ab 1974), Tony Blair (Erster Besuch: 1993 - Labour-Vorsitzender ab 1994, Premierminister ab 1997) oder Guido Westerwelle (Erster Besuch: 2007 – Vizekanzler 2009) (siehe auch S.34 f.).



Karriereverlauf wie aus dem Bilderberg

Die Bilderberg-Leaks

Nicht nur das: Bei Bilderberg werden neben den personellen auch politische Entscheidungen von grosser Tragweite getroffen und die politische Zukunft ganzer Nationen koordiniert. Schon der logistische Aufwand, viele der einflussreichsten Menschen der Welt für drei Tage an einen Platz zu bekommen, deutet darauf hin. Ein Blick hinter die Kulissen bestätigt z.B. die Rolle der Bilderberger bei der Gründung der Europäischen Union. Im Laufe der Zeit sickerten sieben interne Berichte der Bilderberg-Konferenzen aus dem Zeitraum zwischen 1955 und 1980 durch. Von Anfang an stand alles unter strenger Geheimhaltung: «Die Presse ist, wie bei den vorangegangenen Konferenzen, nicht zugelassen, und dieses Dokument hat als streng vertraulich behandelt zu werden und ist nur für den persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt», heisst es schon im ersten dieser sieben Berichte über die Konferenz in Garmisch-Partenkirchen vom 23. bis 25. September 1955. Dichthalten war bei den Bilderbergern das Gebot der ersten Stunde. Auch bei der Eröffnung der Konferenz vom 28. bis 29. Mai 1960 auf dem Bür-

«Prinz Bernhard von den Niederlanden war für seine zahlreichen engen Beziehungen zu den europäischen Königshäusern und hochgestellten Industriellen bekannt. Er war ein idealer Verbindungsmann und erhielt daher den diplomatischen Vorsitz des Clubs. Tatsächlich aber handhabte Retinger die Gruppe bis zu seinem Tod am 12. Juni 1960 von hinten, aus den Kulissen heraus.»

Daniel Estulin, Schriftsteller, aus seinem Buch «Die wahre Geschichte der Bilderberger», S. 49-50

genstock, Schweiz, rief Versammlungsleiter Prinz Bernhard «die für die Bilderberg-Konferenzen gültigen Regeln in Erinnerung und betonte, wie wichtig es sei, Lecks gegenüber der Presse zu vermeiden».

Die durchgesickerten Berichte geben in groben Zügen die Agenda der jeweiligen Konferenz sowie die Diskussionsbeiträge der Teilnehmer wieder – allerdings ohne (bis auf den Vorsitzenden der Konferenz) einen einzigen Namen zu nennen. Die Redner tauchen in den Berichten stattdessen nur als «ein amerikanischer Teilnehmer», «ein kanadischer Redner», «ein europäischer Teilnehmer» auf. Durch diese Anonymisierung der Berichte wirken die Texte seltsam belanglos und nichtssagend. Ohne die Namen der Redner wird die Dimension der Diskussion überhaupt nicht deutlich. Man vergisst völlig, welche gewaltige politische und exekutive Macht hier das Wort ergreift: zukünftige und ehemalige Regierungschefs, Präsidentenberater, Aussen- und Verteidigungsminister, Konzernbosse und Banker, Militärs und Vorsitzende internationaler Organisationen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds. Nach den Konferenzen reisten all diese Schwergewichte mit den Überlegungen der Bilderberger im Kopf wieder nach Hause, wo diese Überlegungen natürlich nicht ohne Einfluss auf ihre Entscheidungen blieben.

«Konferenzteilnehmer sollen [...] in der Lage sein», die gemeinsam gewonnenen Ansichten «in ihrem eigenen Einflussgebiet der öffentlichen Meinung zugänglich [zu] machen, ohne dabei die Quelle zu nennen», hiess es in einem der Berichte. Jeder einzelne Teilnehmer sollte also die Ideen der Bilderberger nach der Konferenz weitertragen, ohne sie als Ideen des Bilderberger-Clubs zu kennzeichnen. So trieben und treiben die Bilderberger im Geheimen Geo-, Wirtschafts- und Militärpolitik, einschliesslich der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, ohne dass irgendjemand weiss, wessen Einfluss hier wirksam ist.

Erst Europa, dann die ganze Welt

Wie sich aus den Berichten ergibt, verfolgten die Bilderberger von Anfang an das Ziel der Vereinigung Europas. Konsequent zu Ende gedacht, sollte diese «Community» auf die ganze Welt ausgedehnt werden. Wieder war es Denis Healey, der ehemalige britische Verteidigungsminister, der im Gespräch mit dem englischen Journalisten Jon Ronson aus dem Nähkästchen plauderte und aussprach, was viele kritische Beobachter der Gruppe sich bereits gedacht hatten: «Zu sagen, wir würden eine Eine-Welt-Regierung anstreben, ist übertrieben, aber auch nicht völlig ungerechtfertigt. Wir bei Bilderberg meinten, dass es nicht bis in alle Ewigkeit so weitergehen könnte, wegen nichts gegeneinander zu kämpfen, wodurch Menschen getötet und Millionen obdachlos werden. Daher hatten wir das Gefühl, eine einzige weltweite Gemeinschaft wäre eine gute Sache.»

Das Werkzeug dafür sind die Vereinten Nationen. «Die Schaffung und die Entwicklung der Vereinten Nationen stellen einen irreversiblen Prozess dar», behauptete ein Redner auf der Bilderberg-Konferenz von 1962 im schwedischen Saltsjöbaden. Anders als der Völkerbund hätten die Vereinten Nationen eine universale Aufgabe. «Ihr Ziel, die Welt zu regieren, ist eine feste Grösse», so der anonyme Redner weiter. Klar, dass man solche Zitate anschliessend nicht unter seinem eigenen Namen lesen möchte.

Mit der europäischen Einheit hatten es die Bilderberger besonders eilig, wie der Bericht aus Garmisch-Partenkirchen von 1955 offenlegt: «Die Diskussion dieses Punktes offenbarte unter den Vertretern der sechs Länder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine allgemeine Unterstützung für die Idee der Europäischen Integration und Vereinigung und ein Bewusstsein für die Dringlichkeit des Problems.» Allgemein sei erkannt worden, dass es «unsere gemeinsame Verantwortung» sei, in der «kürzest möglichen Zeit» einen «höchstmöglichen Grad an Integration» zu erreichen, beginnend mit einem gemeinsamen europäischen Markt. Das Endziel sei die «Vereinigung Europas». Auch der Euro wurde damals bereits angedacht: «Ein europäischer Redner äusserte Besorgnis im Hinblick auf den Bedarf nach einer gemeinsamen Währung und stellte heraus, dass dies seiner Meinung nach einer zentralen politischen Behörde bedürfe.» Nur zwei Jahre später wurden die Römischen Verträge zur Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), einer Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) sowie einer gemeinsamen parlamentarischen Versammlung und eines gemeinsamen Gerichtshofs unterzeichnet.

Ende eines Volontariats

Deutsche Teilnehmer in Garmisch-Partenkirchen waren unter anderem der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Carlo Schmid (SPD), einer der Väter des Grundgesetzes, und Walter Hallstein, der erste Vorsitzende der EWG. Auch Jean Monnet, der Schöpfer der Montanunion (EGKS), durfte nicht fehlen. Unter Punkt III.IV wurde die

➔

Wiedervereinigung Deutschlands thematisiert! Unter Punkt III.V die europäische Einheit! Zur Erinnerung: 1955 dachte kaum jemand an die Wiedervereinigung und erst recht nicht an eine Europäische Union. Dieses Dokument enthält sogar eine Zusammenfassung des Konsens (Summary of Consensus of Opinion at the Conference), wohl weil es nie zur Veröffentlichung gedacht war [2] Zur Wiedervereinigung unter Punkt D heisst es:

«Es gab eine generelle Übereinstimmung innerhalb der Gruppe über die Dringlichkeit dieser Frage, wie sie von vielen Sprechern ausgedrückt wurde. Es könnte keine echte Sicherheit in Europa geben, bis die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis echter Freiheit erreicht worden ist.»

Nun, bis zur Wiedervereinigung dauerte es noch 35 Jahre.

Joseph Retinger

Wie und warum ist die Bilderberg-Gruppe überhaupt entstanden? Die erstaunliche Wahrheit ist: Der internationale Elefantenclub der Bilderberger wurde von einem vermeintlichen Nobody gegründet – nämlich dem unscheinbaren «Berater» Joseph Hieronim Retinger. Wer war dieser ominöse Mann?

Was nicht überrascht: Bilderberg-Initiator Retinger war ein Fan von vereinigten Staaten. Nicht nur jener Nordamerikas, sondern auch jener Europas. Nicht zufällig studierte er in München Anfang des 20. Jahrhunderts Völkerpsychologie. Zunächst mischte Joseph Hieronim Retinger im Ersten Weltkrieg mit, allerdings nicht als Soldat, sondern als Strippenzieher, wie sich Jan Chciuk-Celt, der Sohn eines Freundes von Retinger, erinnert. Schon damals habe Retinger wundersamerweise Zugang zu den allerhöchsten Kreisen bis hinauf zum Kaiser gehabt: «Während des Grossen Krieges versuchte Retinger seine Kontakte zu nutzen, um Österreich dazu zu bewegen, aus der Allianz mit Deutschland auszusteigen und einen separaten Frieden zu machen. Das klappte aber nicht, die beiden Kaiser machten nicht mit, und durch seine Einmischung

Der nach aussen arm, unscheinbar und bescheiden wirkende Bilderberg-Gründer Joseph Retinger.»

Joseph Retingers internationaler Einfluss

Hier trifft sich Joseph H. Retinger (links) mit dem ehemaligen OSS-Chef William J. «Wild Bill» Donovan (mitte), Direktor des «Komitees für ein vereintes Europa» (ACUE), und dem ehemaligen OSS- und dann CIA-Agent Thomas Braden (rechts).

Retinger (erster von links) war einer der Vertrauten des polnischen Premierministers der in London angesiedelten polnischen Exilregierung General Władysław Sikorski (zweiter von rechts).

Britische Militärmission in Coetquidan (Frankreich), 1940. Joseph H. Retinger (links) begleitet Leutnant Wojciech Korfanty (zweiter von rechts).

schaffte er es, einige wichtige Leute ernsthaft vor den Kopf zu stossen. So wurde er in Österreich zur Persona non grata erklärt, war in Grossbritannien plötzlich nicht mehr willkommen, die Deutschen wollten ihn tot sehen, und schliesslich musste er ohne einen Penny aus Frankreich nach Spanien fliehen.» [3]

Schliesslich tauchte er in Mexiko auf, wo er den grössten Teil der Zwanziger-Jahre verbrachte. Und was tat? Nun, er lernte alle Schlüsselfiguren des Landes, Gewerkschaftsführer, Politiker und andere mehr, kennen. Und siehe da: «Sein guter Freund Calles wurde schliesslich Präsident von Mexiko.» [3] Für Retinger war das aber praktisch nur ein Zeitvertreib. Kaum war der Erste Weltkrieg vorüber, erschien er wieder in Europa, um dort weiter seine Strippen zu ziehen. Sein erster Ansatz für eine Vereinigung Europas war freilich etwas plump. So hatte er, wie gewohnt, zwar keine Schwierigkeiten, bei dem französischen Premierminister Georges Clemenceau einen Termin zu bekommen – die Zustimmung zu seinem Plan einer ersten «Europäischen Union» erhielt er aber nicht.

Den Zweiten Weltkrieg verbrachte Retinger als Agent der Briten im Kampf um sein Heimatland Polen. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sah Retinger endgültig seine Chance gekommen, seine Einigungspläne wieder aufzunehmen, allerdings ging er diesmal weitaus vorsichtiger und behutsamer zu Werke. So wollte er diesmal nicht gleich einen fertigen Baum in die Landschaft pflanzen, sondern begnügte sich mit einem Setzling. Zusammen mit dem belgischen Premierminister Paul van Zeeland gründete er 1946 die «European League for Economic Cooperation» (ELEC) und damit auch die «Europäische Bewegung». Generalsekretär der ELEC: der Jesuit Joseph Hieronim Retinger. Mit seiner Führungsposition bei der ELEC wurde Retinger einer der Väter der Europäischen Union und praktisch der erste Generalsekretär der Europäischen Union in Gründung.

Im Auftrag der Jesuiten?

Aber wie kam Retinger zu diesem Einfluss? Wie konnte er ohne Probleme einen Termin mit all diesen hochkarätigen Persönlichkeiten bekommen? Welche Macht stand wirklich hinter ihm?

«Retinger zählte selbst nicht zum Kreis derjenigen, die nach Reichtum oder Weltmacht strebten. Er befand sich in der höchst

ungewöhnlichen Situation, all die Reichen und Mächtigen zu kennen, ohne selbst je viel besessen zu haben. [...] Wirklich materielle Güter liessen ihn kalt. [...] Offenbar schien all das, was für andere das Leben ausmachte, für Retinger keinen Stellenwert zu besitzen.» [4]

Nicht einmal eine Frau hatte Retinger, als er die Bilderberger gründete. Kein Geld, keine Güter, keine Beziehung – vielleicht kommt man der Sache näher, wenn man diese Begriffe mit «Armut» und «Keuschheit» übersetzt. Dann nämlich erhalten wir die wichtigsten Zutaten für einen Mönch. Doch Mönche leben bekanntlich in Klöstern, tragen lange Kutten und gehen keinen profanen Berufen nach. Und auf die meisten Mönche mag das auch zutreffen, allerdings nicht auf einen bestimmten Orden der Katholischen Kirche: Die diskreten Diener der «Gesellschaft Jesu», die «Jesuiten».

Tatsächlich wurde Retinger als junger Mann Priester und schloss das Noviziat der Jesuiten in Rom ab, berichtet Jan Chciuk-Celt. Auch der Bilderberg-Experte Daniel Estulin bezeichnete Retinger beiläufig in einem Nebensatz seines Bestsellers «Die wahre Geschichte der Bilderberger» als «Jesuitenpriester und 33.Grad-Freimaurer». Wird es hier nicht erst richtig interessant?

Joseph H. Retinger mit Kardinal Fernando Cento, einem vatikanischen Diplomaten.

Monita secreta - Die geheimen Instruktionen der Jesuiten

Die wichtigste Quelle für das negative Image der Jesuiten sind die geheimnisumwitterten Monita secreta, das berühmteste mutmassliche Dokument der «Societas Jesu», in dem ihr 5. General, Claudio Acquaviva, seine Untergebenen angeblich anwies, buchstäblich jedes Mittel anzuwenden, um Macht und Wohlstand des Ordens zu mehren. Können wir die Bilderberger möglicherweise in diesem Papier wiederfinden, über das es in einem Online-Lexikon heisst: « [...] wird zum Beispiel empfohlen, um Einfluss auf die Grossen und Mächtigen dieser Welt zu gewinnen»? Die Jesuiten «würden Intrigen spinnen und konspirativ arbeiten, sie würden auf unrechtmässige Weise Einfluss auf die Politik ausüben und geheime Anweisungen aus dem Ausland bekommen, sie wären bedenkenlos in der Wahl ihrer Mittel und lax in ihrer Moral.» Tatsächlich wurden die Jesuiten von Regierungen und Monarchen immer schon als besonders gefährliche Verschwörer gegen den Nationalstaat angesehen. Dass die von einem Jesuiten gegründeten Bilderberger verdächtigt werden, eine Weltregierung bilden zu wollen, passt daher durchaus ins Bild.

Jedoch, die Monita secreta seien eine Fälschung, schallt es einem aus vielen Quellen entgegen. Wieder andere bezeichnen sie als «satirische Schrift». Dann sind sie aber eine ziemlich gute Fälschung bzw. Satire. Denn die Echtheit eines Dokumentes lässt sich sowohl anhand seiner Herkunft und Entstehungsgeschichte als auch anhand seiner Gültigkeit beurteilen, das heisst danach, wie genau es ein bestimmtes Phänomen oder die Wirklichkeit als Ganzes beschreibt. So sind die Taktiken und Vorgehensweisen, die in den Monita secreta beschrieben werden, stimmig, nachvollziehbar und konsistent. Darüber hinaus passen ihre Anweisungen exakt auf den Bilderberger-Gründer Joseph Hieronim Retinger:

- bescheidenes bis ärmliches Auftreten,
- Kontakte und Verbindungen zu höchsten bis allerhöchsten Kreisen,
- Veranstaltung der in den Monita secreta erwähnten «Versammlungen», «geselligen Vereinigungen», «Reden», «Verhandlungen», «Deklamationen» und «Gastereien».

Monita secreta.

Die geheimen Instruktionen der Jesuiten.

Lateinisch und Deutsch.

Deutsche Uebersetzung von Julius Hochstetter Gymnasiallehrer.

Lorch (Württemberg). Verlag von Karl Rohm. 1924.

Deckblatt einer Ausgabe der «Geheimen Anweisungen» der Jesuiten aus dem Jahr 1924.

Gemäss den Monita secreta soll bei diesen Anlässen nicht mit Druck gearbeitet werden. Denn Druck führt

- zur Selbst- und Fremddefinition,
- zur Abgrenzung,
- zum Aufbau von Fronten.

So könnten zum Beispiel Vereinigungen wie die Bilderberger auf Kapitel II., Absatz 11, zurückgehen:

«Man muss die Leute zu Versammlungen, zu geselligen Vereinigungen, zu Reden, zu Verhandlungen, zu Deklamationen usw. einladen. Dabei muss man sie durch Verse und in schriftlich verzeichneten Sätzen ehren. Man muss sie passenden Falls zu Gastereien einladen und ihnen auf verschiedene Weise Aufmerksamkeiten erweisen.»

So wie die Monita secreta dargestellt werden, sind sie nichts anderes als eine machiavellistische Gebrauchsanleitung zur Erringung der absoluten Macht. Einen solchen Orden als hochgefährliche Verschwörung anzusehen, wäre sicher nicht übertrieben. Könnte dies der Hintergrund für die zahlreichen Verbote sein, die im Laufe der Zeit gegen die Jesuiten ausgesprochen wurden? **(gw/tk)**

Die Jesuiten

Man schrieb das Jahr 1521, da wälzte sich auf dem Schloss derer von Loyola im Baskenland ein Ritter in Fieberträumen. Nach der Schlacht um Pamplona fanden die französischen Soldaten Ignatius von Loyola «blutüberströmt mit zerschmettertem Bein auf der Bastion» der Zitadelle liegen: «Wie zum Hohn war er, der wagemutige Ritter, von dem unpersönlichen Kriegswerkzeug der neuen Zeit gefällt worden, von einer Kanonenkugel, die blind von irgendwoher gekommen war...» [5] Während der folgenden Monate voll quälender Torturen und Operationen wurde Loyola immer wieder von Fieberphantasien und träumerischen Visionen verfolgt. Nach seiner Genesung transformierte der wackere Ignatius von Loyola sein ritterliches Helden-Dasein in ein Dasein als religiöser Held. Er warf die Ritterrüstung weg und tauschte sie gegen Bettlerkleidung ein. Loyola beschloss, den Ritterberuf an den Nagel zu hängen und ein Ritter Christi zu werden: Er gründete am 15. August 1534 einen Orden, der sich wenige Jahre später «Gesellschaft Jesu» nannte - besser bekannt als die «Jesuiten».

➔

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jan_de_Hoey,_Ignatius_von_Loyola,_Stiftsmuseum_Xanten-9495.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Ignatius von Loyola (1491–1556) war der wichtigste Mitbegründer und Gestalter der später auch als Jesuitenorden bezeichneten «Gesellschaft Jesu».

Man könnte meinen, die jesuitischen Missionare jener Tage wären die ersten Globalisten gewesen: In fremde Kulturen eindringen, sie unterwandern, aushöhlen und im eigenen Sinne umdrehen und umfunktionieren, das war die Spezialität der Jesuiten. Wenn es mal besonders harte Nüsse zu knacken gab und es beim Missionieren gar nicht weiterging, rief der Papst nach seiner Missionsfeuerwehr – den Jesuiten. Zum Beispiel in den Dreissiger-Jahren des 16. Jahrhunderts. Da hatte die christliche Kirche ein Problem: Mit der Christianisierung Indiens ging es nicht so recht voran. Die kulturellen und religiösen Hürden zwischen dem christlichen Glauben und den indischen Religionen erschienen einfach zu hoch. Besonders die oberste hinduistische Kaste der Brahmanen erwies sich als schwer zu schleifende Festung.

Die Jesuiten revolutionierten den missionarischen Stil und die Missionserfolge gleich mit. Statt aggressiv traten sie leise auf, statt zu fordern, boten sie an, statt zu unterdrücken, standen sie mit Rat und Tat zur Seite, statt aufzutrumpfen, gaben sie sich unterwürfig, statt Konflikt suchten sie den Konsens – und zwar heimlich, still und leise, und prägten so den typischen «jesuitischen Stil». Sie revolutionierten das Verhältnis von Aktion und Reaktion in der Mission. Wo jede Aktion normalerweise eine (Gegen-)Reaktion hervorruft, entwickelten die Jesuiten einen Stil, der jede Verteidigung unterlief und Gegenreaktionen erst gar nicht entstehen liess. Wehren kann man sich nur gegen etwas, das man als feindlich wahrnehmen und benennen kann. Genau hier setzten die Jesuiten an und lösten diese alte Dialektik in ihrer Missionsarbeit auf. Die Aktion war fast in jedem Fall darauf angelegt, keine feindliche Gegenreaktion hervorzurufen. Die Jesuiten entwickelten regelrecht geheimdienstliche Methoden und waren damit einer der ersten gut organisierten Geheimdienste der Welt. Ja, sie benutzten Agenten genauso wie Techniken der Mimikry und der Verkleidung:

«Der Jesuitenmissionar Robert de Nobili, Neffe des Kardinals Bellarini und Sproß einer alten italienischen Adelsfamilie, unternahm es nun als Erster, auch die Brahmanen zu bekehren, indem er ihnen selbst als Brahmane entgegentrat. Als er nach langer Vorbereitung in der südindischen Stadt Madure erschien, glich er in nichts jenen Ordensbrüdern, die in zerlumpten Kutten durch das Land zogen, in den Spitälern die Beichte von Armen und Sklaven entgegennahmen und mit der Schelle durch Fischerdörfer eilten. Gleich den Hindus von hoher Kaste trug er ein langes Gewand aus gelblichem Leinen, einen Turban auf dem Haupt und hölzerne Sandalen an den Füssen.» [6]

Lauter spannende Fragen, die der Mainstream-Journalismus im Jahr 2018 sträflich vernachlässigt hat, hat Gerhard Wisnewski in seinem neuen und brisanten Jahrbuch «verheimlicht – vertuscht – vergessen 2019» aufgearbeitet – oft mit unglaublichen Ergebnissen: Wie immer wurden wir auch im vergangenen Jahr belogen und hinters Licht geführt, was das Zeug hält. Begleiten Sie den Autor also bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2018, bevor wir es vergessen und endgültig all die dicken Kröten schlucken, die man uns aufgetischt hat (Kopp Verlag, 288 Seiten, Euro 14,95, in jeder Buchhandlung oder auf wisnewski.ch).

Der Mann gab sich so lange als perfekter Brahmane, bis die anderen ihn anerkannten und bereit waren, seine vorsichtig vorgetragenen christlichen Lehren anzuhören und sich schliesslich sogar taufen zu lassen. Die Taktik erwies sich als wirksamer denn jede Form aggressiver Mission: «Als Nobili sein Arbeitsfeld verliess, gab es in diesen Gegenden bereits mehr als vierzigtausend bekehrte Eingeborene, unter ihnen eine grosse Zahl von Brahmanen», so der Autor Fülöp-Miller. [7]

Nach und nach eroberten die Jesuiten mit dieser Methode ganz Asien. Aber nicht nur Asien. Auf der ganzen Welt durchdrangen sie mit ihrem «jesuitischen Stil» ganze Gesellschaften und machten sich auch an königlichen Höfen unentbehrlich. Asiatischen Herrschern standen sie ebenso zur Seite wie europäischen. Und weil jeder Orden auch für Nachwuchs sorgen muss, gründeten die Jesuiten auch Schulen und Universitäten, mit denen sie sich einerseits grosse Verdienste erwarben, andererseits aber auch ihre Macht und ihren Einfluss mehrten.

Internationaler jesuitischer Einfluss

Mit den Nationen hatten die Jesuiten schon immer ein Problem – und die Nationen mit ihnen. «Der internationale Charakter des Ordens stand dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Nationalstaaten entgegen [...]», hiess es selbst auf der Website der Jesuiten. Was bedeutet, dass zwischen den Jesuiten und den Nationalstaaten ein gewisses Spannungsverhältnis existierte. Die Nationalstaaten fühlten sich von dem Orden bedroht. Und deshalb wurde der Orden in seiner Geschichte immer wieder verboten. Bei aller zur Schau getragenen Sanftmut wurde der Ruf der Jesuiten von Jahr zu Jahr schlechter. Kritiker entdeckten in ihnen alsbald etwas ähnlich Verwerfliches wie den brutalen Missionar der alten Schule, eigentlich sogar noch etwas Schlimmeres – nämlich den skrupellosen Intriganten mit doppelbödiger Moral und flexibler Ethik. Zum ersten Mal hob im Jahr 1773 Papst Clemens XIV. höchstpersönlich den Orden auf. Im 19. Jahrhundert wurden die Jesuiten in der Kirche zwar wieder zugelassen, dafür aber in zahlreichen Ländern verboten, zum Beispiel in Norwegen, in der Schweiz und in Deutschland (durch Reichskanzler Otto von Bismarck). In der Schweiz war der Orden sogar bis 1973 verboten.

Sind die Bilderberger also nur zufällig von einem Jesuiten-Mönch initiiert worden? Retinger war ein wahrer Hecht im Karpfenteich. Er kannte nicht nur den holländischen Prinzen Bernhard, sondern auch zahlreiche sinistre Persönlichkeiten in den USA, all die namhaften Imperialisten und Globalisten seiner Tage, von Nelson und David Rockefeller und CIA-Chef Allen Dulles (dessen Neffe Avery katholischer Kardinal und Jesuit war) über den Eisenhower-Stabschef und einen der ersten CIA-Direktoren, Walter Bedell Smith, und den CIA-Agenten Thomas Braden bis hin zu dem legendären CIA-Chef William «Wild Bill» Donovan, der übrigens ebenfalls an einer zumindest streng katholischen Schule erzogen worden war.

Da Retinger seit 1960 tot ist, könnte man nun einwenden, das Jesuiten-Thema bei den Bilderbergern sei damit erledigt. Keineswegs. Vielmehr betreiben die Jesuiten vor allem in den USA ein riesiges Bildungsnetz für die Elite. «Jesuitische Schulen stellen eine der effektivsten apostolischen Aktivitäten der Gesellschaft Jesu in den Vereinigten Staaten dar», hiess es auf der US-Website der Jesuiten. «Jesuiten und ihre [Laien-]Kollegen erziehen in 71 Sekundar- oder Vor-Sekundarschulen jedes Jahr über 46.000 Jungen und Mädchen.» Aber nicht nur das. So gehören der amerikanischen «Association of Jesuit Colleges and Universities» dreissig Universitäten und Colleges an. Weltweit gibt es heute insgesamt nicht weniger als 3730 jesuitische Bildungseinrichtungen mit 2,5 Millionen Schülern und Studenten [8]. Eine ungeheure Zahl für einen nicht einmal 20.000 Mitglieder zählenden Orden [9]. Sein globaler Einfluss speziell auf elitäre und ehrgeizige Schichten ist damit gewaltig.

Und selbstverständlich landen diese Schüler und Studenten früher oder später in den obersten Ebenen von Staat und Gesellschaft – und damit natürlich auch bei den Bilderbergern. Zum Beispiel den Bilderberger William McDonough, von 1993 bis 2003 Chef der Federal Reserve Bank of New York [10]. Danach diente er dem Vorsitzenden des Finanzkonzerns Merrill Lynch als «spezieller Berater». McDonough besuchte die berüchtigte Jesuiten-Universität Georgetown (aus der viele Banker, Militärs und Geheimdienstler hervorgingen) und das College vom Heiligen Kreuz – ebenfalls eine Jesuiteneinrichtung. Sein Vorgänger bei der New Yorker Federal Reserve, E. Gerald Corrigan, besuchte gleich zwei Jesuiten-Universitäten, nämlich Fairfield und Fordham. In Georgetown wiederum studierte der spätere amerikanische Präsident und Bilderberger Bill Clinton, und zwar an der Edmund Walsh School of Foreign Service, benannt nach dem Jesuitenpriester Edmund A. Walsh. Dort lehrte ab den späten Siebziger-Jahren des vorigen Jahrhunderts Henry Kissinger als Professor.

Wussten Sie.....

...dass der Belgier Herman van Rompuy vor seiner Ernennung zum EU-Ratspräsidenten erst einmal bei einem Meeting mit den Bilderberg-Drahtziehern Henry Kissinger und Étienne Davignon vorsprechen musste?

Quelle: theguardian.com, Who speaks for Europe? «Criticism of shambolic process» to fill key jobs, 17.11.2009

Der EU-Kommissar (ab 1985) Peter D. Sutherland, Mitglied des Steuerungskomitees der Bilderberger, wurde von den Jesuiten des Gonzaga College in Dublin erzogen. Typisch für die Jesuiten-Karriere war danach der Job als Generaldirektor des entgrenzenden Freihandelsabkommens GATT, aus dem 1995 das «Welthandelsministerium» WTO (World Trade Organization) hervorging.

Der ehemalige belgische Ministerpräsident und Bilderberger Jean-Luc Dehaene besuchte das Sint-Jozefscollege im belgischen Aalst. US-Senator (Connecticut) und Bilderberger Christopher J. Dodd besuchte die jesuitische Georgetown Preparatory School und diente Präsident Clinton als Botschafter. Dodds ältester Bruder war Professor der Georgetown University. Der frühere US-Botschafter (Japan), Ex-Sprecher des Repräsentantenhauses und Bilderberger Thomas S. Foley besuchte die Gonzaga Preparatory School der Jesuiten in Spokane. Der frühere niederländische Premier und Bilderberger Ruud Lubbers besuchte das jesuitische Canisius College in Nimwegen, Holland. Der Bilderberger und zeitweilige EU-Kommissar Mario Monti besuchte das L'Istituto Leone XIII. der Jesuiten in Mailand. Der bekannte Bilderberger, Publizist und Gründer der National Review William F. Buckley besuchte das Beaumont College, eine Jesuitenschule in England. Und man könnte lange so weiter machen...

Bilderberg und EU nach dem Zweiten Weltkrieg

Dass der Zweite Weltkrieg umwälzende globale Entwicklungen einleitete, wurde schon in der ExpressZeitung Ausgabe 22/Dezember 2018 – Thema: UNO – ausführlich behandelt. In erster Linie wurden die beiden Weltkriege von interessierten Kreisen nämlich nicht nur als Niederlage Deutschlands, sondern des Nationalstaates an sich verstanden. Das Konzept des Nationalstaates wurde durch die beiden Kriege als nachhaltig kompromittiert angesehen. Ja, es entstanden

➔

Gegründet als vermeintlicher Garant für Frieden und Sicherheit auf den Trümmern der Urkatastrophe der Menschheitsgeschichte, den beiden Weltkriegen, hat sich der Wirkungs- und Einflusskreis der UNO während der letzten 70 Jahre dramatisch ausgeweitet. Von den weltweiten Massenmedien als zahnlose, fast bemitleidenswerte Friedensorganisation ohne jegliche Macht dargestellt, hat sich die UNO unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung und fernab jeglicher Kritik zu einem ungeheuren Machtzentrum entwickelt. In nahezu allen Bereichen des Lebens erhebt sie nun Führungsanspruch und entzieht den einzelnen Nationen Souveränität und Selbstbestimmung. Mehr dazu in der ExpressZeitung Ausgabe 22/Dezember 2018 – Thema: UNO.

Winston Churchills historische Rede an der Universität Zürich

Eine Gedenktafel in Zürich erinnert bis heute an Churchills Rede.

Der britische Premierminister Winston Churchill forderte bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs am 19. September 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten eine Vereinigung Europas, d.h. eigentlich las er ein Manuskript vor, das Coudenhove-Kalergi (siehe S.7 ff.) für ihn geschrieben hatte. Ein Auszug daraus hört sich folgendermassen an:

«Unser beständiges Ziel muss sein, die Vereinten Nationen aufzubauen und zu festigen. Unter- und innerhalb dieser weltumfassenden Konzeption müssen wir die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammenfassen, die man vielleicht die *Vereinigten Staaten von Europa* nennen könnte. Der erste praktische Schritt wird die Bildung eines Europarates sein. Wenn zu Beginn nicht alle Staaten Europas der Union beitreten können oder wollen, so müssen wir trotzdem damit anfangen und diejenigen, die wollen, und diejenigen, die können, sammeln und zusammenführen. Die Errettung der Menschen aller Rassen und aller Länder aus Krieg und Knechtschaft muss auf soliden Grundlagen beruhen und garantiert werden durch die Bereitschaft aller Männer und Frauen, lieber zu sterben, als sich der Tyrannei zu unterwerfen. Bei all diesen dringenden Aufgaben müssen Frankreich und Deutschland zusammen die Führung übernehmen. Grossbritannien, das britische Commonwealth, das mächtige Amerika, und, so hoffe ich wenigstens, Sowjetrussland – denn dann wäre tatsächlich alles gut – sollen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein und dessen Recht, zu leben und zu leuchten, beschützen. Darum sage ich Ihnen: Lassen Sie Europa entstehen!»

Kurz darauf, am 14.5.1947, forderte Churchill in einer Rede in London erneut die «Vereinigten Staaten von Europa» als Vorstufe zu einer «Welt-Superregierung» (siehe S.14). ***(tk)***

Churchill bei seiner Rede auf dem Zürcher Münsterhof

➔ Zweifel, ob Völker überhaupt in Nationalstaaten friedlich zusammenleben könnten und ob man die Nationen nicht zu grösseren Einheiten zusammenschliessen müsse. Was im ersten Moment ebenso einleuchtend wie edel klingt, ist in Wirklichkeit eine bizarre Idee. Denn die eigentliche Lehre bestand ja im genauen Gegenteil: Je grösser eine Einheit, umso mehr Menschen und Ressourcen kann ein Diktator mit einem Federstrich regieren und umso mehr Unheil kann er anrichten. In Wirklichkeit kann ein Gleichgewicht nur durch Vielfalt und Dezentralisierung erreicht werden.

Um noch ein anschaulicheres Beispiel zu geben: Ein Schiff ist umso eher unsinkbar, je mehr voneinander unabhängige Zellen der Schiffsrumpf besitzt. Gibt es im Schiffsrumpf aber keine Schotten, sprich: Grenzen, reicht ein einziger Wassereinbruch aus, um das Schiff zum Sinken zu bringen. Aber Leute wie Retinger schlugen genau den entgegengesetzten Weg ein, indem sie der Menschheit einredeten, Grenzen müssten aufgelöst und die Nationen zu grösseren Einheiten zusammengefasst werden, um neue Katastrophen zu verhindern. In Wirklichkeit werden grössere Staatensysteme aber zu immer grösseren Katastrophen führen.

Retinger stellt die Weichen für Europa

Retingers Bestrebungen trafen sich mit den Interessen der durch den Zweiten Weltkrieg erneut erstarkten USA. Also wurde auch in den USA an einer Europäischen Union gebastelt. Und die amerikanischen Väter der EU rekrutierten sich in erster Linie aus den auch Retinger bestens bekannten Geo- und Geheimdienststrategen. So wurde das 1948 gegründete «American Committee for a United Europe» (ACUE) hauptsächlich von der Rockefeller-Stiftung finanziert, also von denselben Leuten und Organisationen, die später auch die Bilderberger mit begründeten und finanzierten. Die Gründer und Mitglieder des ACUE waren allesamt gute Bekannte unseres umtriebigen Jesuiten Joseph Hieronim Retinger. Zu ihnen gehörten unter anderem:

- der berüchtigte OSS-Veteran und CIA-Gründer William «Wild Bill» Donovan (OSS = Office for Strategic Services, Vorläufer der CIA),
- Donovans ebenso berüchtigter OSS-Untergebener und späterer CIA-Chef Allen Dulles, Onkel des späteren Jesuiten-Kardinals Avery Dulles,

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ludwig_Erhard1.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

> «Wehe dem, der glaubt, man könne Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könne es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens.»
>
> ***Ludwig Erhard (1897-1977), gilt als Vater der BRD-Marktwirtschaft***
>
> Quelle: welt.de, Wir belügen uns selbst, 26.11.2012

- der erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith,

und nicht zu vergessen:

- der Jesuit und Präsident der jesuitischen Fordham University, Robert Ignatius Gannon.

Die Dunkeltruppe rief die «Haager Konferenz» ins Leben, die vom 8. bis 10. Mai 1948 von Retinger in Den Haag veranstaltet wurde und aus etwa 700 Delegierten – und damit sind nicht etwa irgendwelche «kleinen Abgeordneten» gemeint – aus vielen europäischen Staaten bestand. Vielmehr befanden sich unter ihnen nicht weniger als 18 ehemalige Premierminister und 28 ehemalige Aussenminister. Die Eröffnungsrede hielt Winston Churchill. Der Jesuit und Bilderberger-Gründer, den in der Öffentlichkeit bis heute kaum jemand kennt, schaffte es also, eine Versammlung von 700 hochkarätigen Persönlichkeiten einzuberufen, um die Weichen zu einer Einigung Europas zu stellen. Anders ausgedrückt: Der Jesuit rief, und alle kamen, bis hinauf zu den Königshäusern.

Europa made in USA

Das «American Committee for a United Europe» (ACUE) war lange Zeit ein wichtiger Geldgeber der europäischen Einheitsbemühungen. Am 26. Juli 1950 unterzeichnete der Geheimdienstler William Donovan ein Memorandum mit Instruktionen zur Gründung eines Europaparlaments. Wie der Telegraph im Jahre 2000 aufgrund freigegebener Geheimdienstdokumente berichtete, bestand das Ziel des ACUE in der Schaffung der Europäischen Union. Der Journalist Ambrose Evans-Pritchard schrieb unter der Überschrift «Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert» :[11]

«Amerikanische Regierungsdokumente zeigen, dass die US-Geheimdienste in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eine Kampagne fuhren, um ein vereinigtes Europa voranzutreiben. Sie finanzierten und leiteten die Bewegung für eine europäische Föderation (‚European Federalist Movement').»

Das ACUE finanzierte die «Europäische Bewegung», eine Dachorganisation verschiedenster Organisationen, die das Ziel verfolgten, eine Europäische Union zu gründen. Ehrenpräsidenten waren unter anderem Winston Churchill und Konrad Adenauer. Beispielsweise stammten im Jahr 1958 53,5% der Mittel für die Europäische Bewegung vom ACUE. Zitat Pritchard:

«Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford- und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den Fünfzigerjahren gleichzeitig Chef des ACUE.»

Auch das Aussenministerium der USA war direkt involviert. In einem Memo vom 11. Juni 1965 empfahl es dem französischen Sozialisten Robert Marjolin, eine Währungsunion heimlich anzustreben. [11] Marjolin war der Vizepräsident der ersten Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Eine weitere wichtige Organisation, deren Gründung vom US-Geheimdienstarm ACUE betrieben wurde, war der Europarat. Er gilt als die älteste originär politische Organisation Europas und besteht seit 1949. Winston Churchill, der bereits 1947 in einer Rede die «Vereinigten Staaten von Europa» gefordert hatte, gilt der Europäischen Union als einer ihrer «Gründungsväter». Der «Haager Kongress» von 1948 unter der Schirmherrschaft von Winston Churchill und Joseph Retinger mündete in der Gründung der «Europäischen Bewegung» und des Europarates.

Der Politiker Robert Schuman, der heute in Bildung und Leitmedien neben Jean Monnet als der EU-Gründervater gilt, scheint genau wie Konrad Adenauer mehr ein Beauftragter als ein echter Drahtzieher der europäischen Integration gewesen zu sein.

Das also sind die geheimen Wurzeln der EU und auch der ehrenwerten Bilderberger. Die offizielle Geschichte der Europäischen Union klingt natürlich ganz anders. Als Vater Europas gilt da nicht irgendein Retinger, sondern ein gebürtiger Luxemburger namens Robert Schuman, zweimaliger französischer Premierminister, Aussen- und Finanzminister. Der veröffentlichte am 9. Mai 1950 den sogenannten Schuman-Plan zur Zusammenarbeit der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduzenten. Am 18. April 1951 wurde daraus die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die zur Europäischen Union ausgebaut wurde, wie wir sie heute kennen. Schuman ist heute ein ähnlicher Säulenheiliger wie Konrad Adenauer, und kein Europapolitiker vergisst einen rhetorischen Hofknicks vor dem Europastrategen.

Aufgedeckt wurden die CIA-Wurzeln der Europäischen Union bereits 1997 von Prof. Richard Aldrich aufgrund von freigegebenen Dokumenten. Er war ordentlicher Professor an der Universität Nottingham, wo er die Studie «OSS, CIA and European Unity: The American Committee on United Europe, 1948– 60» (12) verfasste. Er arbeitete mit dem britischen Historiker Christopher Andrews zusammen, der sogar Zutritt zum Archiv des britischen Geheimdiensts MI6 hatte. Unnötig zu erwähnen, dass die Presse nicht über das Projekt berichtete. Aldrich schrieb, die verdeckte Unterstützung der Europäischen Föderalisten könne auf Graf Richard Coudenhove-Kalergi zurückgeführt werden. Der österreichische Schriftsteller gilt als einer der Väter der paneuropäischen Bewegung und benutzte als einer der Ersten den Begriff «Vereinigte Staaten von Europa». Er emigrierte 1943 in die USA und überzeugte die Senatoren J. W. Albright und E. D. Thomas, Gesetzesinitiativen zugunsten der «Vereinigten Staaten von Europa» zu ergreifen. Allen Dulles und William Donovan unterstützten Coudenhove-Ka-

➔

lergis Kampagne. Coudenhove-Kalergi wurde Ehrenpräsident der «Europäischen Bewegung» ; er schlug Beethovens «Ode an die Freude» als Europahymne vor. Seit dem Jahr 2002 verleiht die Europa-Union in Münster die Coudenhove-Kalergi-Plakette. Preisträger 2007: **Jean Claude Juncker. Der hat in einem Spiegel-Interview die Strategie der EU-Strategen freimütig ausgeplaudert:**

«Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» [13]

Die Strategie der kleinen Schritte

Diese Strategie wurde von Jean Monnet entwickelt, der bereits 1952 in einer Rede klarstellte:

«Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand. Letztendlich führt es aber zu einer unauflösbaren Föderation.» [14]

Der europäische Superstaat war demnach von Anfang an das Ziel des Projekts. Die Architekten der EU riefen mit den Römischen Verträgen 1957 eine harmlos wirkende Wirtschaftsgemeinschaft aus sechs Staaten ins Leben. Daraufhin begann jedoch der langsame aber stetige Machttransfer von nationalen Parlamenten nach Brüssel, den die politischen Entscheider tatkräftig durch ihre Unterschriften unterstützten. Da sich die vom Krieg gebeutelten Europäer nach Frieden und Wohlstand sehnten, hiessen sie die Annäherung der europäischen Staaten natürlich willkommen. Sie wollten das Elend der Nachkriegszeit endlich hinter sich lassen. Freiwilliger, friedlicher Handel zwischen den ehemals verfeindeten Völkern schien ein idealer Weg zu einer besseren Zukunft zu sein. Die Versprechen der Gründerväter klangen nachvollziehbar: Wenn Länder wirtschaftlich miteinander kooperierten, dann würden sie keinen Krieg mehr führen.

Die Deutschen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Zeugen eines beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwungs, was die Intensivierung des innereuropäischen Handels nur logisch erscheinen liess. Die Europäer waren von der Blüte nach den harten Zeiten des Krieges entzückt und nahmen kaum wahr, wie das EU-Vertragswerk immer weiter auf den politischen Bereich ausgedehnt und die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten allmählich auf den von Monnet geforderten «Superstaat» übertragen wurde. **Dass die Machtübertragung nach Brüssel hinter Handelsverträgen versteckt werden sollte, wird sogar vom deutschen Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil vom 30.06.2009 ausgeführt:**

«Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch aussen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden. […] Dieser funktionale Ansatz lag den 1957 geschlossenen ‚Römischen Verträgen' […] zugrunde. In den folgenden Jahrzehnten wurden diese Verträge schrittweise fortentwickelt […]»

Monnets Strategie nutzt den sogenannten «Spill-over-Effekt», wonach «sektorale Integration zu einer Verflechtung immer weiterer Sektoren und schliesslich zum Endstadium einer allgemeinpolitischen Föderation» führt. In einfacheren Worten: Ein einmal geschaffenes bürokratisches Konstrukt kann immer weiter ausgebaut werden. Neueren Forschungen zufolge zeigen Monnets Konzepte klare Parallelen zur Entwicklung von Kartellen auf. [15]

Monnet gilt heute als einer der Gründungsväter der EU. Die unter seinem Vorsitz abgehaltene Pariser Schuman-Plan-Konferenz führte laut offizieller Geschichtsschreibung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch als Montanunion bekannt). Von 1952 bis 1955 war er der erste Präsident der Hohen Behörde der EGKS, die 1965 mit den Kommissionen von EWG und EURATOM zur Europäischen Kommission verschmolzen wurde. Monnet war damit nicht nur der erste Chef des Vorläufers der Europäischen Kommission. Er war auch Gründer und Vorsitzender des «Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa». 1975 wurde die zwanzig Jahre zuvor gegründete Lobbygruppe aufgelöst, weil der Europarat laut Monnet ohnehin schon dieselbe Aufgabe erfüllte. Auch Monnet erfreute sich der

Jean Monnet: «Vater eines vereinten Europas»

Der EU-Wegebereiter Jean Monnet – vor seiner politischen Karriere schwerreicher Unternehmer – gründete 1955, teilweise von der CIA finanziert, das «Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa». Es «blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat.» So wurde Monnet von 1950 bis weit in die Sechziger-Jahre hinein das «eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen», wofür er mit dem Titel «Vater eines vereinten Europa» bedacht wurde. [1] Seine Bewunderer Merry und Serge Bromberger schrieben in ihrem Buch «Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa» :

«Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Strassburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, dass ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne dass sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die *Vereinigten Staaten von Europa* zu verkünden.»

Quelle: 1. Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001

Ausgerechnet vor der monumentalen Bronzestatue von Papst Innozenz X., im Herzen des römischen Kapitols, versammelten sich am 25. März 1957 verschiedene Regierungsvertreter zur Unterzeichnung der »Römischen Verträge«. Papst Innozenz X. regierte als die Inquisition ihren Höhepunkt erreichte und liess mit seinen Truppen, unter den Machtbestrebungen der Kirche, die Stadt «Castro» dem Erboden gleichmachen – wohl kaum ein gutes Omen für die EU!

Abermals unter der Segnung von Papst Innozenz X. unterzeichneten der britische Premierminister Tony Blair und sein Aussenminister Jack Straw die «Verfassung für Europa» – einen allerdings nie in Kraft getretenen Vertrag - am 29.10.2004.

freundlichen Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes. Im Oktober 1952 erklärte der spätere Bilderberger gegenüber William Donovan von der CIA:

«Ihre kontinuierliche Unterstützung, jetzt entscheidender denn je, wird uns ausserordentlich bei der vollen Umsetzung unserer Pläne helfen.» [12]

Der Historiker Richard Aldrich schrieb:

«Es ist auffällig, dass die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die ‚Europäische Bewegung', die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets ‚Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen. [...] Die Themen, um die sich die jährlichen Treffen – selbst in den formalen Sitzungen – drehten, waren zu weit gespannt, um hier eine detaillierte Analyse liefern zu können, aber es ist klar, dass die Römischen Verträge ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten.» [12]

Gründungsakt in Rom

Der nächste Schritt auf dem Weg zu einem geeinten Europa waren der Vertrag für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Vertrag für die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Sie wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet, und zwar nicht irgendwo, sondern in Rom, also der «Hauptstadt der Christenheit», oder besser: der katholischen Kirche – oder etwa gar der Jesuiten?

Auf einem Foto von damals sieht man die Vertreter der Unterzeichnerstaaten im Konservatorenpalast wie brave Schulbuben im Saal der Horatier und Curiatier an einem langen Tisch sitzen. Inmitten des riesigen Raumes und der monumentalen Wandgemälde aus der Frühgeschichte Roms (Raub der Sabinerinnen, Auffindung der Zwillingsbrüder Romulus und Remus etc.) wirken sie schüchtern und wie erschlagen. In der Verlängerung des langen weissen Unterzeichnertisches sieht man auf Fotos von damals eine überlebensgrosse unheimliche schwarze Gestalt an der Wand stehen. Sie mag gut und gerne vier oder fünf Mannslängen hoch sein. Auf den Bildern wirkt sie so schwarz, dass kaum eine Kontur zu erkennen ist; oft ist sie am Bildrand auch abgeschnitten. Allerdings scheint sie den rechten Arm zu heben und über die eingeschüchterte Versammlung zu halten. Tatsächlich handelt es sich um eine monumentale Bronzestatue von Papst Innozenz X. Und es war nicht die einzige. Auf der anderen Seite stand eine Statue von Papst Urban VIII.

Mit anderen Worten: Die Gründerväter Europas kamen also quasi unter den Augen und mit dem Segen von zwei katholischen Päpsten zusammen. Später wurde der Saal mit blauen Stühlen mit dem gelben Sternenkranz der europäischen Flagge ausgestattet – ebenfalls ein katholisches Symbol. «Was einige nur für eine hübsche Legende halten, ist für andere eine unumstössliche Wahrheit: 1955 soll, nachdem er an einer Madonna mit dem Sternenkranz vorbeigekommen war, der damalige Pressechef des Europarates, Paul Levy, den Vorschlag mit den zwölf Sternen gemacht haben, der angenommen und später auch für die EU übernommen wurde», heisst es auf kirchengucker.de, einer Internetseite über Kirchenkunst. Nun, das klingt etwas beliebig. Warum hat Herr Levy dann nicht alles mögliche andere vorgeschlagen, an dem er kürzlich vorbeigekommen war? In Wirklichkeit handelt es sich dabei höchstwahrscheinlich um ein

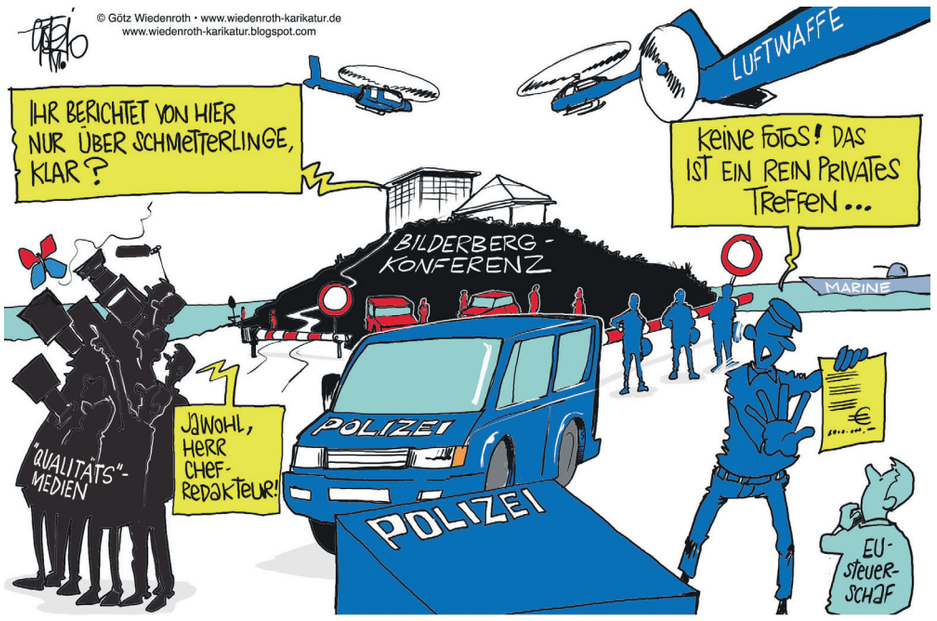
➔

absichtsvoll in der Flagge der Europäischen Union platziertes katholisches Symbol: den Sternenkranz der Mutter Gottes.

«Nachdem die katholischen Verantwortungsträger, die in Sachen Europa und Europaflagge damals in den Fünfziger-Jahren das Sagen hatten, trotz einiger Versuche das Kreuzsymbol nicht durchsetzen konnten, entschieden sie sich für die Sterne auf blauem Grund, die nach der offiziellen Deutung als ‚Vollkommenheit und Einheit' rein weltlich gedeutet wurden», schrieb der Kulturforscher Professor Jürgen Newig. «Offenbar, um Nicht-Katholiken nicht zu verprellen, hat man um die Entstehungsgeschichte einen Schleier gelegt. Ein wenig gelüftet hat ihn Thomas Pinzka in der Welt vom 26. Februar 1998. Danach hat Paul Levy, ein zum Katholizismus übergetretener belgischer Jude, damals Leiter der Kulturabteilung des europäischen Ministerrates, den Flaggenentwurf nach dem Anblick einer mit zwölf goldenen Sternen bekränzten Marienfigur favorisiert. Der Entwurf des Designers Arsène Heitz wurde am 8. Dezember 1955 als dem Tag des Festes der Unbefleckten Empfängnis Mariens vom Ministerkomitee des Europarates gebilligt und einen Tag später veröffentlicht.»

Der Europarat verabschiedet ein Symbol der Marienverehrung als europäische Flagge? Und zwar am Tag der Unbefleckten Empfängnis? Eine bizarre Vorstellung. Aber dennoch ist es wahr. Und anschliessend wurde diese Europaflagge sogar wieder mit Maria vereinigt. Und zwar als Motiv im Ostfenster des Strassburger Münsters, das die Staaten Europas der Kathedrale schenkten. Damit schloss sich der Kreis. Ist die Europäische Union also gar keine weltliche, sondern eine kirchliche Organisation? Oder eine weltliche Organisation der Kirche bzw. der Jesuiten?

Die EU-Flagge hat mit ihren zwölf Sternen tatsächlich eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Sternenkranz der Mutter Gottes.



"... und das hier ist die Rechnung für den staatlichen Sicherheitsaufwand!"

EU und Bilderberg nicht zu trennen

Entstanden waren die Römischen Verträge, diese Meilensteine auf dem Weg zum europäischen Superstaat, also nirgendwo anders als bei den Bilderbergern des Jesuiten Retinger. Das soll auch eines der zentralen Mitglieder der frühen Bilderberg-Jahre ausgeplaudert haben, der US-Botschafter in der Türkei und in Deutschland, George McGhee. Der soll im Hinblick auf die Bilderberg-Konferenzen gesagt haben: «Ich glaube, Sie können sagen, dass die Römischen Verträge, welche den Gemeinsamen Markt einleiteten, auf diesen Tagungen geboren wurden.» Chronologisch gesehen, wurden die Römischen Verträge jedenfalls nur drei Jahre nach der ersten Bilderberg- Konferenz im niederländischen Oosterbeek unterzeichnet. (Viele Jahre später, 1989, stiftete McGhee seine Villa im türkischen Alanya übrigens der jesuitischen Georgetown-Universität.)

Anscheinend verdanken wir den Bilderbergern zumindest zum Teil auch den «Teuro». Im Jahr 2009 meinte einer der führenden Bilderberger, der belgische Industrie-Tycoon Étienne Davignon, das Bilderberg-Treffen könne das Verständnis der grassierenden Finanzkrise genauso verbessern, wie es geholfen habe, in den Neunziger-Jahren den Euro zu schaffen (16). Als einer der wichtigsten Führer der Bilderberger studierte Étienne Davignon an der ältesten, heute noch bestehenden katholischen Universität der Welt, der Katholischen Universität im belgischen Löwen. Nach seiner Promotion zum Doktor der Rechte Ende der Fünfziger-Jahre stieg Davignon zur zentralen Figur der europäischen Industrie und Politik und zu einem der wichtigsten Strategen der Europäischen Union auf. Somit liegt es nahe, dass zunächst die Bilderberger und dann die politische Vereinigung Europas ein jesuitisches Projekt waren. ***(gw/oj/tk)***

Quellen:

1. theguardian.com, Who pulls the strings? (part 3), 10.03.2001
2. wlstorage.net, GARMISCH-PARTENKIRCHEN CONFERENCE
3. Chciuk-Celt, Jan: «Józef Hieronim Retinger 1888–1960», updated June 24th, 2009
4. Nexus Magazine, Bd. 3 (1), zit. aus: Gardiner, Philip: Secret Societies: Gardiner's Forbidden Knowledge, Franklin Lakes, 2007, S. 216.
5. Fülöp-Miller, René: Macht und Geheimnis der Jesuiten, München 1947.
6. Ebenda, S.256
7. Ebenda, S.283
8. jesuit.org
9. jesuiten.de
10. in deren Kellern auch das deutsche Staatsgold lagert; siehe manager magazin, 1.7.2004
11. telegraph.co.uk, Euro-federalists financed by US spy chiefs, 19.09.2000
12. Richard Aldrich, «OSS, CIA and European Unity: The American Committee on United Europe, 948--60», in: Diplomacy & Statecraft 8, 1997
13. spiegel.de, Die Brüsseler Republik, 27.12.1999
14. focus.de, Es ist Zeit für Deutschland, wieder aufzustehen, 23.08.2010
15. Holm A. Leonhardt, Kartelltheorie und Internationale Beziehungen. Theoriegeschichtliche Studien, Olms, 2013, S. 522–647

Namhafte Persönlichkeiten mit jesuitischer Prägung

1

2

3

4

5

6

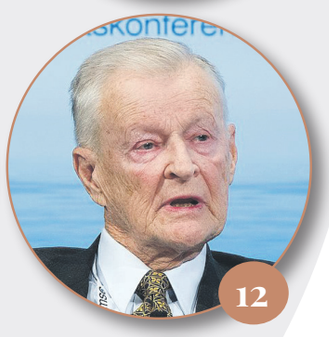
7

8

9

10

11


12

13

14

15

16

(1) Donald Trump, 45. Präsident der Vereinigten Staaten, studierte an der jesuitischen Fordham-Universität / (2) Bill Clinton, 42. Präsident der Vereinigten Staaten, Student an der berüchtigten Jesuiten-Universität Georgetown / (3) Henry Kissinger, US-amerikanischer Politikwissenschaftler, lehrte in Georgetown / (4) Emmanuel Macron, Staatspräsident Frankreichs, besuchte die Jesuitenschule La Providence / (5) Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank und ehem. Vizepräsident Goldman Sachs London, besuchte das von den Jesuiten geführte Istituto Massimo in Rom / (6) Herman van Rompuy, früherer Präsident des Europäischen Rates, besuchte das jesuitische Sint-Jan Berchman College in Brüssel / (7) Peter D. Sutherland, einst EU-Kommissar, Chairman von Goldman Sachs und UN-Sonderberichterstatter für Migration, sowie Migrationsberater von Papst Franziskus, besuchte das jesuitische Gonzaga College in Dublin / (8) Jean-Luc Dehaene, belgischer Premierminister und Bilderberger, besuchte das jesuitische Sint-Jozefscollege im belgischen Aalst / (9) Christopher J. Dodd, US-Senator, Student in Georgetown / (10) Tom Foley, US-Botschafter, besuchte die Gonzaga Preparatory School der Jesuiten in Spokane / (11) Ruud Lubbers, ehemaliger Ministerpräsident der Niederlande und Hoher Flüchtlingskommissar der UNO, besuchte das jesuitische Canisius College in Nimwegen, Holland / (12) Zbigniew Brzezinski, US-Politikberater, besuchte die jesuitische Loyola High School in Montreal / (13) Mario Monti, ehemaliger Ministerpräsident von Italien und EU-Kommissar, besuchte das L'Istituto Leone XIII. der Jesuiten in Mailand / (14) Papst Franziskus, der derzeitige (erstmalige) jesuitische Papst / (15) E. Gerald Corrigan, 7. Präsident der Federal Reserve Bank von New York, besuchte gleich zwei Jesuiten-Universitäten, nämlich Fairfield und Fordham / (16) William J. McDonough, 8. Präsident der Federal Reserve Bank von New York, besuchte Georgetown

Bildquellen:
1. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Donald_Trump_by_Gage_Skidmore.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
2. Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bill_Clinton.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
3. David Shankbone (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_Shankbone_Metropolitan_Opera_2009.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
4. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Emmanuel_Macron_in_July_2017.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
5. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Mario_Draghi_World_Economic_Forum_2013_crop.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
6. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Herman_Van_Rompuy_675.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
7. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peter-Sutherland-2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
8. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Jean-Luc_Dehaene_675_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
9. Senate.gov (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christopher_Dodd_official_portrait_2-cropped.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
10. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tom_Foley_Official_Portrait.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
11. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ruud_Lubbers_2016.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
12. Kleinschmidt / MSC
13. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Mario_Monti_-_Festival_Economia_2013_(cropped_2).JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
14. Casa Rosada (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pope_Francis_in_March_2013.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
15. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Corrigan_(14103256853)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
16. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:William_J_McDonough_Face_(14103256893)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Deutsche Politiker

Deutsche und Schweizer Medien

ProSiebenSat.1 Media SE
ProSieben
sat.1
kabel eins
sixx

Hubert Burda Media
FOCUS
BUNTE
HUFF POST

axel springer
DIE WELT
WELT am SONNTAG
N24
Bild

BMG
RTL
VOX
ntv
Penguin Random House

G+J
stern
Capital
DER SPIEGEL
manager magazin

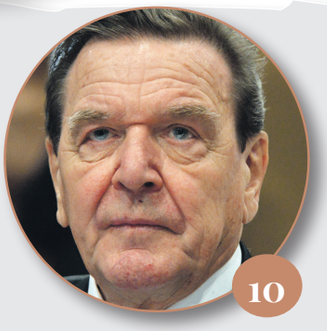
DIE ZEIT
ZEIT ONLINE

Ringier
Blick
Sonntags Blick
Blick.ch
Blick am Abend
cash
Glückspost
LE TEMPS
NRJ ENERGY

(1) Thomas Ebeling, Vorstandsvorsitzender von ProSiebenSat.1 Media SE / (2) Hubert Burda, Verleger Hubert Burda Media / (3) Paul Bernhard Kallen, Vorstandsvorsitzender Hubert Burda Media / (4) Friede Springer, Verlegerin Axel Springer / (5) Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender Axel Springer / (6) Thomas Rabe, Vorstandsvorsitzender Bertelsmann / (7) Liz Mohn, Aufsichtsrätin Bertelsmann / (8) Julia Jäkel, Vorstandsvorsitzende Gruner+Jahr / (9) Theo Sommer, Herausgeber Die ZEIT / (10) Josef Joffe, Herausgeber Die ZEIT / (11)

bei Bilderberg

9


10

11

12

13

14

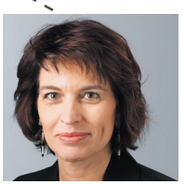
15

16

an der Bilderberg-Konferenz

12

13


14

15

Neue Zürcher Zeitung
NZZ · radio pilatus · FM1
NZZ am Sonntag
SONNTAG
Ostschweiz am Sonntag
Luzerner Zeitung
St. Galler Tagblatt
tvo
Zuger Presse
tele 1

tamedia:
Tages-Anzeiger
Der Bund
SonntagsZeitung
BZ Berner Zeitung
tagblatt ZÜRITIPP
Zürichsee-Zeitung
Tribune de Genève
Finanz und Wirtschaft
Das Magazin
Le Matin
24 heures
20 minuten

SRG SSR
SRF Schweizer Radio und Fernsehen
RSI Radiotelevisione Svizzera
RTS Radio Télévision Suisse

Basler Zeitung
Die Weltwoche

Michael Ringier, Verleger Ringier / (12) Marcus Spillmann, Chefredakteur Neue Zürcher Zeitung / (13) Pietro Supino, Verleger Tamedia / (14) Doris Leuthard, Medienministerin (UVEK) / (15) Christoph Blocher, Miteigentümer Zeitungshaus AG

Quelle: Swiss Propaganda Research / swprs.org

Joschka Fischer (1), Guido Westerwelle (2), Wolfgang Schäuble (3), Otto Schily (4), Kurt Georg Kiesinger (5), Willy Brandt (6), Helmut Kohl (7), Helmut Schmidt (8), Angela Merkel (9), Gerhard Schröder (10), Jens Spahn (11), Carlo Schmid (12), Peer Steinbrück (13), Christian Lindner (14), Ursula von der Leyen (15), Thomas de Maizière (16)

Bildquellen:
1. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
2. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Westerwelle_2012.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
3. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:4th_EPP_St_G%C3%A9ry_Dialogue;_Jan._2014_(12189287345)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
4. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-12_Otto_Schily_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-144_(cropped).jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
5. Bundesarchiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F024017-0001,_Oberhausen,_CDU-Parteitag_Rheinland,_Kiesinger.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
6. Bundesarchiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F057884-0009,_Willy_Brandt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
7. Konrad-Adenauer-Stiftung (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Helmut_Kohl_1989.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
8. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Verteidigungsminister_Helmut_Schmidt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
9. World Economic Forum (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de
10. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-12_Gerhard_Schr%C3%B6der_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-12.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
11. Jens Spahn (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Jens_Spahn_MdB.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
12. Nationaal Archief (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carlo_Schmid_(1963).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
13. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2017-09-24_Thomas_de_Maizi%C3%A8re_by_Sandro_Halank%E2%80%931.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
14. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Steinbrueck_wikipedia_dts.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
15. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2017-05-14_NRW_Landtagswahl_by_Olaf_Kosinsky-116.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
16. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2017-09-24_Ursula_von_der_Leyen_by_Sandro_Halank.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

EU-Chronologie: Daten zur Entstehungsgeschichte

1923: Kalergis Paneuropa-Idee

Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:International_Paneuropean_Union_flag.svg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Flagge der Paneuropa-Union

Bereits 1922 veröffentlichte Graf Richard Coudenhove-Kalergi sein berühmtes Werk: «Pan-Europa». Darin propagierte er die «Vereinigten Staaten von Europa», einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Bankierkreisen auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von dem Finanzmagnaten Max Warburg «mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre» unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. So wurde es Kalergi 1926 möglich, den ersten Kongress der Paneuropa-Union in Wien mit mehr als 2.000 Teilnehmern ins Leben zu rufen. Er wurde dabei von Intellektuellen wie Guillaume Apollinaire, Albert Einstein, Sigmund Freud, Thomas Mann, José Ortega y Gasset, Pablo Picasso, Rainer Maria Rilke, Saint John Perse uvm. unterstützt.

Richard Coudenhove-Kalergi

Foto: ÖNB (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Graf_Richard_Nikolaus_von_Coudenhove-Kalergi_(1894%E2%80%931972)_~1930.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

1946: Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC)

Am 16. Mai 1946 wurde in Brüssel die «Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit» (ELEC) gegründet, deren Generalsekretär Joseph H. Retinger und deren Präsident der ehemalige belgische Premierminister Paul van Zeeland war. Abteilungen wurden in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Luxemburg und in Grossbritannien eingerichtet. Auf Initiative des US-amerikanischen Botschafters Averell Harriman wurde in den USA eine andere Abteilung durch Russell C. Leffingwell, den Präsidenten des CFR (Council on Foreign Relations), aufgestellt. Die Rolle, die der ELEC zufiel, war die Förderung einer europäischen Freihandelszone mit einer gemeinsamen Währung.

1946: Union der Europäischen Föderalisten (UEF)

Einige Wochen später, im September 1946, finanziert von Geheimdienst-Mann Allen W. Dulles, die Gründung der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) in Hertenstein in der Schweiz. Eine Schlüsselfigur war der italienische Kommunist Altiero Spinelli, welcher später, ab 1970, Mitglied der Europäischen Kommission wurde. Die Aufgabe der UEF war die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, damit die Integration, d.h. der Verlust der Souveränität der Staaten, beschleunigt würde.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Old_flag_of_the_European_Movement.svg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

1948: Haager-Konferenz - Gründung

European Movement International

Winston Churchill berief 1948 eine halb-regierungsamtliche Konferenz in Den Haag (Niederlande) ein, um die verschiedenen Organisationen zur Vereinigung Europas (ELEC, UEF, MSEUE, UEM, NEI) zusammenzuschliessen. Vom 7. bis 10. Mai reagierten über 700 Persönlichkeiten auf seinen Appell und riefen schlussendlich die «Europäische Bewegung» ins Leben. Duncan Sandys, Schwiegersohn von Churchill, wurde zum Präsidenten der Vereinigung gewählt und Joseph H. Retinger zum Generalsekretär. Kurz darauf, auf dem «Europa-Kongress» in Brüssel am 25. Oktober 1948 wurde die «Europäische Bewegung» offiziell gegründet. Das erarbeitete Abschlussmanifest gab ausserdem die Initialzündung zur Gründung des Europarats 1949 in London.

Das aus der Haager Konferenz entstandene Abschlussmanifest stellte die entsprechenden Weichen, um den Weg zur «Vorbereitung der Europäischen Integration» beginnen zu können. **So machte sich die «Europäische Bewegung» in den Fünfziger- bis Neunziger-Jahren die Errichtung von Think-Tanks und eines Mobilisierungsnetzwerks in ganz Europa zur Hauptaufgabe. In jedem Land wurden nationale Sektionen gegründet, so bereits 1949 der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung (heute: Europäische Bewegung Deutschland), welcher mittlerweile mit 247 Mitgliedsorganisationen die Schnittstelle der EU-Akteure auf nationaler und europäischer Ebene bildet. Heute besteht die «Europäische Bewegung aus 39 nationalen Räten und weiteren 36 internationalen Mitgliedsorga-**

1948: Amerikanisches Komitee für ein vereintes Europa (ACUE)

Am 23.04.1948 fand im «New York University Faculty Club» ein erstes Treffen mit dem Ziel der Schaffung eines besonderen Komitees zur Unterstützung eines «freien und vereinigten Europas» statt. Es war von Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi zusammengerufen worden. Als Präsident fungierte einer der Autoren einer Entschliessung des US-Kongresses über die Prinzipien einer europäischen Föderation, James William Fulbright. Der US-Botschafter in der Sowjetunion 1933–36, William C. Bullitt, agierte als Vizepräsident der fortlaufenden Konferenz. Am 5. Januar 1949 wurde dann das ACUE am Sitz der Woodrow-Wilson-Stiftung in New York gegründet. Wie bereits angesprochen (siehe S.28 ff.), war sein Verwaltungsrat ein Adressbuch der US-Geheimdienste (Donovan, Dulles, Braden). Das ACUE war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der «Europäischen Bewegung», (50%) der «Union der Europäischen Föderalisten» (UEF) und besonders deren «European Youth Campaign» (100%).

der «Europäischen Bewegung»

nisationen». Zu jenen gehören immer noch die bereits zu Beginn existierenden Ursprungsorganisationen wie die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) und die Union der Europäischen Föderalisten (UEF). Dazugekommen sind viele weitere, vor allem im Bereich Umweltschutz und Bildung, wie zum Beispiel das Erasmus Student Network (ESN), das Europäische Jugendforum (YFJ) oder das Europäische Umweltbüro (EEB). **Viele dieser Verbände geben sich als gemeinnützige Organisationen oder NGOs aus, aber bilden wohl durch ihre Eingliederung in die Machtstrukturen der EU kaum mehr als ihren verlängerten Arm. Es besteht also ein fast unüberschaubares Geflecht von hunderten Lobbyorganisationen, die im Namen des Gemeinwohls – meist von der öffentlichen Hand finanziert - den europäischen Superstaat vorantreiben – oder in anderen Worten: Rund um die Uhr Propaganda für die EU machen.**

1949: Europarat

Der Europarat erhielt am 5. Mai 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich im Londoner Zehnmächtepakt sein formales Statut. Gegründet wurde er auf Betreiben des Amerikanischen Komitees für ein vereintes Europa (ACUE). Der Europarat ist ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen.

1951: Montanunion - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Am 09.05.1950 schlug der französische Aussenminister Robert Schuman am Quai d'Orsay den nach ihm benannten, aber im Wesentlichen von Jean Monnet entwickelten, Schuman-Plan vor. Dadurch sollte das Vorhaben von Richard Coudenhove-Kalergi durch Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in die Praxis umgesetzt werden. Auf Grundlage dieser Idee wurde am 18.04.1951 im Vertrag von Paris die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch: Montanunion) gegründet. Sie gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Eine besondere Neuheit war die Gründung einer Hohen Behörde –also eines Exekutivorgans der EGKS -, die im Bereich der Montanindustrie, also der Kohle- und Stahlproduktion, gemeinsame Regelungen für alle Mitgliedstaaten treffen konnte.

Konrad Adenauer und Robert Schuman

1957: Römische Verträge (EWG und EURATOM)

Am 25.03.1957 wurden in Rom im Konservatorenpalast die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) von den Vertretern der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens unterzeichnet. Mit den beiden Verträgen wurde – nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1951 - der nächste, noch bedeutendere Schritt der europäischen Integration unternommen. Die Ziele der Verträge waren:

- Aufbau einer Zollunion mit einem gemeinsamen Aussenzoll
- Abbau interner Handelshemmnisse und Errichtung eines gemeinsamen Marktes
- Bewegungsfreiheit für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sowie die
- engere Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Atomenergie

1992: Vertrag von Maastricht

Am 7. Februar 1992 unterzeichneten die europäischen Staats- und Regierungschefs im niederländischen Maastricht den Vertrag über die Europäische Union. Am 1. November 1993 trat er in Kraft. Bis dato waren wirtschaftliche Interessen offiziell der zentrale Kern der Union gewesen. Mit dem EU-Vertrag entwickelte sich die europäische Gemeinschaft in eine neue Richtung. Die EU sollte Wirtschaftsgemeinschaft und politische Union zugleich werden. Die Mitglieder verpflichteten sich zu einer engen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. In dem Vertrag wurde zum einen die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, die später zur Einführung des Euro führte; zum anderen beschlossen die Mitgliedstaaten eine engere Koordinierung in der Aussen- und Sicherheitspolitik und im Bereich Inneres und Justiz. Zugleich wurde die EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt, da sie nun auch Zuständigkeiten in anderen Politikbereichen als der Wirtschaft erhielt (etwa in der Umweltpolitik).

2007: Vertrag von Lissabon

Die 2004 in Rom (im gleichen Raum wie 1957 die Römischen Verträge) unterzeichnete EU-Verfassung scheiterte 2005 an Referenden der Mitgliedstaaten, wurde dann aber 2007 in leicht abgeänderter Form mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. So wurden Volksabstimmungen geschickt umgangen und ein europäischer Verfassungsvertrag mit bundesstaatlichen Strukturen war entstanden. Mit der Begründung von mehr Transparenz und Effektivität wurden die bis dahin gültigen Grundlagenverträge (vor allem EU-, EG- und Euratom-Vertrag) abgelöst und die bisherige Unterteilung in Europäische Union und Europäische Gemeinschaft war somit entfallen. Die EU erhob sich nun also zu einer eigenen Rechtspersönlichkeit mit weitgehenden Kompetenzen, quasistaatlicher Ausstattung wie Hymne und Fahne, sowie einem Aussenminister. ***(tk)***

David Rockefeller (rechts) schüttelt dem KPDSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow bei einem Besuch seiner Trilateralen Kommission in Moskau die Hand.

Marxisten beider Machtblöcke planten die EU gemeinsam

von Oliver Janich

Eine entscheidende Bilderberg-Personalie, in der sich nachweislich die westlichen und kommunistischen Pläne für eine Weltregierung vereinigen, wurde bisher noch sträflich vernachlässigt: Der US-Bankier David Rockefeller war bis zu seinem Tod im März 2017 ein ganz besonderer Drahtzieher der Macht. Vielen galt er als der vielleicht sichtbarste Teil einer geheimen Elite, die nach globaler Dominanz strebt. Dass dies keine haltlosen Vorwürfe waren, bestätigte David Rockefeller selbst in seiner Autobiografie:

«Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich und meine Familie als ‚Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – eine einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.»

Die Rockefeller-Familie war und ist wahrscheinlich immer noch eine der Schnittstellen zwischen dem Weltmachtstreben der zwei Grossmächte USA und Russland. Nach der Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve, die letztlich bis heute (noch) den globalen Finanzmarkt steuert und in deren Etablierung die Familie über Senator Nelson Aldrich (Schwiegervater von John D. Rockefeller Jr.) federführend eingebunden war, unterstützten die Rockefellers durch ihre Banken die bolschewistische Revolution in Russland 1917 und hielten danach das marode System des Kommunismus durch technologische Transfers weltweit am Leben.

Auch aus seiner Sympathie für den Kommunismus machte David Rockefeller keinen Hehl. Er wurde 1973 in Rotchina empfangen, während Maos Kulturrevolution noch auf Hochtouren lief. Im Time Magazine konnte er sich vor Begeisterung kaum zurückhalten: «Was auch immer der Preis für die chinesische Revolution gewesen sein mag, hat sie doch offensichtlich nicht nur eine erfolgreichere und mehr an ihrer Aufgabe orientierte Verwaltung hervorgebracht, sondern auch eine hohe Moral und Zielbewusstsein der Gemeinschaft zur Folge gehabt. [...] Das soziale Experiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der bedeutendsten und erfolgreichsten der Geschichte.» Falls manchem in Vergessenheit geraten ist, was Rockefeller mit «Preis» meinte: Mindestens 45 Millionen Menschen kamen während Maos grössenwahnsinnigem Experiment des «Grossen Sprungs» ums Leben. [1]

Die Trilaterale Kommission

Bis zu seinem Tod war David Rockefeller neben Königin Beatrix der Niederlande – wohl als Nachfolgerin von Prinz Bernhard – und Henry Kissinger ein «Stammbilderberger», der so gut wie keinem der jährlichen Treffen fernblieb. Nach dem Ableben Prinz Bernhards und Joseph Retingers ist anzunehmen, dass das Triumvirat Rockefeller-Beatrix-Kissinger den Staffelstab übernahm. 1973 gründete David Rockefeller die sogenannte Trilaterale Kommission (TK). Das «bilaterale» Bilderberg-Personal (Europa/ USA) traf sich hier mit einer dritten Gruppe: den Eliten eines weiteren grossen Wirtschaftsraumes auf dem Globus, nämlich Japans/Asiens. Deshalb auch der Name

Logo der Trilateralen Kommission

David Rockefeller bei seinem China-Besuch 1973 im Dialog mit Mao Tse Tungs zweitem Mann Zhou Enlai. Vor dem Treffen hatte Rockefeller bereits ein Abkommen unterzeichnet, das seine Chase National Bank zur ersten amerikanischen Korrespondenzbank der Bank of China seit der Übernahme der Kommunisten machte.

Quelle: David Rockefeller: Erinnerungen eines Weltbankiers, München, FinanzBuch Verlag, 2008, S.335

«Trilaterale Kommission». Prof. Richard Aldrich (siehe S.29) schrieb 1997:

«Die Wirkung von Bilderberg ist unmöglich zu messen, aber über drei Jahrzehnte bestand eine durchgehende Teilnahme von Top-Level-Leuten inklusive aller britischen Premierminister (Anm.: und fast aller deutscher Bundeskanzler). Das, zusammen mit ihrer schliesslichen Entwicklung in den 1970ern zur Trilateralen Kommission unter Miteinbeziehung von Japan, legt nahe, dass die Teilnehmer die Veranstaltung für lohnenswert hielten.»

Der Historiker sieht die Trilaterale Kommission (TK) als Produkt der Bilderberger, was aufgrund des überlappenden Personals und des Gründers mehr als plausibel wirkt.

Zbigniew Brzezinski

Die Idee zur Gründung der Trilateralen Kommission hatte niemand anderer als der berüchtigte US-Geostratege Zbigniew Brzezinski. So schrieb Die ZEIT 1977: «Brzezinski und Rockefeller trafen sich [...] bei einer Bilderberg-Konferenz, jener Institution, wo die Führungseliten Westeuropas und Amerikas schon zwei Jahrzehnte lang das ungehemmte Debattieren über kritische gemeinsame Probleme eingeübt hatten. Auf dem Rückflug verdichteten sie ihre Gedanken zu dem Entschluss, ein auf Japan erweitertes Bilderberg zu gründen.» [2]

Der wie David Rockefeller 2017 verstorbene Politikstratege Zbigniew Brzezinski, 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter (auch ein Mitglied der TK), galt in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem als radikaler Vorantreiber des US-Imperiums und entschlossener Kämpfer gegen das kommunistische System im Kalten Krieg. Doch genau wie David Rockefeller äusserte sich Brzezinski nicht so negativ über die Ideologie der Sowjetunion, wie man meinen mag. In seinem Buch «Between Two Ages» erläuterte er 1970 aus seiner Sicht die «vier Phasen der Menschheit». Die erste Phase wäre die religiöse, die zweite die nationalstaatliche gewesen, die wir beide zum Glück überwunden hätten. Die dritte, die marxistische Phase, wäre äusserst wichtig gewesen und die vierte, die ideale, in der wir uns mittlerweile befänden, sei die Phase des «rationalen Humanismus». Über die marxistische Phase schrieb er:

«Nationalismus erhöhte die Selbstwahrnehmung der Menschen (Anm.: im Vergleich zur religiösen Phase) nur teilweise. Er mobilisierte sie aktiv, aber versagte dabei, ihre kritischen Fähigkeiten herauszufordern; es war mehr ein Massenvehikel für menschliche Leidenschaften und Fantasien als ein konzeptueller Handlungsrahmen, der es möglich machte, zu analysieren und dann ganz bewusst die Realität neu zusammenzustellen. Das ist der Grund, warum der Marxismus eine weitere vitale und kreative Phase in der Reifung der universellen Vision des Menschen war. Marxismus ist der gleichzeitige Sieg des externen aktiven Menschen über den inneren passiven Menschen und der Sieg der Vernunft über den Glauben: Er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu bestimmen – begrenzt und definiert als die einzige Realität des Menschen –, und er postuliert die absolute Kapazität des Menschen, seine Realität als Ausgangspunkt für sein aktives Bemühen sie zu ändern, zu verstehen. Zu einem grösseren Ausmass als jede andere Methode politischen Denkens setzt der Marxismus eine Prämie auf die systematische und rigorose Untersuchung der materiellen Realität und auf eine von dieser Untersuchung abgeleiteten Handlungsanweisung aus. [...] Mehr als das, der Marxismus repräsentierte in seiner Zeit die fortschrittlichste und systematischste Methode, um die Dynamik sozialer Entwicklung zu analysieren, sie zu kategorisieren und um bestimmte Prinzipien sozialer Verhaltensweisen zu extrapolieren.»

Ihn störte auch nicht, dass der real existierende Marxismus ein wenig aus dem Ruder gelaufen war:

«In diesem Sinn hat der Marxismus als ein Mechanismus für den menschlichen ‚Fortschritt' gedient, auch wenn er in der Praxis oft seinen Idealen nicht gerecht geworden ist. Teilhard de Chardin bemerkt an diesem Punkt, ‚so monströs es ist, ist nicht der moderne Totalitarismus in Wirklichkeit ein Zerrbild von etwas Grossartigem und damit der Wahrheit sehr nahe?'» [3]

Für Brzezinski ist der Marxismus also ein «Mechanismus für den menschlichen Fortschritt» und keine sinnwidrige, menschenverachtende Ideologie, die weit über hundert Millionen Menschen das Leben gekostet hat.

Die letzte Phase, in der wir uns laut Brzezinski befinden, soll heute die kleinen Fehlerchen des Marxismus ausmerzen. Der

Zbigniew Brzezinski (links), der Mitbegründer der Trilateralen Kommission, neben US-Präsident Jimmy Carter (Mitte) und seinem Aussenminister Cyrus Vance (rechts).

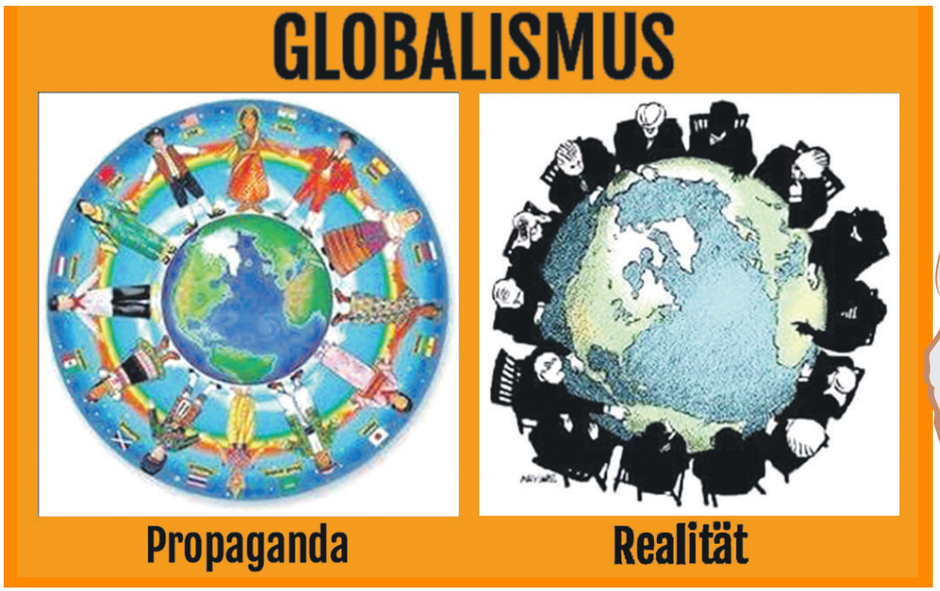


Foto: User:Bernd vdB (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Otto-Graf-Lambsdorff_b.jpg) https://en.wikipedia.org/wiki/GNU_Free_Documentation_License

> «Das internationale Netzwerken (networking) der Trilateralen Kommission hat definitiv zur Schaffung des Vertrauens innerhalb des Westens wie auch in Bezug auf den Osten beigetragen und auf diese Weise einen Prozess gefördert, der in den friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 kulminiert ist. Ich selbst habe dieses Vertrauen erlebt, als mich die europäische Gruppe der Trilateralen Kommission 1991 zum Präsidenten gewählt hat.»
>
> *Otto Graf Lambsdorff, Ex-BRD-Wirtschaftsminister (FDP) und Bilderberger*
>
> Quelle: trilateral.org, Commemorating 1989, S.68

➔ «rationale Humanismus» soll eine amerikanische Version des Kommunismus darstellen, in der Technologie es ermöglicht, mehr «Gleichheit» zu erreichen. [4] Der Nationalstaat habe ausgedient und Banken und Grosskonzerne übernähmen das Zepter:

«Der Nationalstaat als fundamentale Einheit des organisierten Lebens eines Menschen hat aufgehört, die prinzipielle kreative Kraft zu sein: ‚Internationale Banken und multinationale Unternehmen agieren und planen in Zeiträumen, die den politischen Konzepten des Nationalstaates weit voraus sind.» [5]

Zu diesem Zweck ist eine politische Zentralisierung wie im Falle der EU von Vorteil, denn dann können sich die Banken und Konzerne riesige Märkte per Lobbyismus sichern. Zunächst umschreibt Brzezinski das nur. Er sinniert ausgiebig darüber, dass sich Nationalstaaten überlebt hätten, über Globalismus und stärkere Zusammenarbeit, aber in einer Bemerkung gegen Schluss des Buches lässt er endlich aus dem Sack, was sein eigentliches Ziel war:

«Obwohl das Ziel, eine Gemeinschaft der entwickelten Ländern zu formen, weniger ambitioniert ist als das Ziel einer Weltregierung, so ist es eher erreichbar.» [6]

Brzezinski strebt in dem Text also eine Weltregierung an und empfiehlt, bis es so weit ist, so viele Schritte wie möglich in diese Richtung zu gehen – ganz nach der Monnet/Juncker-Methode der kleinen Schritte (siehe S.30) –, bis es kein Zurück mehr gibt.

Die Trilaterale Kommission (TK) besuchte am 18.01.1989 medial vollkommen unbemerkt das Zentralkomitee in Moskau – das zweithöchste Führungsgremium der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPDSU), welches das höchste – das Politbüro – wählte.

Die Trilaterale Kommission in Moskau

Das sollte zuerst mal genügen, um aufzuzeigen, dass die Ziele westlicher Machtgruppen wie Bilderberg oder Trilateraler Kommission nahezu deckungsgleich mit den sowjetischen Plänen für den Weltkommunismus sind. Nun soll demonstriert werden, wie dieser Personenkreis auch in der jüngeren Vergangenheit Einfluss auf massgebliche geschichtliche Ereignisse im Sinne seiner globalistischen Agenda nahm: Es war der Januar des Jahres 1989. Zu dieser Zeit war die Mauer noch nicht gefallen. Der Maastricht-Vertrag, der die Europäische Union begründete, lag noch drei Jahre in der Zukunft. **Am 18. Januar 1989 besuchte eine hochkarätige Delegation von David Rockefellers Trilateraler Kommission das Zentralkomitee in Moskau.** Bukowski/Stroilow (siehe S.16) gelangten über die Gorbatschow-Stiftung in den Besitz der Gesprächsprotokolle des Politbüros, sodass wir hier einen der ganz seltenen Einblicke in das Innenleben der Trilateralen bekommen. **Vonseiten der TK nahmen der Chef höchstpersönlich, David Rockefeller, und sein wichtigster Mann Henry Kissinger, dazu u.a. der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing für Europa und der frühere japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone für Asien an dem Treffen teil.** Auf russischer Seite war neben anderen Politbüromitgliedern Michail Gorbatschow höchstpersönlich anwesend. Hier nur einige Auszüge, Giscard d'Estaing sagte:

«Heutzutage erlebt Westeuropa eine Perestroika, die seine Strukturen ändert. Es ist schwer zu sagen, wann exakt das passieren wird: fünf, zehn oder zwanzig Jahre später. Aber ein neuer moderner föderaler Staat wird in Westeuropa entstehen. Das ist es, worauf es hinausläuft, und die UdSSR sollte darauf vorbereitet sein, mit einem grossen einzelnen Staat von Westeuropa zu kommunizieren. Dieser zukünftige Staat wird offen sein für alle Formen der Kooperation.»

Giscard d'Estaing sprach hier also bereits Anfang 1989 von den Vereinigten Staaten von Europa und war für jegliche Kooperation offen – auch für die Integration der UdSSR.

Interessant ist, dass er die Perestroika nicht nur im Osten, sondern innerhalb Westeuropas sah! Das alleine beweist natürlich nicht, dass er damit ebenfalls die Verbreitung des Kommunismus meinte. Angesichts der Aussagen von Rockefeller und Brzezinski über Mao und Marx darf man allerdings davon ausgehen, dass auch er wusste, wovon er sprach. Giscard d'Estaing weiter:

«Aber wir würden gerne wissen, wenn einige osteuropäische Staaten – die Sicherheitsbande mit der UdSSR beibehaltend – gerne Mitglieder der EWG werden würden, was wäre Ihre Einstellung zu dieser Idee?» [7]

Mit diesem Angebot erfüllte Giscard d'Estaing in etwa die Pläne der KPDSU, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit ihrem östlichen Gegenstück, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu vereinen – heute in anderer Form umgesetzt durch die EU-Osterweiterung (siehe S.10 ff.).

Henry Kissinger von der Trilateralen Kommission (rechts) schüttelt 1975 dem kommunistischen Massenmörder Mao Tse Tung (links) die Hand. Im Hintergrund US-Präsident Gerald Ford und seine Tochter.

«Vom Atlantik bis zum Ural»

Henry Kissinger legte nach und fragte Gorbatschow:

«Was denken Sie über das Konzept eines **‚Europas vom Atlantik bis zum Ural?'** Was wird das Schicksal des Teils der Sowjetunion sein, der östlich vom Ural liegt? Welche Art der Beziehung wird es zwischen den USA und einem künftigen Europa geben? Meine Kollegen in der Trilateralen Kommission und ich wollen in einer konstruktiven Weise zum Bau dieses Europas beitragen, bei welchem sowohl die UdSSR als auch die USA eine ähnlich positive Rolle spielen würden.»

Henry Kissinger brachte also Anfang 1989 die Losung eines «Europas vom Atlantik bis zum Ural» (siehe S.15 ff.) in das Gespräch ein. Schwer anzunehmen, dass Kissinger Gorbatschows Parole kannte, die er schon 1987 in seinem Buch Perestroika aufgegriffen hatte (siehe S.11 ff.). Höchstwahrscheinlich kannte er auch die Planungen, die schon viel weiter zurückdatieren. Eine direkte Antwort von Gorbatschow, an den die Frage offensichtlich gerichtet war, ist aus den Dokumenten, die Bukowski/Stroilow 2004 publizierten, nicht ersichtlich.

U.a. diese vier Mitglieder der Trilateralen Kommission waren gemäss Gesprächsprotokollen am 18.01.1989 im Moskauer Zentralkomitee anwesend.

Im Mai 2009 veröffentlichte das National Security Archive der USA Teile der Tagebücher von Anatoli Tschernjajew, Gorbatschows aussenpolitischem Berater. [8] Tschernjajew hatte seine Tagebücher bereits 2004 dem Archiv gestiftet. Natürlich enthalten die Veröffentlichungen nur das, was veröffentlicht werden soll, aber schon das hat es in sich. **Denn in den Tagebüchern enthalten sind auch seine Notizen über eine Politbüro-Sitzung vom 21. Januar 1989, in der Gorbatschow von seinem Treffen vor drei Tagen mit der Trilateralen Kommission berichtet. Gorbatschow sagte:**

«Sie (Anm.: Die Trilaterale Kommission) ist an allem interessiert, was vorgeht, speziell in unserem Land. Sie arbeitet an allen Themen europäischer Weltpolitik. Ich würde zwei Themen herausheben: Das Erste ist, wie wir die Sowjetunion in die Weltwirtschaft integrieren. Diese Themen werden beachtet in der Trilateralen Kommission. Wenn ihr bereit seid, euch zu integrieren, sollten wir darauf vorbereitet sein, sagten sie zu mir. Giscard sagte mir direkt, dass das für uns (UdSSR) schwer werden würde, für sie aber ebenso.

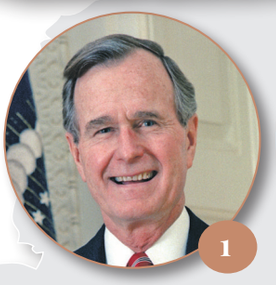
[...] Sie kommen zu dem Schluss, dass der schwierigste Weg der Perestroika noch vor uns liegt. [...] Sie glauben, in 10 bis 20 Jahren werden wir alle mit einer Föderation von Staaten namens Europa zu tun haben.»

Die TK ging also bereits 1989 von der EU aus, die erst drei Jahre später entstand, und teilte dies Gorbatschow mit. Gorbatschow weiter:

«Kisa (Kissinger) [...] stellte mir eine direkte Frage: ‚Wie würdet ihr reagieren, wenn Osteuropa der EWG beitreten will?' Das ist kein Zufall, dass er mich das fragt. Sie wissen, dass unsere Freunde bereits anklopfen [...] Und ich denke, jedes Land sollte sein eigenes Gesicht haben und hat es. Und wir werden weiterhin Freunde bleiben, denn die sozialistische Ba-

➔

Mitglieder der Trilateralen Kommission


1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

George H. W. Bush (1924-2018), 41. Präsident der Vereinigten Staaten (1) / Paul Wolfowitz, ehem. Präsident der Weltbank und zuvor politischer Berater von George W. Bush (2) /Robert Zoellick, Präsident der Weltbank von 2007-2012 (3) / Josef Ackermann, Schweizer Bankmanager (4) / Al Gore, ehem. Vizepräsident der Vereinigten Staaten (5) / William J. Donovan (1883-1953), ehem. CIA-Chef (6) / Gerhard Schröder, ehem. Bundeskanzler (7) / Kurt Joachim Lauk, ehem. EU-Abgeordneter & CDU Politiker (8) / Edelgard Buhlmahn, ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Bildungsministerin (9) / Jimmy Carter, 39. Präsident der Vereinigten Staaten (10) / Volker Rühe, von 1992 bis 1998 BRD-Verteidigungsminister (11) / Jean-Claude Trichet, ehem. Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) (12) / Umberto Agnelli (1934-2004), ehem. Fiat-Vorstandschef (13) / Friedrich Merz, Lobbyist und Politiker der CDU (14)

Bildquellen:
2. United States Department of Defense (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Paul_Wolfowitz.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
3. IMF (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Zoellick,_Robert_(official_portrait_2008).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
4. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Josef_Ackermann_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2010_-_2.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
5. Web Archive (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Al_Gore,_Vice_President_of_the_United_States,_official_portrait_1994.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
6. CIA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:William_Donovan.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
7. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-12_Gerhard_Schr%C3%B6der_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-12.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
9. Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014-09-09_-_Edelgard_Bulmahn_MdB_-_7159.jpg)
10. National Archives and Records Administration (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:JimmyCarterPortrait2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
12. Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Claude_Trichet_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2010.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
13. Nationaal Archief (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Umberto_Agnelli_(1970)_-_CROP_(2).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de
14. Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 de

sis wird in allen von ihnen erhalten bleiben. ➔ Die Wege unserer Entwicklung werden unterschiedlich sein, während wir unsere Gemeinsamkeiten behalten werden.» [9]

Die Staaten im Ostblock sollten also zum Schein in die Marktwirtschaft freigelassen werden, weil die «sozialistische Basis» erhalten bliebe. Der KGB-Überläufer Golitsyn (siehe S.10 ff.) hatte darüber berichtet, dass Moskau lauter Scheinoppositionen gegründet hatte, aus denen dann die neuen Parteien in den Ostblockstaaten nach dem Mauerfall hervorgegangen waren. Gorbatschow fügte hinzu:

«Es ist Zeit, unsere Beziehungen (Anm.: zu den osteuropäischen Staaten) zu der Form zu verändern, die wir mit China praktizieren, aber wir können solche Formen nur über den Markt bekommen und natürlich über technologische und wissenschaftliche Entwicklungen in unserem Land.»

Hier wird wieder deutlich, dass der alte Marxist-Leninist Gorbatschow den Markt nur benutzen wollte, um das ultimative Ziel des Einheitsstaates zu erreichen, wie schon aus Gesprächen im Politbüro aus dem Jahr 1986 hervorging (siehe S.16 f). Gorbatschow weiter:

«In diesem Fall müssen wir mit unserer alten Regel brechen, dass wir sie nur über die Mittel der Energieressourcen an uns binden.» [9]

Hier wird erstens klar, wie die Sowjetunion zusammengehalten wurde. Zweitens ist zu erkennen, dass diese Strategie heute auch noch angewandt wird: Die Gaslieferungen an Deutschland, die Gerhard Schröder als Kanzler eingeleitet hat und heute als Vorsitzender des Aktionärsausschusses der Ostsee-Pipeline selbst umsetzt, sind Teil einer Strategie, Deutschland und Europa am Gängelband zu halten wie einst die Satellitenstaaten der Sowjetunion. Gleichzeitig sorgt die ehemalige FDJ-Sekretärin Angela Merkel für die Abschaltung der Kernkraftwerke und die ökonomisch unsinnige Energiewende, sodass die Abhängigkeit zementiert wird (siehe auch ExpressZeitung Ausgabe 09). Jetzt eine Aussage Gorbatschows, die aufzeigt, dass die beiden Grossmächte Europa anscheinend als so etwas wie ihr Eigentum betrachteten:

«Kisa (Kissinger) deutete die Idee einer UdSSR-USA-Herrschaft über Europa an. [...] Er deutete an, dass Japan, Deutschland, Spanien und Südkorea im Aufstieg begriffen sind, also lasst uns eine Vereinbarung treffen, damit sich die ‚Europäer nicht danebenbenehmen.'» [9]

Kissinger hatte also Angst vor einem unabhängigen Europa, denn damit wären die Pläne zur Schaffung einer Weltregierung gefährdet worden. Die USA und Russland wollten Europa also gemeinsam beherrschen. Ganz wie nach dem Zweiten Weltkrieg, nur diesmal mit einem einheitlichen Superstaat.

Kissinger und Rockefeller Stammgäste in Russland?

Ein weiteres interessantes Puzzlestück steuerte die Whistleblowerin Charlotte Iserbyt, ehemalige Beraterin des Bildungsministeriums unter Ronald Reagan, bei. Bei einem Dinner für den sowjetischen Überläufer Igor Glagolev Mitte der Siebzigerjahre, auf welchem dieser in einer Rede gegen die Abrüstungsvereinbarungen plädiert hätte, sei Folgendes passiert:

«Auf diesem Dinner informierte mich Glagolev, dass er, bevor er übergelaufen sei, als er sehr hohe Positionen im Kreml innehatte, in Meetings sass, auf welchen oft David Rockefeller und Henry Kissinger anwesend waren. Auf einem dieser Meetings schockierte Kissinger seine sowjetischen Zuhörer damit, dass die USA planten, sich aus Vietnam zurückzuziehen. Diese Information wurde natürlich an die Nordvietnamesen weitergeleitet und brachte für die US-Streitkräfte einen grossen Nachteil.» [1]

Die Politikberaterin Charlotte Iserbyt hatte schon in den Siebzigern von Rockefellers Kreml-Geheimtreffen erfahren.

Abgesehen davon, dass dies natürlich Verrat war, haben wir hier einen Beleg dafür, dass der nicht gewählte Herr Rockefeller auch schon in den Siebzigerjahren regelmässig an Treffen in Moskau teilgenommen hat. Ausgerechnet Nelson Rockefeller, der eng mit Kissinger (1968 Rockefellers Wahlkampfberater) zusammenarbeitete, leitete 1975 als Vizepräsident von Gerald Ford eine Kommission zur Untersuchung illegaler Aktivitäten der CIA und sowjetischer Geheimdienste auf dem Boden der USA. ***(oj)***

Quellen:
1. newswithviews.com, Kissinger out of the closet, 27.11.2002

Ende 2009, also etwa ein halbes Jahr nachdem das National Security Archive die Dokumente zugänglich gemacht hatte, ging die Trilaterale Kommission in die Offensive und veröffentlichte ihrerseits Dokumente über das Treffen. Wobei «veröffentlichte» zu viel gesagt ist. Man findet die Dokumente nur auf der TK-Webseite, wenn man weiss, wonach man suchen muss. [10] In den Leitmedien findet man nichts davon, obwohl die Informationen über die geheime Planung der EU kaum brisanter sein könnten. Beispielsweise finden wir hier die Antwort auf Kissingers Frage nach einem Europa «vom Atlantik bis zum Ural». Gorbatschow sagte zu ihm:

«Der Fakt, dass wir hier im Raum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei sitzen, zeigt, wie sich die Dinge geändert haben. Lenin sagte, ohne die generellen Fragen zu klären, kann man sich nicht mit den spezifischen beschäftigen. Der Kapitalismus hat sich an veränderte Bedingungen angepasst. So hat es der Sozialismus. Ein neues Verständnis ist notwendig. **Die UdSSR wird bei ihrer Wahl bleiben und beim Sozialismus bleiben und ihn durch Perestroika verbessern.**

Neue Verhandlungsmuster wurden bereits entwickelt. [...] Die UN muss mehr genutzt werden. Die Zeit war 40 Jahre lang noch nicht reif, aber jetzt ist es an der Zeit.» [11]

Wo sind die gewählten Volksvertreter?

Dass sowohl für die Kommunisten als auch für die westlichen Bankenelite die Vereinten Nationen die Vorstufe zur Weltregierung sind, wissen wir bereits. Unabhängig von der Interpretation der einzelnen Passagen, die man ohne Vorwissen sicherlich auch harmloser auslegen könnte, ist hier eines wichtig: **Keiner der laut Protokoll anwesenden TK-Mitglieder war ein aktiver gewählter Politiker. Wie kann es sein, dass Gorbatschow hier mit ihnen gleichsam über die Aufteilung Europas verhandelt? Wieso erfährt die Öffentlichkeit nichts davon? Wieso wissen die TK-Mitglieder schon 1989, dass es einen gemeinsamen Staat Europa geben wird? Die Bevölkerung wurde damals weder informiert noch gefragt. Gefragt wurde sie bis heute nicht, und genau darin liegt der Grund, warum hier solche Prognosen abgegeben werden können. Man hatte nie vor, die Völker der einzelnen Nationen zu befragen. Die Trilaterale Kommission ist der breiten Bevölkerung völlig unbekannt, aber sitzt hier am Tisch und entscheidet über das Schicksal Europas.** Das ging sogar so weit, dass sich eine «Task Force» der TK im Februar 1989 mit den sowjetischen Generälen zusammensetzte und über Abrüstungsfragen inklusive genauer Zahlen über die militärische Stärke der Armee diskutierte.

Im April 1990 bereitete der Vizepräsident der Trilateralen Kommission, Georges Berthoin, der zu dem Zeitpunkt kein politisches Amt innehatte, zusammen mit Wadim Sagladin, dem persönlichen Berater Gorbatschows, ein weiteres Treffen im Politbüro mit Jacques Delors vor. Delors war damals Präsident der EG-Kommission (1985–1995) und Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs. [12]

Am 03.12.1989 nahm Michail Gorbatschow bei einem offiziellen Meeting mit Präsident George H. W. Bush auf dem russischen Schiff Maxim Gorki Bezug auf sein Treffen mit der TK. Er zitierte Giscard d'Estaing mit dem Satz «Seien Sie bereit, mit einem vereinigten föderalen Staat von Europa zu verhandeln» und sagte:

«Wir fassen uns selbst als Europäer auf, insofern wir die Idee eines **gemeinsamen europäischen Hauses** mit dieser Bewegung assoziieren. Ich würde E. A. Schewardnadse (Anm.: Aussenminister der UdSSR) und (US-) Aussenminister Baker bitten, diese Idee in der Tiefe zu diskutieren, weil ich denke, es ist im Interesse der UdSSR und der USA. Wir sollten in einer verantwortlicheren und ausgewogenen Weise in dieser Periode, in der ganz Europa solchen dynamischen Veränderungen unterliegt, agieren und interagieren.

George H. W. Bush antwortete nur: «Ich stimme zu.» [13] ***(oj/tk)***

Quellen:

1. faz.net, 45 Millionen Tote, 13.06.2011
2. zeit.de, Heimliche Herrscher des Westens?, 1977
3. Zbigniew Brzezinski, Between Two Ages. America's Role in the Technetronic Era, Viking Press, 1970, S. 33 f.
4. Ebenda, S.103 ff.
5. Ebenda, S. 28. Er zitiert dabei aus: A. Barber, The 20th Century Renaissance, private paper, Institute of Politics and Planning, Washington, D.C., 1968, S. 1, 8.
6. Ebenda, S.116
7. Wladimir Bukowski, Pavel Stroilov, EUSSR: The Soviet Roots of European Integration, Sovereignty Publications, 2004
8. nsarchive2.gwu.edu, The Diary of Anatoly Chernyaev, National Security Archive Electronic Briefing Book No. 192
9. chnm.gmu.edu, Anatoly Chernyaevs Notes from the Politburo Session, January 21,1989
10. trilateral.org, Commemorating 1989
11. Ebenda, S.9 ff.
12. Wladimir Bukowski, Pavel Stroilov, S.27 f.
13. trilateral.org, Commemorating 1989, S.39

Deutsche Wiedervereinigung

Fall der Mauer: Abgekartetes Spiel zur des EU-Superstaats?

von Oliver Janich

Menschen auf der Berliner Mauer am 9. November 1989

Foto: Sue Ream

Wie mehrere sowjetische Überläufer, deren Voraussagen sich im Nachhinein als weitgehend korrekt herausstellten, berichtet hatten, kümmerte sich der KGB im Rahmen der Perestroika um den Aufbau einer kontrollierten Opposition in allen Staaten des Ostblocks, um dem Westen eine innere Spaltung der Sowjetunion vorzuspielen. Diese kontrollierte Opposition tat nur so, als würde sie gegen die herrschende Regierung im Kreml rebellieren. Die «Dissidenten» wurden heimlich vom KGB rekrutiert und sollten für die Öffentlichkeit die Rolle von Regimekritikern spielen. Sie forderten aber nicht, wie man es von einer echten Opposition erwarten würde, das Ende des sowjetischen Kommunismus und die Einführung einer Marktwirtschaft, sondern eine Art Weiterentwicklung des Kommunismus, der ihn menschenfreundlicher gestalten sollte, eben das Hauptziel der Perestroika (siehe u.a. S.16).

Die echte Opposition wurde ausgeschaltet und die Hoffnung der Unzufriedenen auf die systemtreuen Revolutionäre gelenkt. Aufrichtige Kämpfer gegen das kommunistische Regime wurden still und leise in KGB-Gefängnisse oder psychiatrische Anstalten gesteckt. Die neu erschaffenen Oppositionsbewegungen, die sich lediglich für einen Kommunismus «mit menschlicherem Antlitz“ aussprachen, wurden indes rund um die Uhr von der Sowjetpresse thematisiert, um die Aufmerksamkeit des Volkes und westlicher Menschenrechtsgruppen auf sie zu lenken.

Wladimir Putin und die Operation «Lutsch»

Wladimir Putin befand sich exakt zur Zeit der Wende als sowjetischer Agent in der DDR. Laut manchen Berichten war er beim KGB, nach anderen bei der GRU. Die GRU (etwa: Hauptverwaltung für Aufklärung) ist das leitende Zentralorgan des Militärnachrichtendienstes und spielt laut Überläufer Golitsyn eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Perestroika-Täuschung, also der kommunistischen

Schaffung

Langfriststrategie zur Schaffung des Weltkommunismus.[1] Letztendlich ist es aber nicht wichtig, welchem Geheimdienst Putin angehörte, da der innere Zirkel des KGB die Zügel in der Hand hielt. Im Folgenden einige Puzzlestücke aus der Mainstream-Presse über das Täuschungsmanöver Perestroika. Süddeutsche Zeitung vom 19. Mai 2010:

«Als KGB-Hauptmann war er 1985 gekommen, im Rang eines Oberstleutnants zog er im Februar 1990 wieder ab. Was er in der Zwischenzeit in Dresden tat, ist Gegenstand von allerlei Spekulationen gewesen, Putin selbst hat sich nur spärlich dazu geäussert: Ob er etwa den angesehenen DDR-Wissenschaftler Manfred von Ardenne ausspionierte oder gar die Operation ‚Lutsch' (‚Strahl') leitete, innerhalb der die KGB-Männer ihre ostdeutschen Stasi-Genossen überprüften – nichts Genaues ist bekannt.» [2]

Cicero vom 28. Oktober 2004:

«Viel ist seitdem über Putins fünf Dresdener Jahre spekuliert worden. Hat Wolodja (Putin) dort den Grundstein für seinen steilen Aufstieg im postsozialistischen Russland gelegt? Hat er in Dresden sein Netzwerk geschmiedet? War er gar Teil der Operation Lutsch, mit der der KGB die SED ausspionierte?» [3]

Ausführlicher wird der Autor des Cicero-Artikels, Christoph Seils, auf seiner Webseite:

«Seinen Freunden verkündet er sogar: ‚Honecker muss weg.' War das seine Überzeugung oder auch sein Auftrag? War Wladimir Putin Teil der Operation ‚Lutsch', jener streng geheimen Gruppe des KGB, die es zum Ziel gehabt haben soll, Informationen über die SED zu sammeln und die Reformer in der Partei zu stärken, und von der Verschwörungstheoretiker sogar glauben, sie habe den Sturz Honeckers und die Wende in der DDR gesteuert. Es gibt keine zugänglichen Akten über Lutsch. Niemand weiss, wie gross die Gruppe war, ob diese Operation die Reformprozesse in der DDR tatsächlich beeinflusst hat.» [4]

Natürlich, die Verschwörungstheoretiker! Schade, dass er diese nicht nennt, dann könnte sich ja der Leser selbst ein Bild davon machen, ob beispielsweise die Überläufer Anatoli Golitsyn (siehe S.10 ff.) oder Generalmajor Jan Sejna «Verschwörungstheoretiker» waren. Wesentlich deutlicher war die Berliner Zeitung am 08.01.2000:

«Als Vierter, so weist es das Stasi-Protokoll jenes Novemberabends von 1987 aus, wurde der ‚Genosse Putin, Wladimir' aufgerufen. Er erhielt die ‚Ehrennadel der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft' in Gold [...] In den Stasi-Archiven gibt es neben dem Fest-Protokoll bislang lediglich ein weiteres, allerdings aufschlussreiches Papier, in dem der Name Putins auftaucht. Es ist ein Brief aus dem Jahre 1989, in dem Putin den damaligen Dresdner Stasi-Chef Böhm darum bittet, einen Telefonanschluss für einen Deutschen zu besorgen. Bei dem Deutschen handele es sich laut Putin um einen ‚Führungs-IM' des KGB, mit dem er eng zusammenarbeite. Der Brief ist deshalb ungewöhnlich, weil Putin 1989, so viel steht fest, nicht der offizielle KGB-Verbindungsoffizier für die Dresdner Stasi gewesen ist. **Dass sich Putin dennoch direkt an Böhm wenden durfte, lässt den Schluss zu, dass er eine herausgehobene Position hatte, die offiziell nicht bekannt war.** Den alliierten Geheimdiensten ist Putin während seiner Zeit als DDR-Resident auch aufgefallen: In den Achtzigerjahren soll ein Foto Putins entstanden sein, das den KGB-Mitarbeiter vor dem Westberliner Ka-DeWe zeigt. Es heisst, Putin sei damals observiert worden, weil er allein den Checkpoint Charlie passiert hatte und man daher in ihm einen Agentenführer vermutete, der zum Treff reist. In der DDR soll Putin offiziell als Diplomat angemeldet gewesen sein, eine übliche Tarnung für Geheimdienstmitarbeiter. Im ‚Diplomatischen Protokoll Fremde Missionen' des DDR-Aussenministeriums findet sich tatsächlich das Foto eines sowjetischen Diplomaten, der eine verblüffende Ähnlichkeit mit Putin aufweist. Nach diesem Protokoll handelt es sich bei dem Betreffenden um einen Aleksandr Rybin, geboren am 9. Februar 1947. Seine Akkreditierung in der DDR dauerte von 1982 bis 1986. Ein falscher Name und Angaben über die Zeitdauer der Akkreditierung, die von den bekannten Daten abweichen – es wird davon ausgegangen, dass Putin von 1984 bis 1989/90 in der DDR arbeitete –, sind für Geheimdienstler, die als Diplomaten getarnt sind, nicht ungewöhnlich. In Dresden, so erinnerte sich ein früherer Hochschullehrer der Technischen Universität, sei Putin unter dem Namen Oberstleutnant Adamow aufgetreten.»

➔

BILD-Zeitung entdeckt Putins Stasi-Ausweis

Bild

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte bis zum Mauerfall einen Ausweis des DDR-Geheimdienstes. Das Dokument habe jahrelang unbemerkt im Archiv gelegen, sagte der Dresdner Aussenstellenleiter der Stasiunterlagenbehörde, Konrad Felber. Der Ausweis war am 31.12.1985 ausgestellt und bis Ende 1989 immer wieder verlängert worden. Erst aufgrund einer Medienanfrage seien Akten der Abteilung «Kader und Schulung» der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Dresden durchsucht worden und dabei sei man per Zufall auf den Ausweis gestossen.

Dass Putin für den KGB in Dresden arbeitete, war bekannt; dass sowjetische Agenten und die Stasi eine enge Zusammenarbeit pflegten, ebenfalls. Auf den erhaltenen Listen sowjetischer Agenten, denen Stasi-Ausweise gegeben wurden, ist Putin allerdings nicht verzeichnet.

Quelle: nzz.ch, Putin hatte einen Stasi-Ausweis – doch seine Zeit als Geheimdienstler in der DDR bleibt eine Black Box, 15.12.2018

Links oben die Quartalsstempel, welche dem Ausweis eine Gültigkeit bis Ende 1989 attestieren.

Der Stasi-Dienstausweis für den KGB-Major Wladimir Putin. (Quelle: Stasiunterlagenbehörde Dresden)

1985: Michail Gorbatschow leitet die Perestroika ein

07.10.1989: In Leipzig demonstrieren 70.000 Menschen mit der Losung «Wir sind das Volk»

09.11.1989: Fall der Berliner Mauer, Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik

18.03.1990: Erste freie Volkskammerwahl mit Sieg der «Allianz für Deutschland»

➔ Das deutet klar darauf hin, dass Putin nicht so unwichtig gewesen sein kann, wie es später von den grossen Blättern dargestellt wurde. Die Berliner Zeitung ist natürlich an den entsprechenden Archiven und Kontakten richtig nahe dran. Sie macht nur keine bundesweiten Schlagzeilen. Die Berliner Zeitung weiter:

«Putins Sonderrolle belegt die Tatsache, dass er jederzeit berechtigt war, die Daten von DDR-Bürgern zu erhalten, die ein Visum für eine UdSSR-Reise beantragt hatten. Rekrutierte Putin unter ihnen Agenten für das KGB? Das Bundesamt für Verfassungsschutz liess 1998, als Putin neuer Chef des russischen Geheimdienstes FSB wurde, verlauten, er habe früher ausreisewillige DDR-Wissenschaftler angeworben, um sie im Westen für die Russen spionieren zu lassen. **Wahrscheinlicher ist, dass Putin während seines DDR-Aufenthalts in die Tätigkeit der streng geheimen KGB-Gruppe ‚Lutsch' eingebunden war. In den 70er-Jahren ging der Geheimdienst davon aus, dass ‚500.000 Bürger dem existierenden System feindlich gegenüberstehen und der Gegner für lange Zeit eine Unterstützerbasis in der DDR' haben werde. Deshalb erforschte und registrierte der KGB im Rahmen einer Operation mit dem Codenamen ‚Lutsch' fast zwei Jahrzehnte lang die Meinung der DDR-Bürger und besonders der SED-Mitglieder. Mit Beginn der Gorbatschow-Ära und der einsetzenden Perestroika erhielt die Gruppe ‚Lutsch' eine zusätzliche Aufgabe. Da sich Honecker einer Umgestaltung in der DDR verschloss, rekrutierte ‚Lutsch' unter reformwilligen Kräften in Ostdeutschland eine grosse Zahl von Einflussagenten, die nach einem Putsch gegen das Politbüro verantwortliche Positionen übernehmen sollten.»**

Ob nun Putin damals schon eine wichtige Position innehatte, ist nicht einmal so entscheidend. Spätestens ab 1998 als Chef des Geheimdiensts FSB war er wichtig. Aber wir sehen hier mehrere Belege dafür, dass der KGB zusätzlich zu der Kontrolle, die er natürlich ohnehin schon über Geheimdienste des Warschauer Paktes ausübte, Agenten rekrutierte, die die Perestroika-Strategie umsetzen und nach der Wende im gesamten Ostblock politische Positionen übernehmen sollten. Das waren die Positionen in den neu entstehenden «Demokratien» im Ostblock, natürlich auch in Russland.

Horst Böhm, ehem. Dresdner Stasi-Chef & Mitglied der SED, den Putin direkt kontaktierte.

Putin, Merkel und der KGB

In ihrem Buch Das Komplott von 1993 schrieben der FAZ-Journalist Ralf Georg Reuth und der ARD-Redakteur Andreas Bönte:

«Im Frühjahr 1992 – inzwischen war nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion untergegangen – informierte das Bundesamt für Verfassungsschutz eine kleine Zahl ausgewählter Verantwortungsträger der Bundesrepublik über eine geheime KGB-Struktur in Deutschland. In dem streng geheimen Papier heisst es, dass ausserhalb der bekannten KGB-Residentur in Karlshorst, dem für die Aufklärung der Bundesrepublik zuständigen ‚Führungskopf', dem sogenannten ‚Berliner Apparat', eine weitere geheime KGB-Residentur existiere, die sogenannte Gruppe ‚Luch' (russisch für Strahl).»[5]

‚Ljutsch', ‚Lutsch' und ‚Luch' sind identisch, verschiedene Autoren verwenden lediglich unterschiedliche Umschriften. Die Formulierung «ausserhalb der bekannten KGB-Residentur» deutet auf einen nicht sichtbaren inneren Zirkel des KGB hin, der die kommunistische Langfriststrategie/Perestroika umsetzen sollte. Weiter:

«Während die ‚normalen' Vertretungen des KGB wegen der historischen Entwicklung und wegen der überwiegend identischen Aufklärungsschwerpunkte eng mit dem MfS (Anm.: Kurzwort «Stasi») zusammengearbeitet hätten, sei die Gruppe ‚Luch' ein völlig abgeschotteter Bereich gewesen, der keinerlei Arbeitskontakte zum MfS der ehemaligen DDR unterhalten habe. Auch innerhalb des KGB sei die Gruppe ‚Luch' einer besonderen Geheimhaltung unterworfen. Es heisst dazu: ‚Luch' war aus dem regulären Hierarchiegefüge der offiziellen Residentur herausgelöst und nur den direkt befassten Mitarbeitern der 4. Abteilung (der sogenannten Deutschlandabteilung im Moskauer Hauptquartier) sowie der Leitungsebene der 1. Hauptverwaltung des ehemaligen KGB insgesamt bekannt und entsprechend unterstellt.»

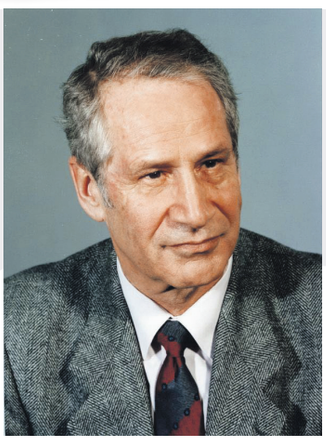
Der sowjetische Geheimdienst KGB richtete in den 1960er-Jahren in einer ehemaligen Pionierschule der deutschen Wehrmacht die grösste und am westlichsten gelegene Zentrale ausserhalb der Sowjetunion ein. Von dort aus koordinierten etwa 1.000 Mitarbeiter des Geheimdienstes die Spionagetätigkeiten.

23.08.1990:
Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland

03.10.1990:
Tag der deutschen Einheit – Ende der DDR

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-06-09_Bundesparteitag_Die_Linke_2018_in_Leipzig_by_Sandro_Halank%E2%80%93157.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Hands Modrow, SED-Politiker und später Abgeordneter im Europaparlament, Teil der Perestroika-Bewegung.



Markus Wolf, ehemaliger Chef der Stasi-Hauptverwaltung, wahrscheinlich direkt im Auftrag des KGB in die Perestroika eingebunden.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1208-420 / Schöps, Elke / CC-BY-SA 3.0

Natürlich stand die Stasi/MfS schon immer unter der Kontrolle des KGB, die Satellitenstaaten führten ja kein wirkliches Eigenleben. Aber da man natürlich immer mit Opposition aus den Bruderländern rechnen muss, baute man eine zweite Struktur auf, jene, die im Sinne der Perestroika arbeitete:

«Die Einrichtung dieser Gruppe war im Zuge der wachsenden Emanzipationsbestrebungen des MfS gegenüber dem ‚Ziehvater KGB' und den damit auch verbundenen Zweifeln an der unbedingten Loyalität der DDR-Führungskader als notwendig erachtet worden. [...] **Seit Mitte der 80er-Jahre hatte die Gruppe ‚Luch' den Auftrag, Bürger der ehemaligen DDR in Leitungsfunktionen von Wissenschaft, Technik und Politik zur Zusammenarbeit mit dem KGB zu verpflichten, um auf diese Weise gesellschaftlich relevante Prozesse beeinflussen zu können. Mit anderen Worten: Die Gruppe hatte die Aufgabe, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben beziehungsweise zu unterstützen. Ihre Stossrichtung musste demnach auf die orthodox-kommunistische Führung um Honecker zielen.**

[...] Bei den von ‚Luch' rekrutierten Personenkreisen soll es sich, der Analyse des Verfassungsschutzes zufolge, neben Kadern aus der Staatsführung um Entscheidungsträger der FDJ, aus Bildungseinrichtungen und Handelsorganisationen, aber auch aus den Reihen der Kirche gehandelt haben. In den Jahren 1988/1989 sei die Arbeitsweise von ‚Luch' modifiziert worden. ‚Fortan waren nicht mehr Verpflichtungen von hochrangigen DDR-Führungskadern vorrangig, sondern vielmehr die Suche nach Fachleuten der mittleren Managementebene.' Man habe sich ‚auf Mitglieder der Blockparteien der ehemaligen DDR, solcher neu gegründeter Parteien im Zuge der Wende, und Angehörige von Jugendorganisationen konzentriert.' Diesen ‚effektvollen Wandel in der Arbeitsmethodik' führten die Kölner Verfassungsschützer auf das Wirken von General Anatoliy G. Novikov zurück. Dieser habe in den Jahren 1988/1989 als Leiter der Deutschlandabteilung in der Ersten Hauptverwaltung der Moskauer KGB-Zentrale fungiert und sei auch für das Vorgehen der in der Ost-Berliner Sowjet-Botschaft, aber auch in den sowjetischen Generalkonsulaten in der DDR residierenden Gruppe ‚Luch' verantwortlich gewesen.» [5]

Kirche und FDJ

Anlässlich von Nowikows Tod meldete die Berliner Zeitung unter der Überschrift «Letzter KGB-Chef in der DDR ist tot» am 12. Juni 2004:

«Nowikow (Anm.: Novikov in englischer Schreibweise) war in der Hoch-Zeit von Glasnost und Perestroika nach Ost-Berlin kommandiert worden, wo er in Karlshorst die grösste Auslandsdienststelle des KGB übernahm. Eine seiner wichtigsten Operationen trug den Codenamen ‚Ljutsch' (russisch für Strahl).»

Nowikow ging laut Berliner Zeitung einen entlarvenden Deal ein:

«Nowikow konzentrierte sich nun darauf, der Bonner Regierung einen störungsfreien Rückzug seiner KGB-Truppen aus Ostdeutschland abzuhandeln. Als Gegenleistung sicherte er Verschwiegenheit über die vom MfS erlangten Informationen über westdeutsche Politiker zu. 1992 kehrte Nowikow nach Moskau zurück und leitete dort bis zu seiner Pensionierung die Abteilung für Gegenspionage im Auslandsaufklärungsdienst SWR.»

Sein Chef dort war ein Spezialist für die Perestroika-Täuschung, Jewgeni Primakow. Brisant ist die Information, dass Luch vor allem Leute aus den Jugendorganisationen, namentlich genannt der FDJ (Freie Deutsche Jugend, ein kommunistischer Jugendverband in der DDR) anwarb. Hier versammelten sich die Führungsleute für die neuen demokratischen Parteien. Und wer war laut Zeitzeugen zu dieser Zeit FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation? [6] Angela Merkel! Bevor wir zu ihr kommen, noch ein sehr spannender Aspekt aus dem Komplott, über den Henryk M. Broder am 1. Mai 1993 im Spiegel berichtet:

«In dieser Situation mobilisierte die Sowjetunion ihre Freunde in der DDR. Markus Wolf, ‚seit jeher ein Mann Moskaus', quittierte seinen Job als Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit – und wurde Systemkritiker. Er gab westlichen Zeitungen Interviews, veröffentlichte gleichzeitig im Ost-Berliner Aufbau-Verlag und bei Claassen in Düsseldorf ein Buch (‚Die Troika'), in dem er sich kritisch mit dem Stalinismus und dessen Folgen im Nachkriegs-Deutschland auseinandersetzte. Unter den Unterstützern eines Reformkurses nach Moskauer Art waren neben kritischen Nomenklatura-Mitgliedern wie Hans Modrow auch viele Kirchenleute, die für eine ‚Umgestaltung des Sozialismus' plädierten und damit einen Konflikt mit der SED-Führung riskierten, die ihren Anti-Reform-Kurs stur fortsetzte.» [7]

Das ist exakt die Strategie, von der die Überläufer berichteten: Scheindissidenten machten im Westen Stimmung für die Perestroika. Einer dieser Scheindissidenten war zum Beispiel Andrei Sacharow, der, statt im Gulag zu landen, nur Hausarrest bekam, während seine Frau im Westen herumreiste und Interviews gab (siehe u.a. Express-Zeitung Ausgaben 09,22). Er propagierte seit Ende der Sechzigerjahre in im Westen erschienenen Büchern den menschengemachten Klimawandel und eine grüne Neue Weltordnung inklusive CO_2-Planwirtschaft. Reuth/Bönte schrieben:

➔

«Fast zur gleichen Zeit trat ein ‚guter Freund' Modrows als lautstärkster Verfechter von Glasnost und auch für ein ‚**Europäisches Haus**' an die Öffentlichkeit: Markus Wolf, der einstige Chef der Hauptabteilung Aufklärung, der Spionage-Abteilung in Mielkes Staatssicherheitsministerium. In einem viel beachteten Moskauer Spiegel-Interview von 2. Januar 1989 bekannte er sich vorbehaltlos zu den Reformen. Hans Modrow war der vorletzte Ministerpräsident der DDR und ordnete fünf Tage vor dem Mauerfall die Vernichtung belastender Stasi-Akten an.» [8]

Das sagte Wolf 1989 dem Spiegel:

«Glasnost und Perestroika sind keine Losungen. Das sind sehr wohl auch wissenschaftlich begründete Orientierungen der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion, die anknüpfen an die Idee der Oktoberrevolution, getragen von den Ideen des Begründers dieses Staates, von Lenin, die von weitreichender Bedeutung sind für die Entwicklung dieses Landes [...] Es geht, glaube ich, nicht um die Worte Glasnost und Perestroika in der DDR. Glasnost und Perestroika gehen ja auf die Ideen, die Ideale der ersten siegreichen sozialistischen Revolution, die hier in diesem Lande stattgefunden hat, zurück, und genau auf denselben Ideen beruhen auch die Grundlagen unseres Staates, der DDR.» [9]

Wir haben hier also den glasklaren Beweis, dass Wolf ganz genau wusste, worum es bei der Perestroika ging. Gleichzeitig propagierte er laut Reuth/Bönte das «Gemeinsame Europäische Haus». «Das Komplott» handelt davon, dass der Regimewechsel von Moskau aus gesteuert wurde. Ein Szenario, von dem auch Henryk M. Broder schrieb, es sei «99 Prozent schlüssig». Doch weder Reuth/Bönte noch Broder schrieben, dass das Teil der kommunistischen Langfriststrategie war, obwohl man es unschwer aus Wolfs Worten herauslesen kann und die Überläufer es – öffentlich einsehbar – seit vielen Jahren prophezeiten.

Angela Merkel

Seit 1989 arbeitete Wolf also höchstwahrscheinlich direkt als Agent für den KGB. Sicherlich wusste er auch, welche seiner Stasi-Mitarbeiter er direkt für die Arbeit an der Perestroika einsetzen konnte. Er könnte also durchaus die Akten für diese Schlüsselagenten geändert oder entfernt haben, was uns direkt zu Angela Merkel führt. Selbst wenn also die im Internet herumschwirrenden Gerüchte, dass Merkel «IM Erika» war, nicht stimmen, könnte sie von der Gruppe Luch oder auch gleich von Meisterspion (?) Wolf direkt geführt worden sein. Wolf dürfte nicht erst 1989 angefangen haben, im Sinne des KGB zu arbeiten. Aber «könnte» heisst nichts. Gibt es auch aussagekräftige Hinweise?

* Was war eine Stasi-Verpflichtungserklärung?

Jeder Stasi-Mitarbeiter musste eine mehrseitige Verpflichtungserklärung unterschrieben, in der im Falle von Pflichtverletzungen schwerste Strafen – bis zur Todesstrafe – angedroht wurden.

Dass Angela Merkel in der DDR für die Stasi arbeitete, ist recht wahrscheinlich.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-03-12_Unterzeichnung_des_Koalitionsvertrages_der_19._Wahlperiode_des_Bundestages_by_Sandro_Halank%E2%80%93026_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/a3.0/nl/deed.de

Zunächst die Indizien für eine Stasi-Tätigkeit. **Pfarrer Horst Kasner, Angela Merkels Vater, war in der DDR als «der rote Kasner» bekannt, weil er eine besondere Nähe zum DDR-Regime besass.** Er gehörte zusammen mit Albrecht Schönherr, so die Welt am Sonntag, «zu jenem Kreis von Theologen, mit denen die sowjetisch kontrollierte DDR-Führung ihre kirchenpolitische Konzeption umsetzen wollte.» [10]

Unter Wolfgang Schnur wurde Merkel Pressesprecherin des Demokratischen Aufbruchs und unter Lothar de Maizière kam sie zur Ost-CDU, die später mit der West-CDU vereinigt wurde. Sowohl Schnur als auch de Maizière wurden später als informelle Mitarbeiter der Stasi enttarnt. Merkel selbst gibt an, nie eine **VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG*** der Stasi unterschreiben zu haben. Das hat ihr gleichgestellter Kollege an der Akademie für Wissenschaften, Michael Schindhelm, auch immer behauptet, bis er 2001 als informeller Mitarbeiter enttarnt wurde. [11] Die Bild-Zeitung berichtete am 11.07.2013, dass auch Merkels damaliger Chef, Hans-Jörg Osten, bei der Stasi als «IM Einstein» geführt wurde. Er war als Wissenschaftler 1983 für ein Jahr nach Chicago entsandt worden und musste dabei selbstverständlich wie jeder Westreisende eine solche Erklärung unterschreiben, auch wenn er erklärt, er musste vieles unterschreiben und könne sich nicht konkret an eine Verpflichtungserklärung der Stasi erinnern. [12]

Auch Merkel durfte in den Westen reisen. Und ausgerechnet sie, die laut Zeitzeugen auch noch FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation war, soll keine Verpflichtungserklärung unterschrieben haben? Das ist schlicht und ergreifend lächerlich. Entscheidend: Selbst wenn sie nicht unterschrieben hätte, müsste zwingend ein Aktenvermerk über den Vorgang existieren. Vor allem müsste es einen Vermerk darüber geben, warum sie trotzdem an der Elite-Uni bleiben und in den Westen ausreisen durfte. Aber ihre Akten werden nicht freigegeben. FAZ-Journalist und «Das Komplott»-Autor Ralf Georg Reuth, der auch den Bild-Artikel über Merkels Chef im Osten verfasste, schrieb 2013 zusammen mit Welt-Journalist Günther Lachmann das Buch «Das erste Leben der Angela M.». In dem Buch wird Merkel sozusagen von allen Seiten eingekreist, obwohl nicht direkt über eine Stasi-Tätigkeit als «IM Erika» spekuliert wird. Mit entsprechendem Hintergrundwissen enthält das Buch hochbrisante Details, die in den Mainstream-Rezensionen gar nicht auftauchen. Nur Welt am Sonntag-Kollege Richard Herzinger führte den Leser – womöglich nicht ohne Hintergedanken – auf die richtige Spur:

«Was wenige wissen: Mitarbeiter der geheimen KGB-Einheit Gruppe Luch räumten später ein, massgeblichen Einfluss auf die

Horst Kasner, Pfarrer und Vater von Angela Merkel, war wohl tief im DDR-System verstrickt.

Auch die DDR hatte eine Art CDU, nämlich die «Christlich-Demokratische Union Deutschlands», auch CDU-Ost genannt. Die CDU-Ost hatte zur DDR-Zeiten ähnliche Parteistrukturen wie die SED, das Vermögen der Partei wie auch der politische Kurs wurde von einigen wenigen Generalsekretären kontrolliert und die Mitglieder wurden in die gesellschaftlich-politischen Strukturen der DDR integriert.

Ende 1989, mit der Wende in der DDR bekannte sich die CDU-Ost auf ihrem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 – entgegen ihren bisherigen langjährigen Bekenntnissen als «Partei des Sozialismus» und Blockpartei - in Übereinstimmung mit der CDU-West zur Marktwirtschaft und zur «Einheit der Nation». Unter ihrem am 10. November 1989 neu gewählten Vorsitzenden Lothar de Maizière ging sie bei der Volkskammerwahl 1990 in der «Allianz für Deutschland» zusammen mit dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) als Wahlsieger (zusammen 48 %) hervor.

Die CDU-Ost erreichte 40.8% der Stimmen und damit 163 der 400 Sitze in der Volkskammer. Anfang Oktober 1990 vereinigte sich die Partei mit ihrer Schwesterpartei, der CDU-West. Lothar de Maizière wurde erster stellvertretender Vorsitzender der gesamtdeutschen CDU.

Entwicklung der neuen DDR-Parteien genommen zu haben.» [10]

Die neuen Reformparteien

Wir wissen bereits, dass Teil der Perestroika war, die westlichen Parteien zu unterwandern, die Linke auf die neue Linie einzuschwören und im Ostblock die neuen Reformparteien zu kontrollieren. Das geteilte Deutschland war natürlich ein Sonderfall. Hier war nicht zu erwarten, dass im vereinigten Deutschland irgendeine neue Reformpartei plötzlich an die Regierung kommen würde. SPD und Grüne hatte man allerdings bereits unterwandert (höchstwahrscheinlich auch die FDP). Die SPD-Führung war von der Perestroika begeistert, wie wir aus den Protokollen des Politbüros wissen (siehe S.17 f.). Die Grünen wurden bereits in ihrer Gründungsphase von den kommunistischen K-Gruppen unterwandert. Die Aufgabe für die KGB-Truppe Luch musste also lauten, eine(n) der ihren an die Spitze der CDU zu bringen. Ausserdem wissen wir nun, dass Markus Wolf aufseiten der Perestroika stand. Mit diesem Wissen sehen wir uns an, was passiert ist. In der DDR gab es zur Wendezeit zwei grosse Reformgruppen: das Neue Forum und der Demokratische Aufbruch (DA). Reuth/Lachmann schreiben, nachdem sie zunächst von einer Steuerung des Neuen Forums durch die Gruppe Luch berichten:

«Von dieser Sondereinheit des KGB (Anm.: Luch) wurde auch der Demokratische Aufbruch bearbeitet.»

Der sollte am 1. Oktober 1989 ins Leben gerufen werden. Doch die Stasi sorgte dafür, dass von 80 Leuten, die an der Gründungsveranstaltung teilnehmen wollten, am Ende nur 17 dabei waren:

«Vor der Tür standen noch einige DA-Aktivisten, denen die MfS-Männer den Zutritt verwehrten. Der Einzige, der durchgelassen wurde, war der von seinem Freund Rainer Eppelmann im Demokratischen Aufbruch eingeführte Wolfgang Schnur. Die Reformer staunten nicht schlecht, als er plötzlich eintrat. Auf ihre Frage, wie ihm dies gelungen sei, soll er eine ganz einfache Antwort gehabt haben. Er sei Rechtsanwalt, habe er den Stasi-Leuten gesagt.» [13]

Da wir heute wissen, dass Schnur als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) gearbeitet hatte, verwundert das natürlich nicht. Doch Schnur war nicht nur Stasi-Mann, er war Perestroikist. Im August/September 1989 hatte er – wohl auch, um sich eine weisse Weste zu verschaffen – versucht, von der Stasi loszukommen, was natürlich sinnlos war:

«Doch vom MfS kam man nicht so einfach los. Schnur blieb und besorgte, gleichzeitig mit seiner Arbeit im Demokratischen Aufbruch, die Sache der Perestroikisten. Mit deren Anführer Modrow verband ihn ein Vertrauensverhältnis, was nahelegt, dass er von den Wendemachern gezielt in die Reformgruppierung eingeschleust wur-

Unter dem Stasi-Mann Wolfgang Schnur wurde Merkel Pressesprecherin des Demokratischen Aufbruchs.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lothar_de_Maizi%C3%A8re_2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/a3.0/nl/deed.de

Lothar de Maizière, ebenfalls als IM der Stasi enttarnt, holte Merkel zur CDU-Ost.

18. März:
ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

Nur die Parteien der Mitte schaffen den Aufbau unseres Landes. Mit vereinten Kräften wollen wir dafür kämpfen, daß endlich Schluß ist mit der Entmündigung unserer Bürger. Der Sozialismus muß weg – das ist das Ziel der „Allianz für Deutschland". Der Demokratische Aufbruch (DA), die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Christlich Demokratische Union (CDU) haben sich zusammengeschlossen. Wir wollen am 18. März die Mehrheit, damit wir regieren können. Nur dann haben Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand eine Chance. Wir wollen, daß sich endlich etwas verändert in unserem Land, daß die sozialistischen Strukturen beseitigt und nicht durch die Hintertür wieder eingeführt oder gar nicht erst verändert werden. 40 Jahre lang hat uns der Sozialismus um die Früchte unserer Arbeit betrogen, hat uns eingeschüchtert und eingesperrt, hat unser Land an den Rand des Ruins geführt und Hunderttausende aus dem Land getrieben.

Nie wieder Sozialismus

DA DSU CDU

Wahlplakat der «Allianz für Deutschland» bei den letzten Wahlen in der DDR nach dem Fall der Mauer. Angela Merkel war als Mitarbeiterin des Demokratischen Aufbruchs (DA) Teil dieser Parteien-Allianz.

de. Der Kreml setzte jedenfalls auf den vom KGB betreuten Demokratischen Aufbruch. So empfahl Viktor Rykin, der Gorbatschow-Mitstreiter aus der internationalen Abteilung der KPdSU, einer zu dieser Zeit in Moskau weilenden Delegation der bundesdeutschen FDP, ‚in Zukunft in der DDR nicht mehr mit den Blockparteien, sondern mit dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch zusammenzuarbeiten.'» [14]

SED-Mitglied Modrow, letzter Ministerratsvorsitzender der DDR, war nicht nur ein Kreml-Mann und Perestroikist, sondern auch ein persönlicher Freund von Moskaus Superspion Markus Wolf. [15]

Merkels Karriere im neuen Deutschland

Zurück zu Schnur: Er wurde Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA). Am 1. Februar 1990 stellte er Angela Merkel als hauptamtliche Mitarbeiterin des DA an und machte sie noch im gleichen Monat zu seiner Pressesprecherin. Ein ständiger Gesprächspartner von Schnur und Merkels Vater Horst Kasner in Sachen SED-Kirchenpolitik war der als Stasi-Mitarbeiter geführte Clemens de Maizière, der Vater des späteren DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, der selbst später als «IM Cerny» enttarnt wurde. Clemens de Maizière war ebenfalls Rechtsanwalt in der DDR. Er war daneben Synodaler der Berlin-Brandenburgischen Kirche und führendes Mitglied der CDU in der DDR. Der Verhandlungspartner von Clemens de Maizière, Wolfgang Schnur und Horst Kasner in der DDR-Regierung war von 1979 bis 1988 der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, der Vater von Gregor Gysi. Gregor Gysi wiederum ersetzte Markus Wolf als Führer der Perestroika-Bewegung innerhalb der SED, weil Wolf bei einem Auftritt am Berliner Alexanderplatz gnadenlos ausgepfiffen wurde. Gorbatschow-Berater Valentin Falin sagte, Gysi sei «der Ersatzmann für Wolf».

Wolf selbst wirkte weiter im Hintergrund. [16] Spätestens ab dem 14. November 1989 gehörte Merkel zum Demokratischen Aufbruch. Zuvor hatte sie Schnur schon seit Oktober 1989 zugearbeitet, also noch bevor dieser Vorsitzender des DA wurde. [17] Anfang Dezember 1989 sprach Perestroika-Mann Schnur plötzlich überraschend von der deutschen Einheit als konkrete Perspektive. [18] Am 16./17. Dezember wurde aus dem Demokratischen Aufbruch auf dem ersten Parteitag in Leipzig formell eine Partei. [19] Reuth/Lachmann:

«Dort verabschiedete der DA schliesslich ein Programm, das sich am Ende kaum von Schnurs ‚Fahrplan' (Anm.: veröffentlicht in der Bild am Sonntag) unterschied. Darin kam die ‚Vision von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung' im Gegensatz zur ‚vorläufigen Grundsatzerklärung' vom Ende Oktober 1989 nicht mehr vor. Von Marktwirtschaft mit ‚hohem ökologischem Anspruch' war jetzt die Rede, zur Freude der zahlreich angereisten Politgäste aus dem Westen.»

"Nein! Träume gerade von meinen Führungsoffizieren!"

Plötzlich war in den Programmen der neuen Ost-Parteien von Umweltschutz und Ökologie die Rede, ganz wie es sowjetische Langfriststrategie vorsah und wie es auch Kreml-Agent Andrei Sacharow propagierte.

Zur Information: Niemand sprach in der DDR jemals von Umweltschutz. Hier wurde also schon 1989 die Grüne Neue Weltordnung vorgeschlagen, die später zu Merkels Credo im Namen des «Klimaschutzes» wurde. Es wurde noch besser:

«Zur deutschen Frage hiess es, diese ‚kann nicht alleine unter innen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, sondern kann nur als Element einer umfassenden kooperativen Politik in Europa (‚**europäisches Haus**') verstanden werden. **Der Prozess der staatlichen Einigung steht nicht im Gegensatz zum europäischen Einigungsprozess. Beide Prozesse begünstigen einander.'»**

Da ist es also wieder, das europäische Haus – direkt von Gorbatschow in das Programm diktiert. Der Demokratische Aufbruch ging für die Volkskammerwahl ein Wahlbündnis mit der Deutschen Sozialen Union und der Ost-CDU ein, Name des Ganzen: «Allianz für Deutschland». (Wenn Sie jetzt unwillkürlich an eine andere Partei denken müssen, liegen Sie nicht ganz falsch: Der Vorsitzende der ‚Alternative für Deutschland' und Weltbank-Berater Bernd Lucke war 1990 als wissenschaftlicher Referent beim ‚Sachverständigenrat zur Einführung der sozialen Markwirtschaft in der DDR' am Einigungsprozess beteiligt.)

Merkel geht zur CDU-Ost

Zu Merkels Pech wurde aber kurz zuvor Wolfgang Schnur als Stasi-Mitarbeiter enttarnt und der Demokratische Aufbruch kam als Teil der «Allianz für Deutschland» nur auf 0,9% der Stimmen, während die CDU-

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) war eine marxistisch-leninistische Partei, die 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Viersektorenstadt Berlin aus der Zwangsvereinigung von SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) hervorgegangen war und sich anschliessend unter sowjetischem Einfluss zur Kader- und Staatspartei der 1949 gegründeten DDR entwickelte. Da die Verfassung der DDR seit 1968 den Führungsanspruch der SED festschrieb und deren Mitglieder die Organe aller drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) durchdrangen, war das politische System der DDR de facto eine Ein-Parteien-Herrschaft der SED.

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) war quasi die Jugendorganisation der SED, auch wenn sie offiziell nicht so bezeichnet wurde.

PDS

Im Zuge der Wende in der DDR 1989/90 verlor die SED ihre Stellung als herrschende Staatspartei, gab sich ein neues Programm und benannte sich im Dezember 1989 zunächst in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS), am 4. Februar 1990 dann in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) um. Aus ihr entstand 2007 die Partei Die Linke. Von Ende 1989 bis 1993 war Gregor Gysi Vorsitzender der SED-PDS und ihrer Nachfolgepartei PDS. Danach wirkte er zunächst als stellvertretender Parteivorsitzender,

DIE LINKE.

Gregor Gysi, ehem. Parteivorsitzender der SED, später Fraktionsvorsitzender von Die Linke und heute Parteivorsitzender der Europäischen Linken

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2013-09-12_Gregor_Gysi_257.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/a3.0/nl/deed.de

dann als Mitglied im Parteivorstand weiter mit. Gregor Gysi war als letzter Parteivorsitzender der Protagonist bei der Herausführung der alten SED aus dem DDR-Parteiensystem in das neue BRD-System gewesen. Die PDS, aus der später Die Linke entstand, war nicht etwa eine Neugründung, sondern die Weiterführung der DDR-Staatspartei, die ihre Bürger jahrzehntelang tyrannisiert hatte. Man stelle sich vor, die NSDAP hätte nach dem Kriegsende nur ihren Namen gewechselt und einen grossen Teil ihrer Mitglieder und Wähler wieder zurückgeholt. Eine haarsträubende und fast undenkbare Idee! Doch das zeigt nur, dass in der wiedervereinigten BRD, im Gegensatz zur gründlichen Entnazifizierung nach 1945, keine echte «Entsowjetisierung» stattfand. *(tk)*

Ost mit Kohl als Wahlkampfhelfer satte 40,8% holte. Aber kein Problem für Angie. Wahlsieger Lothar de Maizière holte sie nach einem zehnminütigen Gespräch im April 1990 als stellvertretende Pressesprecherin zur CDU-Ost. [20] Lothar de Maizière wiederum wurde erst im November 1989 Vorsitzender der CDU in der DDR, als deren Chef Götting abgesetzt wurde. Reuth/Lachmann schreiben:

«Seine Absetzung erfolgte unter Federführung seines langjährigen Stellvertreters Wolfgang Heyl, dem die Mitarbeit in Wolfs HVA unter dem Decknamen ‚Herold' nachgesagt wurde. Heyl schlug nun neben zwei anderen ‚Unionsfreunden', wie die CDU-Angehörigen genannt wurden, den Kollegiums-Anwalt und Vizepräses der BEK-Bundesssynode Lothar de Maizière vor. In der CDU-Führung war der Sohn des 1980 verstorbenen CDU-Funktionärs und Kasner-Mitstreiters Clemens de Maizière ein völlig unbeschriebenes Blatt. [...] Dass der Kandidat der Perestroikisten, dessen ‚wichtigster Vertrauter' Manfred Stolpe (818) war, tatsächlich zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, dafür sorgten dann dieselben Leute, die schon Göttings Sturz eingefädelt hatten.» [21]

Kurz nach seiner Ernennung ging Lothar de Maizière ausgerechnet zu Gregor Gysi und fragte ihn um Rat. Gysi wehrt sich bis heute erfolgreich juristisch dagegen, als Stasi-Mitarbeiter «IM Notar» bezeichnet zu werden, weshalb seine Personalie an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden soll. Allerdings spricht alleine der Vermerk der Stasi vom 6. November 1989, der auf einer Tonbandaufzeichnung beruht, über das Gespräch Bände. Gysi riet laut Vermerk nach mehrstündigem Gespräch seinem Besucher Lothar de Maizière, den Posten anzunehmen. De Maizière wiederum sicherte zu, dass er die Ratschläge «seines bisherigen Vorsitzenden des Rechtsanwaltskollegiums (gemeint ist Gysi) beachten wird. Er wolle sich durchaus mit ihm beraten, wenn er glaube, politisch schwierige Entscheidungen treffen zu müssen.» Reuth/Lachmann hierzu:

«Mit anderen Worten: Der künftige Vorsitzende der Ost-CDU hatte seinem Freund, dem Wolf-Ersatzmann Gysi, wie es der Gorbatschow-Berater Falin ausdrückte, die Rolle seines Politikberaters angetragen.» [22]

Und dieser wiederum stellte Angela Merkel ein. Kohl wiederum holte Merkel 1991 ins Kabinett, obwohl er zu diesem Zeitpunkt schon von den Stasi-Vorwürfen gegen de Maizière wusste. Wohlgemerkt: Entscheidend ist hier nicht, dass de Maizière ein Stasi-Mann war, sondern offensichtlich genau wie Schnur ein Perestroikist, ergo mit hoher Wahrscheinlichkeit direkt vom KGB geführt. Am 15./16. Dezember 1989 auf dem Parteitag der CDU-Ost erklärte de Maizière, er sehe «realpolitische Chancen», dass dieser Wunsch nach staatlicher Einigung in Erfüllung gehen könne, und zwar in einem vereinten Europa. [23]

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Gruppe Luch, Markus Wolf oder der Kreml fast alle wichtigen Personen um Merkel herum und die, die sie förderten, geführt haben und sie selber nicht, tendiert gegen null. Sie war schliesslich laut Zeugen FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation und arbeitete am Elite-Institut der DDR. Dazu vielleicht an dieser Stelle eine Klarstellung: Sekretär war in der SED die Bezeichnung für einen leitenden Funktionär. Dass es sich um eine Jugendorganisation gehandelt hat, heisst auch nicht, dass sie selber Jugendliche war. Sie war zu dieser Zeit Mitte zwanzig.

➔

«Was schlagen wir also vor?

Erstens: die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok [...]

Zweitens: eine gemeinsame Industriepolitik, welche sich auf die Zusammenballung der Technologie- und Ressourcenpotenziale Russlands und der EU stützen soll, aber auch die Implementierung von gemeinsamen Förderungsprogrammen für die in der realen Wirtschaft aktiven kleinen und mittelständischen Unternehmer zu beinhalten hat.

Drittens: Die Idee eines gemeinsamen Energiekomplexes in Europa pocht buchstäblich an die Tür. In den jüngsten Jahren war die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie zwischen Russland und der EU ein Thema, das grössere Aufmerksamkeit auf sich lenkte und – offen gesagt – zu sehr politisiert wurde. Es ging so weit, dass man Russland unterstellte, seine Erdöl- und Erdgaslieferungen für die Lösung irgendwelcher politischen Aufgaben einsetzen zu wollen, was freilich gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatte. [...]

Fünftens: Echte Partnerschaft wird auf unserem Kontinent unmöglich bleiben, solange menschliche und geschäftliche Kontakte behindert werden. Der grösste Störfaktor dabei ist der bestehende Visumzwang zwischen Russland und der EU.

Foto: Kremlin.ru

Zum Schluss darf ich in Erinnerung rufen: 1990 traf der deutsche Kanzler Helmut Kohl eine sehr mutige Entscheidung: nicht abzuwarten, bis die DDR bereit sein würde, Teil eines vereinigten Deutschlands zu werden, sondern sich unverzüglich zu vereinen, damit Ost und West in Deutschland beim folgenden Prozess der beiderseitigen Eingewöhnung auf das Miteinander und der Lösung von gemeinsamen Aufgaben das Zusammenleben wieder erlernen könnten. Die Geschichte bekräftigte die Richtigkeit solch eines entschlossenen Schrittes. Heute, unter neuen geschichtlichen Umständen, bietet sich uns die Chance, ein einheitliches und prosperierendes Europa aufzubauen. Setzen wir uns dieses Ziel, wird die Kompromissgestaltung in konkreten Fragen viel einfacher gelingen.»

Wladimir Putin

Quelle: sueddeutsche.de, Von Lissabon bis Wladiwostok, 25.11.2010

Merkels Westreisen

Wie bereits erwähnt, durfte natürlich nur derjenige ausreisen, bei dem man sich sicher war, dass er (oder sie) dem Regime treu ergeben war – zumindest der Führung in Moskau. Laut Tagesspiegel sagte Merkel der Super-Illu am 1. Februar 2009:

«Ich hatte mich weitestgehend damit abgefunden, dass sich mein Reise-Radius **im Wesentlichen** auf das sozialistische Ausland beschränken würde.»

Beachten Sie unsere Fettung: Merkel hielt sich hier also ein Hintertürchen offen, wie oft sie im Ausland war. In einem Interview mit ihrem Biografen Gerd Langguth gab sie erst auf Nachfrage eine zweite Reise zu:

«Gerd Langguth: Wie viele Westreisen haben Sie gemacht?

Angela Merkel: Ich habe zur Zeit der DDR nur eine gemacht.

Gerd Langguth: Zwei nach meiner Kenntnis.

Angela Merkel: Wenn Sie es ganz genau nehmen, haben Sie recht, wobei die zweite Reise schon ganz am Ende der DDR war, und zwar meiner Erinnerung nach am 4. November 1989, also fünf Tage vor der Öffnung der Mauer und Wochen nach der Öffnung der Grenzen in Ungarn und Prag. Meine Tante Emmi, eine Grosstante, **feierte ihren 75. Geburtstag in Hamburg.**»

Damit hat Langguth sie gleich zweimal auf dem falschen Fuss erwischt. In ihrem Bestreben, den Termin zu verharmlosen, gibt sie zu, ausgerechnet kurz vor der Maueröffnung nochmals im Westen gewesen zu sein. Erstens ist das ein pikanter Termin und zweitens relativiert das nicht ihre erste Westreise, zu der wir

Helmut Kohl deutete inszenierten Fall der Mauer an

Der Spiegel berichtete am 09.11.2014: «Nach Meinung des Altbundeskanzlers Helmut Kohl war die DDR-Bürgerrechtsbewegung nur von marginaler Bedeutung für den Fall der Mauer. **Hinter den Aktivisten vermutete er laut einem Bericht des Spiegels gar die Stasi. ‚Wir wissen ja bis heute nicht, wie hoch der Anteil der Stasi an diesen Inszenierungen der Friedensgebete war und wie weit die Stasi zum Teil diese Sachen inszeniert hatte'», sagte Kohl im Gespräch mit seinem Ghostwriter Heribert Schwan anno 2001.** Kohl weiter:

«Wenn man den Herrn Thierse hört und die jetzige amtliche Darstellung der Bundesregierung, dann waren es die Menschen auf den Strassen. Aber die hätten überhaupt nichts bewegt, wenn das Umfeld nicht entsprechend gewesen wäre, wenn Gorbatschow und Bush nicht über die Abrüstung verhandelt hätten.»

Kohl ging zwar nicht so weit, von einer Langzeitstrategie oder Perestroika-Täuschung zu sprechen, doch sogar der «Vater der Einheit'' musste eingestehen, dass die einfachen DDR-Bürger den Umsturz nicht in die Wege geleitet hatten.

Quelle: spiegel.de, Mauerfall: Kohl vermutete Stasi hinter der DDR-Bürgerrechtsbewegung, 09.11.2014

Helmut Kohl bei einer Wahlkundgebung der Allianz für Deutschland in Karl-Marx-Stadt, März 1990.

Foto: Bundesarchiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0301-031,_Karl-Marx-Stadt,_Volkskammerwahl,_Kundgebung_Allianz_f%C3%BCr_Deutschland.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

gleich kommen. Doch Langguth hat sie doppelt erwischt: [24]

«Gerd Langguth: Ich hörte, dass Sie bei der **zweiten Reise in Karlsruhe waren**.

Angela Merkel: Richtig, ich war auch in Karlsruhe und nicht nur in Hamburg. In Karlsruhe war mein jetziger Mann, der seine erste Westreise an die Uni in Karlsruhe machen konnte, den ich auch schon bei meiner **ersten Reise in Karlsruhe besucht hatte.**»

Sie gab also erst auf Nachfragen den zweiten Ort zu. Abgesehen davon, dass es ein ziemliches Kunststück ist, an einem einzigen Tag (nach ihrer Aussage am 4. November) in Hamburg Geburtstag zu feiern und gleichzeitig im 600 Kilometer entfernten Karlsruhe aufzuschlagen, ist die Aussage von Merkel über ihre erste Reise von entscheidender Bedeutung. **Sie war nämlich laut einem Focus-Bericht 1986 schon einmal im Westen, nämlich in Konstanz zur Hochzeit einer «Cousine». [25] Zusammen mit der «ersten Reise nach Karlsruhe» wären das also schon drei.** Höchstwahrscheinlich waren die Festivitäten vorgeschobene Gründe. Ob die vollen Namen und Geburts- oder Hochzeitsurkunden der von Merkel genannten Personen noch aufzutreiben wären? Doch auch wenn die Daten stimmen würden, hätte sich die Stasi vielleicht extra diese Anlässe ausgesucht, um Merkel in den Westen zu bringen.

Eins ist jedoch klar: Der durchschnittliche DDR-Bürger erhielt keine Erlaubnis in den Westen zu reisen, natürlich auch nicht zu Hochzeiten und Geburtstagen von Verwandten, so wie Angela Merkel es tat. Dann hätte ja jeder ausreisen dürfen. Ausgerechnet fünf Tage vor dem Mauerfall mal eben einen Besuch im Westen zu machen, ist ebenfalls ein äusserst interessantes Timing. Laut Merkel machte ihr heutiger Ehemann Joachim Sauer 1989 seine erste Weltreise. Reuth/Lachmann aber schrieben:

«Sauer hatte sich seit 1988 aber schon mehrmals – insgesamt sechs Monate lang – am Institut von Professor Reinhart Ahlrichs (Anm.: an der Universität Karlsruhe) aufgehalten. Am Anfang sei der Ost-Berliner Wissenschaftler für diesen ein ‚Phantom' gewesen.» [25]

Was hat Sauer dort getan, wenn es nicht einmal der Institutsleiter weiss?

OLIVER JANICH ist ein investigativer Journalist, renommierter Buchautor und Youtuber. Seine ersten beiden Bücher «Das Kapitalismus Komplott» und «Die Vereinigten Staaten von Europa» waren Bestseller. Bereits seit vielen Jahren beleuchtet Oliver Janich mit erschreckender Deutlichkeit, welche Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht stehen und beschäftigt sich intensiv mit den Mechanismen der Tyrannei sowie möglichen Wegen in die Freiheit. Erfahren Sie auch mehr darüber in seinen neuen Büchern «Impossible Mission 9/11» und «Sicher ohne Staat».

Die Bilderberger und der Mauerfall

Schliessen wir nun endgültig den Kreis und kommen noch einmal zurück zur westlichen Globalelite rund um Bilderberg und Trilaterale Kommission (TK): Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl wurde 1988 zum Bilderberg-Treffen im österreichischen Telfs-Buchen

Bundespräsident mit Stasi Vergangenheit?

Foto : Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-05-10_Joachim_Gauck-7554.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Ausgerechnet Joachim Gauck, der erste Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde zur Aufarbeitung der DDR-Zeit (sie wurde sogar nach ihm benannt) und ehemaliger Bundespräsident (2012-2017), wurde selbst bei der Stasi als «IM (Inoffizieller Mitarbeiter) Larve» geführt. Er bestreitet allerdings bis heute, wissentlich für die Stasi gearbeitet zu haben. Doch neue Dokumente, die Klaus Blessing und Manfred Manteuffel in dem Mitte 2013 erschienenen Buch «Joachim Gauck – Der richtige Mann?» vorgelegt haben, lassen seine Behauptung, er hätte nie wissend für die Stasi gearbeitet, in neuem Licht erscheinen. Manteuffel war von 1984 bis 1990 als Referent für Kirchenfragen beim Rat der Stadt Rostock in engem Kontakt mit Gauck. Die Dokumente belegen, dass Gauck bereits im August 1990, also noch vor der Wiedervereinigung und der Arbeitsaufnahme der Stasi-Unterlagenbehörde am 03.10.1990, über mehrere Stunden alleine und unkontrolliert seine eigene Stasi-Akte eingesehen hatte. Da hätte er natürlich genug Zeit gehabt, unliebsame Dokumente zu entfernen. Der damalige DDR-Innenminister Diestel bezeichnete den Vorgang als «eindeutig illegal und rechtswidrig». Manteuffel hat darüber hinaus am 1. August 2000 eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, dass Gauck zahlreiche Vergünstigungen erfuhr, am wichtigsten aber, dass er mehrmals in die Bundesrepublik ausgereist war. Im Mainstream bereits bekannt ist, dass seine erwachsenen Söhne ausreisen und jederzeit zurückkommen konnten. Das durften eigentlich nur die Treuesten der Treuen und sicher keine «unwissentlichen informellen Mitarbeiter».

Quellen:
Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
stern.de, Erikas Larve, 23.02.2012

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt (rechts) und CDU-Kanzler Helmut Kohl (links) waren nach ihrem Bilderberg-Besuch plötzlich Feuer und Flamme für eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Foto: CDU (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Helmut_Kohl_1989.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.de

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karsten_Voigt.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

➔ eingeladen, ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, kurz vor der Wende. Auf dem Tagesprogramm tauchte der Punkt «The German Question revisited» (Die deutsche Frage neu untersucht) auf. Ein anderer deutscher Politiker, der sich im gleichen Jahr wie Helmut Kohl zur Bilderberg-Konferenz wagte, war der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt. Als Kohl am 28. November 1989 seinen Zehn-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung im Bundestag vortrug, war es genau dieser Karsten Voigt, der danach zum Rednerpult eilte und dem Kanzler in allen zehn Punkten zustimmte. Wenn man die Handlungen Kohls zur Wiedervereinigung in Verbindung mit dem Besuch der Trilateralen Kommission im Moskauer Zentralkomitee am 18.01.1989 setzt, dann ist die die Verquickung von Organisationen der westlichen Finanzoligarchie mit den Geheimdiensten von Ost und West allmählich nicht mehr von der Hand zu weisen. Kohl wurde nach seinem Bilderberg-Besuch zum «Kanzler der Einheit» und neben dem französischen Präsidenten François Mitterrand die Hauptfigur bei der Gründung der Europäischen Union und der Einführung des Euro. Gorbatschow hatte den westlichen Eliten der TK bei dem Treffen im Januar 1989 übrigens Folgendes angeboten: «Wir sollten Partner beim Aufbau einer neuen Weltordnung werden.»[26] ***(oj/tk)***

Quellen:

1. Golizyn, Perestroika Deception, u. a. S.60 und dreizehn weitere Seiten
2. sueddeutsche.de, Spion und Raser, 19.05.2010
3. cicero.de, Was tat Putin in Dresden?
4. seils.in-berlin.de, Was tat Putin in Dresden?
5. Ralf Georg Reuth, Andreas Bönte, Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, Piper, 1993
6. Interessante Passage aus Reuths Welt-Artikel vom 19.6 2005: «Andere, die Langguth ebenfalls befragt, erinnern sich, dass sie ‚Sekretärin für Agitation und Propaganda' gewesen sei. Auf Unterlagen kann Langguth hier nicht zurückgreifen, denn es gibt sie offenbar nicht mehr, genauso wenig wie Angela Kasners Pflicht-Arbeiten in Marxismus-Leninismus»
welt.de, Angela Merkels zweierlei Welten, 19.06.2005
7. spiegel.de, Ende des Scheinriesen, 01.05.1993
8. focus.de, Vom ehrlichen Hans, 25.11.1996
9. spiegel.de, «Ich würde gern nach Stuttgart fahren», 02.01.1989
10. welt.de, Die Tochter des roten Pfarrers, 12.05.2013
11. spiegel.de, Stasi-Mitarbeiter künftiger Intendant?, 24.01.2001
12. bild.de, Stasi führte Merkels Ex-Chef als IM «Einstein», 11.07.2013
13. Reuth/Lachmann, Das erste Leben der Angela M., S. 171 f.
14. Ebenda, S. 175. Primärquelle: Joachim von Arnim, Zeitnot, Bouvier, 2012, S. 217. Vorwort von Horst Teltschik, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz
15. Ebenda, S. 176. Die Autoren zitieren dazu aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.9.1989
16. welt.de, Das Komplott vor dem Mauerfall, 07.11.2004
17. Reuth/Lachmann, Das erste Leben der Angela M., S. 193
18. Ebenda, S. 204
19. Bild am Sonntag vom 17.12.1989
20. Reuth/Lachmann, Das erste Leben der Angela M., S.241
21. Ebenda, S.183
22. Ebenda, S.236
23. Ebenda, S.208
24. Gerd Langguth, Angela Merkel, dtv, 2005, zitiert nach Reuth/Lachmann, S. 186
25. focus.de, DDR-Vergangenheit einer Angepassten, 03.10.2010
26. trilateral.org, Commemorating 1989, S.61 f.

Weitere Personen mit (sehr wahrscheinlicher) Stasi-Vergangenheit

ANETTA KAHANE, Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung; die Stasi führte sie von 1974 bis 1982 als «IM Victoria» und setzte sie vor allem auf Westdeutsche und in der DDR lebende Ausländer an.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Birlikte_-_Podiumsdiskussion-0454_-_Anetta_Kahane_-_Ausschnitt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Auch **HANS-DIETRICH GENSCHER**, von 1974 bis 1992 fast ununterbrochen BRD-Aussenminister und neben Helmut Kohl der vielleicht zweitwichtigste Protagonist der Wiedervereinigung, stand unter Stasi-Verdacht. Am 13. Juli 1992 veröffentlichte der Spiegel eine kurze Meldung:

«Unter dem Decknamen ‚Tulpe' hat das DDR-Ministerium für Staatssicherheit Ex-Minister Hans-Dietrich Genscher als ‚Inoffiziellen Mitarbeiter' in seinen Akten geführt.»

Die Schutzbehauptung schob der Spiegel gleich hinterher:

«Wie ehemalige Stasi-Angehörige gegenüber Geheimdienstexperten sagten, wurden dabei Angaben aus dem Lebenslauf eines DDR-Bürgers benutzt und auf den Liberalen übertragen. Zweck der Manipulation sei es gewesen, den FDP-Politiker unter Druck zu setzen oder bei Bedarf im Zuge einer Desinformationskampagne als Mitarbeiter der Staatssicherheit zu diskreditieren.»

Diese Behauptung klingt aber absurd. Wenn jeder mit einer gefälschten Akte erpressbar gewesen wäre, hätte man überhaupt niemanden anwerben müssen. Und als Quelle wurden auch noch anonyme «Stasi-Angehörige» angegeben. Fakt ist: Genscher war nur drei Monate zuvor am 27.04.1992 ohne Anlass zurückgetreten, vermutlich weil ihm jemand gesteckt hatte, dass diese Akte gefunden worden war, möglicherweise dieselben ehemaligen Stasi-Angehörigen, die der Spiegel erwähnte. Die BBC und ein französischer Sender hatten z.B. gemeldet, dass er aufgrund von Spionagetätigkeit zurückgetreten war. ***(oj)***

Quelle: spiegel.de, Genscher alias «Tulpe», 13.07.1992

Foto: peter schmelzle (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Peer-steinbrueck-mai2008-bonn.jpg) https://de.wikipedia.org/wiki/GNU-Lizenz_f%C3%BCr_freie_Dokumentation

Eine pikante Note über die Vergangenheit des ehemaligen deutschen Finanzministers **PEER STEINBRÜCK** war 2013 der Welt zu entnehmen:

«Steinbrück war von 1980 bis 1989 als IM-Vorlauf ‚Nelke' bei verschiedenen Abteilungen der DDR-Staatssicherheit erfasst. Das Besondere an seinem Fall ist, dass nach Stasi-internen Richtlinien ein Vorlauf für einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) nach spätestens neun Monaten hätte geschlossen werden müssen, wenn es nicht zu einer Zusammenarbeit kam. Im Fall ‚Nelke' aber wurde der Vorgang laut Karteikarte zu immer höheren Stasi-Instanzen weitergeleitet, bis er schliesslich bei der Auslandsspionage des DDR-Geheimdienstes landete – in der Abteilung, die für die Ausforschung und Unterwanderung der westdeutschen SPD zuständig war.

Der Stasi-Experte Hubertus Knabe sieht bei dem Vorgang ‚Nelke' Ungereimtheiten. ‚Die Aktenlage deutet darauf hin, dass die Stasi Peer Steinbrück anwerben wollte, aber damit keinen Erfolg hatte', sagte Knabe der ‚Welt'. Ungewöhnlich sei, dass die Stasi den Anwerbevorgang nicht ins Archiv gegeben habe.

Mehrere Erklärungen seien denkbar: ‚Entweder die Stasi hatte Grund, sich weiter Hoffnung zu machen. Oder sie wollte dafür sorgen, dass sich kein anderer Stasi-Mitarbeiter mit Steinbrück befasste – zum Beispiel, weil der KGB an ihm dran war. Oder es war nur Schlamperei, dass die eigenen Richtlinien nicht eingehalten wurden.' Dies sei ‚bei der mit deutscher Gründlichkeit organisierten Stasi aber eher unwahrscheinlich'.» [1]

Schlamperei ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil es sich bei Steinbrück nicht um irgendeinen beliebigen BRD-Bürger handelte, sondern schon damals um einen Top-Politiker. Damit bliebe laut Knabe ausser dem Prinzip Hoffnung nur noch die Variante, dass ihn der KGB angeworben hatte. Der Stasi-Experte und Buchautor Wilhelm Fricke stiess am 18. August 2013 in der Welt ins selbe Horn:

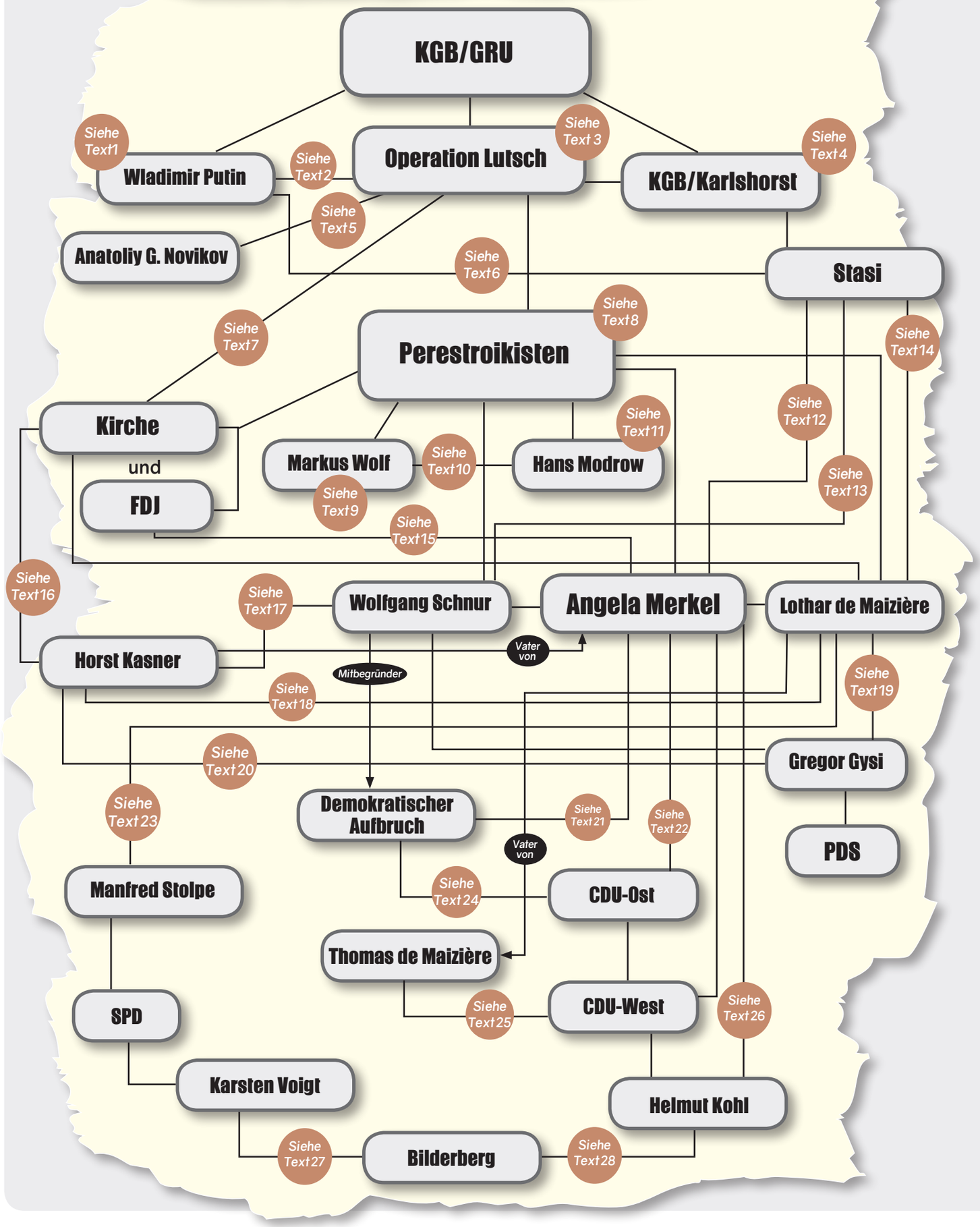
«Es war nicht ungewöhnlich, dass die Stasi Vorgänge anlegte und formell führte, um Agenten des sowjetischen Geheimdienstes vor dem Zugriff anderer Stasi-Einheiten zu schützen, und wenn eine Verbindung von Interesse für den KGB war.»

Die Welt wies ausserdem darauf hin, dass Steinbrück in den Siebzigerjahren von deutschen Behörden als Sicherheitsrisiko eingestuft worden und regelmässig in die DDR gereist war, wo er unter anderem seine Cousine getroffen hatte, deren Mann der Stasi-Mitarbeiter und Schauspieler Lutz Riemann war. [2]

(oj)

Quellen:
1. welt.de, Steinbrück will seine Stasi-Akte online stellen, 18.08.2013
2. welt.de, Steinbrück, die Stasi und die «Freunde», 18.08.2013

Graphische Darstellung des Artikels



Text 1:
Ein Brief aus dem Jahre 1989, in dem Putin den damaligen Dresdner Stasi-Chef Böhm direkt kontaktiert, deutet darauf hin, dass Putin eine herausgehobene Position im KGB hatte, die offiziell nicht bekannt war und ist.

Text 2:
Die Berliner Zeitung schrieb, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass Putin während seines DDR-Aufenthalts in die Tätigkeit der streng geheimen KGB-Gruppe Lutsch eingebunden war.

Text 3:
Laut Berliner Zeitung sei die KGB-Gruppe Lutsch ein völlig abgeschotteter Bereich gewesen, der keinerlei Arbeitskontakte zu den offiziellen Strukturen der ehemaligen DDR unterhalten habe. Auch innerhalb des KGB sei Lutsch einer besonderen Geheimhaltung unterworfen gewesen. Lutsch agierte im Sinne der Perestroika.

Text 4:
In Berlin-Karlshorst befand sich die grösste bekannte KGB-Zentrale in der DDR, die alle grossen Behörden und Geheimdienste der DDR kontrollierte.

Text 5:
Laut Berliner Zeitung, Kölner Verfassungsschützer zitierend, war General Anatoliy G. Novikov für Lutsch verantwortlich.

Text 6:
Putin konnte sich bei einem Telefonanruf direkt an den Dresdner Stasi-Chef Böhm wenden.

Text 7:
Laut Berliner Zeitung rekrutierte Lutsch unter reformwilligen Kräften in Ostdeutschland eine grosse Zahl von Einflussagenten, die nach einem Putsch gegen das Politbüro verantwortliche Positionen übernehmen sollten. Zwei der bevorzugten Organisationen zur Rekrutierung von Schein-Oppositionellen sollen FDJ und Kirche gewesen sein.

Text 8:
Kontrollierte Opposition in allen Staaten des Ostblocks, um dem Westen eine innere Spaltung der Sowjetunion vorzuspielen und nach der Wende einen «Kommunismus mit menschlichem Antlitz» auf der ganzen Welt zu verbreiten.

Text 9:
Markus Wolf war laut Spiegel «seit jeher ein Mann Moskaus» und er gab offen zu, die Agenda der Perestroika zu verfolgen.

Text 10:
Markus Wolf und Hans Modrow waren eng befreundet.

Text 11:
Hans Modrow war bis zum 12.04.1990 Regierungschef der DDR.

Text 12:
Merkel selbst gibt an, nie eine Verpflichtungserklärung der Stasi unterschrieben zu haben. Das hatten ihre gleichgestellten Kollegen an der Akademie für Wissenschaften auch behauptet, bis sie doch als informelle Mitarbeiter der Stasi enttarnt wurden.

Text 13:
Als informeller Stasi-Mitarbeiter enttarnt

Text 14:
Als informeller Stasi-Mitarbeiter enttarnt

Text 15:
Laut mehreren glaubwürdigen Zeitzeugen war Merkel FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation.

Text 16:
Pfarrer Horst Kasner, Angela Merkels Vater, war in der DDR als «der rote Kasner» bekannt, weil er eine besondere Nähe zum DDR-Regime besass.

Text 17:
Wolfgang Schnur und Horst Kasner arbeiteten in der DDR-Kirche zusammen.

Text 18:
Kasner und der Vater von de Maizière arbeiteten in der Kirche zusammen.

Text 19:
Kurz nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der CDU-Ost ging Lothar de Maizière ausgerechnet zu Gregor Gysi und fragte ihn um Rat.

Text 20:
Horst Kasner arbeitete mit Gregor Gysis Vater Klaus Gysi in der Kirche zusammen.

Text 21:
Anfang 1990 stellte Schnur Angela Merkel als hauptamtliche Mitarbeiterin beim Demokratischen Aufbruch ein und machte sie noch im selben Monat zu seiner Pressesprecherin.

Text 22:
Als letzter Ministerpräsident der DDR machte Lothar de Maizière Merkel zur stellvertretenden Regierungssprecherin der CDU-Ost.

Text 23:
Lothar de Maizière war der wichtigste Vertraute des SPD-Politikers Manfred Stolpe, der nach der Wende wichtige Regierungsposten in der BRD übernahm.

Text 24:
Der Demokratische Aufbruch ging für die Volkskammerwahl ein Wahlbündnis mit der CDU-Ost ein, Name des Ganzen: «Allianz für Deutschland» . Später löste sich der DA in der CDU-West auf.

Text 25:
Thomas de Maizière, der Sohn des Stasi-Manns Lothar, war bis März 2018 BRD-Innenminister (CDU).

Text 26:
Kohl holte Merkel 1991 ins Kabinett.

Text 27:
Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt, bei Bilderberg 1988 anwesend, trieb das Ziel der Wiedervereinigung in seiner Partei voran.

Text 28:
Helmut Kohl wurde 1988 zum Bilderberg-Treffen im österreichischen Telfs-Buchen eingeladen und legte kurz danach seinen Zehn-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung vor.

Nationalsozialismus

Planten die Nazis auch eine Europäische Union?

Wenn man die Prämisse akzeptiert, Adolf Hitler und seine NSDAP wären geschichtlich einzigartige Monster gewesen, die mit zuvor nie dagewesener Machtgier und Mordlust das unschuldige und pazifistische Resteuropa überfielen, muss man als gleichzeitiger Befürworter der Europäischen Union doch ins Grübeln geraten: Denn ein gewisser ideologischer Konflikt lässt sich als simultaner Nazi-Gegner und EU-Fan nicht vermeiden, wenn man davon erfährt, dass die Nationalsozialisten strategische Pläne zur Vereinigung Europas hegten, die eine erstaunliche Ähnlichkeit sowohl zu den Ideen der Gründerväter der Staatengemeinschaft als auch zur heutigen politischen Struktur der EU aufwiesen. Eigentlich sollte dies nicht überraschen, denn akzeptiert man die Prämisse, Hitler habe bedingungslos nach maximaler Macht gestrebt, was hätte näher gelegen, als ein grosses europäisches Reich unter der Kontrolle der NSDAP zu errichten? Die Tatsache, dass die Europäische Union in ihrer heutigen Form in etwa das darstellt, was Hitler sogar laut dem mantrahaft wiederholten Mainstream-Narrativ auch wollte – also ein riesiges Reich unter der Kontrolle von wenigen, demokratisch nicht legitimierten Anführern – müsste bei den EU-Begeisterten doch eigentlich für Verwirrung sorgen? Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Ziele, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegeisselt werden? D.h. die Unterwerfung Europas unter ein einziges Regime – allerdings nichts durch Eroberung, sondern im Falle der EU durch Diplomatie.

Nachfolgend sollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vier Quellen genannt werden, die aufzeigen, dass die Nationalsozialisten eine Vereinigung Europas unter ihrer Herrschaft ersannen:

Walther Funk, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident der NSDAP, plante die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft», so hiess auch der EU-Vorgänger.

1 Die Grundzüge zu einer Europäischen Union der Nazis wurden bereits vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geplant. Zusammengefasst wurden die Pläne in einer Aufsatzsammlung, die Reichswirtschaftsminister Walther Funk 1942 herausgegeben hat, Titel: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. [1] Dort heisst es:

«Auf dem Europa-Kongress in Rom vom 14. bis 20. November 1932 entwickelte Alfred Rosenberg zum ersten Male vor einem internationalen Forum in einer grossartigen Schau die Gedanken, die uns seither bewegen.» [2]

In verschiedenen Aufsätzen legten Nationalsozialisten in der Aufsatzsammlung dar, wie sie sich diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (199) vorstellten: Eine Zollunion, ein gemeinsames Währungssystem («Währungsblock»), in dem eine Angleichung der Wechselkurse angestrebt wird, also wie im «Europäischen Währungssystem» (EWS), das dem Euro vorausging, und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Der ehemalige Berater von Margaret Thatcher, Christopher Story, fasst die Zielrichtung der Aufsätze in seinem Buch «The European Collective» so zusammen:

«Die politischen Themen, die in diesem Nazi-Kompendium angesprochen werden, sind zum grössten Teil dieselben wie die im Maastricht-Vertrag des Europäischen-Unions-Kollektivs und ihrer Nachfolger.» [3]

Was überrascht: Walther Funks Pläne für eine Europäische Union in «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» klingen an vielen Stellen ähnlich marktwirtschaftlich, wie die der EU-Pioniere Anfang der 50er-Jahre. So schrieb er z.B.:

«Im übrigen findet die Unternehmerinitiative keine Einschränkung. So sehr die komplizierte Wirtschaft unseres Jahrhunderts der staatlichen Lenkung bedarf, vermag sie doch nicht Antriebskräfte der Unternehmerinitiative zu entbehren.»

Also genau wie die Vordenker der EU forderte der Reichswirtschaftsminister erstmal eine relativ freie Marktwirtschaft – allerdings mit einer gewissen «staatlichen Lenkung». Es ist anzunehmen, dass sich diese Art der wirtschaftlichen Lenkung Europas früher oder später zu einem ähnlich regulierungswütigen und unfreiheitlichen Regierungskonstrukt entwickelt hätte wie die heutige EU.

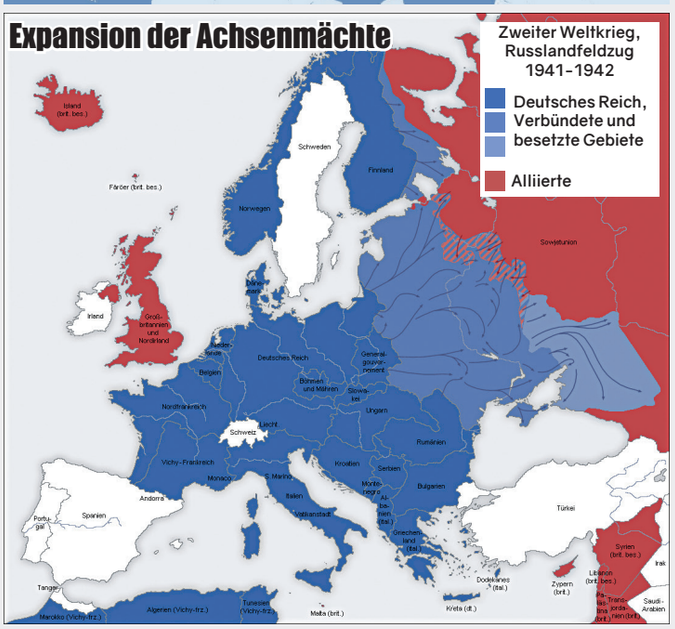
Dass die nationalsozialistischen Strategen freien Handel einschränken wollten, geht aus dem Dokument klar hervor. Bei Walther Funk klingt das so:

«Um einen das Thema zusammenfassenden Satz zu prägen, möchte ich sagen: Das wirtschaftliche Gesicht des neuen Europa, so wie es sich im Feuer dieses Weltkrieges formt, wird zwei wesensbestimmende Züge tragen: Gemeinschaftsarbeit und Wirtschaftsfreiheit, freilich nicht jene Wirtschaftsfreiheit, die im Kapitalismus verkörpert ist und in dem seltsamen Bündnis zwischen Plutokratie und Bolschewismus ihrem Ende entgegengeht. Das Freiheitsideal der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft ist den Völkern Europas einstmals als grosse Verheissung aufgegangen. Heute versinkt es in Elend, Blut und Trümmern. Was versprach nicht alles der liberalistische Freiheitsgedanke? Nach der liberalistischen Wirtschaftstheorie entfaltet sich das Wirtschaftsleben dann am vollkommensten, wenn die einzelnen wirtschaftenden Individuen ihren Eigennutz ungehemmt verfolgen. Der Staat kann die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft dem freien Wettbewerb überlassen, durch den der Eigennutz jedes einzelnen schliesslich der Gesamtheit nützen soll [...] Soweit die Theorie! [...] Wenn wir uns allerdings heute rückschauend die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Beginn des ersten Weltkrieges vergegenwärtigen, erscheint uns diese vermeintliche Harmonie, im Ganzen genommen, doch als nichts weiter als eine ausreichende Ellenbogenfreiheit derjenigen Kräfte, die ihrer Natur nach gegeneinander gerichtet waren [...] Bei allen Völkern, mochten sie zu den Favoriten oder den Stiefkindern der liberalistischen Wirtschaftsordnung gehören, zeigten sich die Auswirkungen des Laisser-faire-Systems und insbesondere des Freihandelsprinzips in schweren innerwirtschaftlichen Schäden. Die Krankheitssymptome waren überall die gleichen.

Eine dünne Oberschicht von Bankiers, Industriellen und Spekulanten konnte einen ungeheuren Reichtum zusammenraffen und sich damit eine gefährliche überstaatliche Macht verschaffen, denn für Geld konnte man alles kaufen, insbesondere auch die öffentliche Meinung. Das in den Hochkapitalismus hineingewachsene liberalistische System verlor zudem noch durch Kartellierung, Vertrustung, Monopolbildung und steigende fixe Kosten der Industrie die notwendige Elastizität. In der Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffgrundlagen, in der Befreiung der Wirtschaft von internationalen Finanzinteressen und Konjunkturabhängigkeiten sowie in der freiwilligen Unterordnung des Einzelnen unter das Primat der Volksgemeinschaft erblicken wir heute das neue Ideal einer wahren Wirtschaftsfreiheit. Die autoritären Regierungen Deutschlands und Italiens gaben als Erste ihren Völkern den Auftrag, alle Kräfte in freiwilliger Zusammenarbeit unter staatlicher Direktive für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie schützten ihre Wirtschaft auch als Erste vor der Ausbeutung durch internationale Finanzmächte.» [4]

Statt freier Marktwirtschaft mit wenig staatlichen Eingriffen schwebte Funk eine gelenkte Wirtschaft vor. Zwar nicht so extrem wie im Kommunismus durch die vollständige Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, aber mit einer klaren Tendenz, sich langfristig in dieselbe Richtung zu entwickeln. Funk weiter:

«Der europäische Wirtschaftsraum der Zukunft ist blockadefest. Der Grossraumgedanke hat allerdings, kaum, dass er ernsthaft zur Diskussion gestellt war, eine gewisse Diskriminierung erfahren. Trotzdem wird die europäische Wirtschaftseinheit kommen, denn ihre Zeit ist da. Alle Rohstoffe, alle Kräfte und Energien der Wirtschaft müssen in Europa mobilisiert werden. Das ist die Aufgabe der neuen Wirtschaftsordnung, die jetzt heranwächst. Sie kann selbstverständlich nicht von heute auf morgen ihre beste Form finden. Aber im Laufe der Jahre wird es möglich sein, Produktion und Bedarf im gesamten europäischen Raum weitgehend aufeinander abzustimmen, um dann planmässig die zweckmässigsten Ergänzungsmöglichkeiten zu verwirklichen [...] Jene Teile Europas, die bisher noch rückständig sind, müssen zu intensiver Wirtschaft veranlasst werden [...] Wohl aber wird er als Grossraumhandel alle Vorzüge einer staatlichen Marktsteuerung geniessen. Das Wort Arbeitslosigkeit wird im europäischen Wirtschaftslexikon nicht mehr zu finden sein.»



➔ Diese Textstelle aus der Feder des Reichswirtschaftsministers könnte mit Ausnahme des Kriegsbezugs direkt aus dem Mund vieler EU-Politiker stammen:

«Der Wille zur europäischen Gemeinschaftsarbeit, so wie er jetzt unter dem harten Druck der Kriegsverhältnisse geprägt wird, muss der Leitgedanke der herrschenden Wirtschaftsgesinnung auch in der Friedenszeit sein. [...] Das bedeutet ein ständiges Bemühen, die grossen Zielsetzungen und die kommenden Aufgaben zu verstehen und sich darauf einzustellen. Das bedeutet aber auch die Bereitschaft, die eigenen Interessen im gegebenen Falle denen der europäischen Gemeinschaft unterzuordnen; und das ist das höchste Ziel, das wir von den europäischen Staaten verlangen, das wir erstreben. Das mag im Einzelfalle Opfer bedeuten, im Gesamtergebnis werden aber alle Völker davon Nutzen haben [...] Eine solche Wirtschaftsgesinnung verlangt ein soziales Gewissen; und soziales Verantwortungsbewusstsein ist es auch, das die Völker Europas in ihren Staatsführungen bei der Verwirklichung der neuen Wirtschaftsordnung verlangen müssen und können. Die neue europäische Wirtschaft wird die Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten haben.» [4]

2. Auch aus den Archiven der Nürnberger Prozesse gegen das Chemiekartell IG Farben gehen die Intentionen zur Schaffung einer europäischen Staatengemeinschaft hervor: Ein Aktenvermerk der Reichskanzlei für Reichsminister Hans Heinrich Lammers vom 9. Juli 1940, der auf Ausführungen von SS-Oberführer Gustav Schlotterer und Carl-Zeiss-Manager Karl Albrecht basierte, enthielt Pläne für eine «wirtschaftliche Neuordnung Europas». Sogar eine Währungsunion wurde darin diskutiert: «Vielleicht werden Goldwährungen wieder möglich sein, vielleicht aber auch eine Währungsunion nötig sein.» Ausserdem wurde eine europäische Industriepolitik und ein «Grosswirtschaftraum Europa» ohne Zölle vorgeschlagen.

Aussenminister Joachim von Ribbentrop empfahl laut den Nürnberger Archiven am 21. März 1943, einen «Europäischen Staatenbund» zu gründen:

«Zunächst kämen als Staaten in Betracht: Deutschland, Italien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Finnland, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien, Griechenland und Spanien (?).» [5]

Punkt 7 von Ribbentrops Plan führt aus:

«Es würde in beiden Ländern (Anm.: England und USA), besonders aber in Amerika, der Propaganda gegen Deutschland die besten Argumente aus der Hand geschlagen. Den Oppositionsgruppen würden Parolen an die Hand gegeben wie: ‚Was in Nordamerika geschehen ist, nämlich der Zusammenschluss der Vereinigten Staaten von Amerika, kann man Europa nicht verwehren.‘»

Der Bezug auf Amerika zeigt deutlich, dass Ribbentrop laut den Archiven nichts anderes als «Vereinigte Staaten von Europa» forderte – ohne diese Terminologie zu benutzen. Gemäss der Dokumente entwarf Ribbentrop am 05.04.1943 im Führerhauptquartier bereits eine Gründungsurkunde. Auszüge:

Joachim von Ribbentrop als Angeklagter in Nürnberg (1945) in seiner Zelle. Auch er hatte einen «Europäischen Staatenbund» geplant.

«2. Die Glieder des ‚Europäischen Staatenbundes‘ sind souveräne Staaten und garantieren sich gegenseitig ihre Freiheit und politische Unabhängigkeit. Die Gestaltung ihrer innerstaatlichen Verhältnisse bleibt ihrer souveränen Entschliessung überlassen.»

Ribbentrop bleibt in diesem Punkt hinter den aktuellen Plänen unserer Herren Demokraten zurück, die die politische Unabhängigkeit der Nationalstaaten in der EU immer weiter auflösen. Ribbentrop weiter:

«3. Die im ‚Europäischen Staatenbund‘ vereinigten Nationen werden die Interessen Europas nach jeder Richtung gemeinsam wahren und den europäischen Kontinent gegen äussere Feinde verteidigen.

5. Die europäische Wirtschaft wird von den Mitgliedern des Staatenbundes nach gemeinsamer und einheitlicher Planung gestaltet. Die Zollschranken zwischen ihnen sollen fortschreitend beseitigt werden.

8. Alle Einzelheiten der Organisierung des ‚Europäischen Staatenbundes‘ werden in einer Bundesakte festgelegt werden, zu deren Beratung Bevollmächtigte aller beteiligten Regierungen nach Beendigung des Krieges zusammentreten werden.» [5]

Kann man diese «Bundesakte» nicht mit dem EU-Lissabonvertrag vergleichen, der die rechtliche Grundlage für die EU schuf, um sich in nahezu jeden politischen Bereich ihrer Mitgliedsstaaten einzumischen?

3 Joseph Goebbels hielt am 11. September 1940 eine Rede vor tschechischen Journalisten und Intellektuellen über «Das kommende Europa». Darin erklärte er:

«In dem Augenblick, in dem die englische Macht zu Boden stürzt, ist uns die Möglichkeit gegeben, Europa neu zu organisieren, und zwar nach Gesichtspunkten, die den sozialen, wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts entsprechen. Unser deutsches Reich hat vor etwa 100 Jahren einen ähnlichen Prozess durchgemacht. Es ist damals genauso in viele Teile, grössere und kleinere, zerspalten gewesen, wie das heute mit Europa der Fall ist. Diese **KLEINSTAATEREI** war so lange erträglich, als die technischen Hilfsmittel, vor allem die Verkehrsmittel, noch nicht so weit ausgebaut waren, dass der Übertritt von einem kleinen Land ins andere eine zu kurze Zeit beansprucht hätte [...] Ich bin überzeugt, in 50 Jahren wird man nicht mehr nur in Ländern denken – viele unserer heutigen Probleme sind dann vollkommen verblasst und es wird nicht mehr viel von ihnen übrig sein; man wird dann auch in Kontinenten denken und ganz andere, vielleicht viel grössere Probleme werden auch das europäische Denken erfüllen und bewegen.» [5]

Na, wie klingt das? Den Verweis von Goebbels auf die ach so furchtbare Kleinstaaterei findet man unentwegt in Reden der EU-Politiker. In Wirklichkeit war die Zeit der «Kleinstaaterei» im 18. und 19. Jahrhundert, als z.B. das heutige Gebiet der BRD aus hunderten Grafschaften, Fürstentümern, Herzogtümern usw. bestand sehr segensreich für die Bevölkerung. Die Steuern waren niedrig – deutlich unter 10 Prozent – und Kultur sowie Wirtschaft blühten. (408) Auch heute sind es die kleinen Länder wie die Schweiz, Liechtenstein, Singapur oder Monaco, in denen es den Menschen am besten geht – weil dort die Staatseingriffe gering und die Steuern niedrig sind.

«Eine Rückkehr zu nationalen Einzelwährungen würde fatale politische und wirtschaftliche Verluste nach sich ziehen. Anstatt ein global player mit einer Weltreservewährung zu sein, fallen wir dann in die **Kleinstaaterei** zurück - begleitet von einem weltpolitischen Bedeutungsverlust.»

Martin Schulz (SPD), EU-Parlamentspräsident von 2014 bis 2017

Quelle: europarl.europa.eu, Rede zum Europatag von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, 09.05.2012

Joseph Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP, wollte den europäischen Kontinent ebenso in einer Art Grossreich vereinen.

Foto: Bundesarchiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-71043-0003,_Wladimir_Iljitsch_Lenin.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

«Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung.»

Wladimir Lenin, Gründer der Sowjetunion

«Europa muss lernen, dass die Zeit der **Kleinstaaterei** vorbei ist.»

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission

Quelle: europa.eu, Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum European Dinner am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz, 16.02.2017

Foto: Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ioannes_Claudius_Juncker_die_7_Martis_2014.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

«Wenn wir den europäischen Kontinent wirklich führen wollen [...] so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Grossraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.»

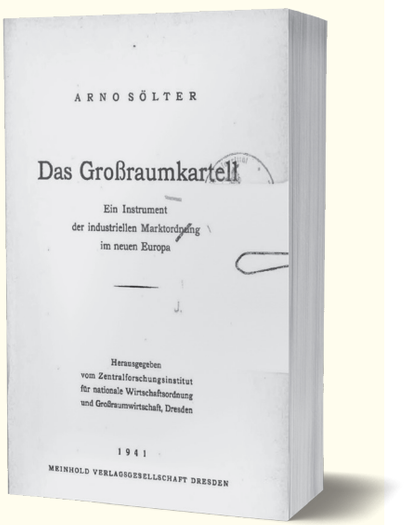
Werner Daitz, Ökonom der NSDAP

NS-Propagandaplakat zum deutschen Machtanspruch in Europa.

4 Die Blaupause für die Konstruktion der EU-Kommission lieferte wahrscheinlich Arno Sölter. Er war Leiter des nationalsozialistischen «Zentralforschungsinstitutes für nationale Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft». In seinem Buch «Das Grossraumkartell. Ein Instrument der industriellen Marktordnung im neuen Europa» von 1941 beschreibt er praktisch die Grundlagen der EU. Das «Grossraumkartell» weist hinsichtlich seiner Struktur auffällige Ähnlichkeit mit der EU-Kommission auf. Das «zentrale Kartellbüro» hat unter anderem folgende Aufgaben:

«Das Aufrechterhalten engen Kontaktes mit den höchsten Körperschaften, zum Beispiel für Wirtschafts- und Handelspolitik, Preispolitik, Verbrauchsgüterpolitik etc. und für die Koordination mit diesen Körperschaften, deren sachbezogenen Entscheidungen und deren fundamentale Anweisungen an untergeordnete Institutionen. Grundsätzliche Marktregulierungsprinzipien für den europäischen Grossraum müssten aufgezeigt werden. [...] Auch in der Wirtschaftsökonomie muss es Kooperationen mit nicht deutschen Ländern geben, um in der Lage zu sein, feste Marktregulierungen (einschliesslich zwischenbetrieblicher Vergleiche) vorzubereiten. Ein Modellplan der Organisation eines ‚Grossraumkartells' müsste entworfen werden, zusammen mit einem klaren und einfachen Modell eines Gesellschaftsvertrages. Das Zentralkartellbüro müsste die Veröffentlichung eines Journals mit dem Titel ‚Das Grossraumkartell' einrichten, welches alle Entscheidungen der höchsten Behörde bzgl. aller fundamentaler Fragen der europäischen Marktregulierung, Direktiven und vergleichbarer Sachverhalte publizieren würde.» [6]

Das Wort «Kartell» hat heute einen negativen Beigeschmack, Sölter meinte damit eben eine «höchste(n) Behörde», also ein bürokratisches Entscheidungsorgan wie die Europäische Kommission heute. Sölter war später als Experte innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gefragt. Unter dem Titel «Vertriebsbindungen im gemeinsamen Markt unter wirtschaftlichen und EWG-kartellrechtlichen Aspekten» publizierte er in Ausgabe 4/1962 der regelmässig erscheinenden Kartellrundschau des Carl Heymann Verlags seine alten und neuen Kartellkonzepte.



Im Buch «Das Grossraumkartell» von Arno Sölter, dem Leiter des nationalsozialistischen «Zentralforschungsinstituts für nationale Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft», werden Pläne für ein Nachkriegseuropa beschrieben, die stark an die aktuelle EU-Struktur erinnern.

Ob diese Pro-EU-Fahnenschwinger wissen, dass die Nazis auch eine politische Vereinigung Europas anstrebten?

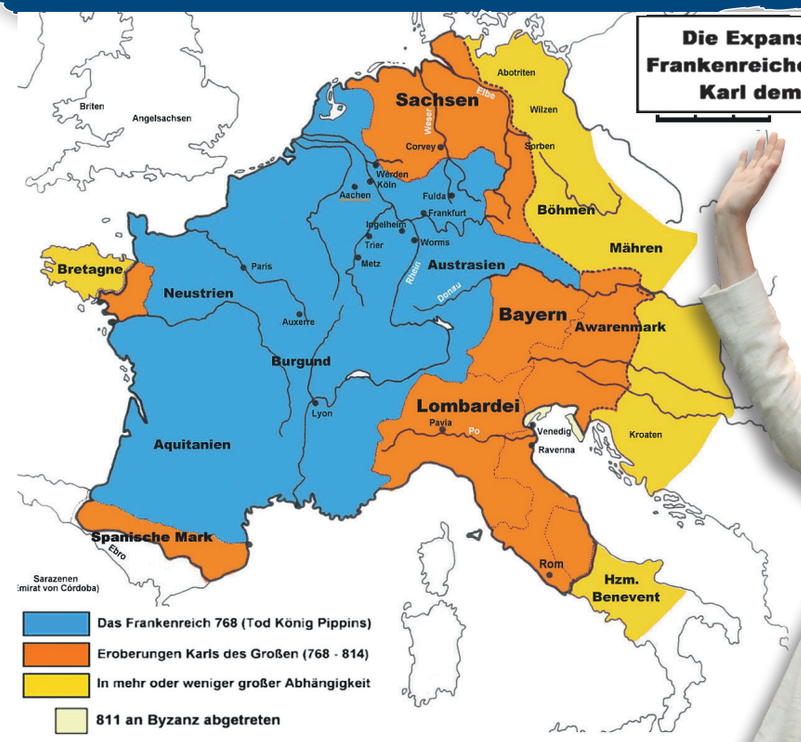
Was den Völkern Europas geblüht hätte, wenn die Nationalsozialisten ihre Pläne verwirklicht hätten, ist unmöglich genau einzuschätzen. Sicherlich nichts Gutes. Jedoch ist man als unbefangener Betrachter an der ein oder anderen Stelle überrascht, dass manche Ideen der Nazis für die Vereinigung Europas sogar weniger totalitär klingen als das, was die Anführer des modernen EU-Superstaats teilweise so zum besten geben – und das sollte doch zu denken geben. ***(tk)***

Quellen:

Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
1. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Haude & Spener, Berlin 1942
2. Ebenda, S.7
3. Christopher Story, The European Union Collective, Edward Harle Ltd., 1997
4. cvce.eu, Walther Funk, Das wirtschaftliche Gesicht (1943)
5. profit-over-life.org, Quellen zur Neuordnung Europas 1
6. Arno Sölter, Das Grossraumkartell. Ein Instrument der industriellen Marktordnung im neuen Europa, hrsg. vom Zentralforschungsinstitut für nationale Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft, Meinhold, 1941

Die EU und ihre Preise

Europäische Union



Das Frankenreich stieg im 9. Jahrhundert zur neuen Grossmacht neben Byzanz und dem Abbasidenkalifat auf. Es umfasste den Kernteil der frühmittelalterlichen lateinischen Christenheit und war das bis dahin bedeutendste staatliche Gebilde im Westen seit dem Fall Westroms. Ist die EU eine Wiederbelebung der militärischen Eroberungen des Frankenkönigs Karl dem Grossen?

Foto: wolpertinger (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frankenreich_768-811.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Kalergi- und Karlpreisträgerin Angela Merkel

Foto: Euku (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel,_Karlspreisverleihung_2008_-_1.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Was verbindet die Karlspreis-Träger?

Der Karlspreis wird seit 1950 in der Regel alljährlich in Aachen für Verdienste um Europa und die europäische Einigung verliehen. Tony Blair wurde 1999 für sein entschlossenes Handeln in der Kosovo-Krise ausgezeichnet. Auch Angela Merkel (2008), Martin Schulz (2015) und Papst Franziskus (2016) hatten das Glück, den Karlspreis zu erhalten.

Nach der Verleihung des Karlspreises 2016 warb Papst Franziskus für ein Europa der offenen Grenzen:

«Die Pläne der Gründerväter (Anm.: der EU), jener Herolde des Friedens und Propheten der Zukunft, sind nicht überholt: Heute mehr denn je regen sie an, Brücken zu bauen und Mauern einzureissen.»

Einer der Gründerväter, der anscheinend «Mauern einreissen» wollte, war der wirre Rassentheoretiker Coudenhove-Kalergi, der eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse» als unvermeidbar erachtete. Kalergi war 1950 der erste Karlpreis-Träger der Geschichte – nur zufällig?

Es stellt sich die Frage, warum EU-Verdienstträger ausgerechnet einen Preis bekommen, der nach Karl dem Grossen, einem blutrünstigen Herrscher und Feldherren, benannt ist. Karl gelang es, seine Macht im Frankenreich zu sichern und es in einer Reihe von Feldzügen nach aussen erheblich zu erweitern. Besonders verlustreich und erbittert geführt waren die mit Unterbrechungen von 772 bis 804 andauernden Sachsenkriege. Deren Ziel war die Eroberung und erzwungene Christianisierung Sachsens. Dazu gehörte das grausame «Blutgericht von Verden»: Die Hinrichtung von 4500 Sachsen bei Verden an der Aller auf Befehl Karls des Grossen im Jahre 782. Karl gab den Befehl zur Schlachtung aller Edelleute, die sich dem katholischen Christentum entgegenstellten. Politischer Höhepunkt seines Lebens war die Kaiserkrönung durch Papst Leo III. zu Weihnachten des Jahres 800. Sie schuf die Grundlage für das westliche mittelalterliche Kaisertum.

Die EU verleiht demnach Preise im Namen eines Kriegsherren, der Europa mit Gewalt zentralisierte und unter seine Kontrolle brachte. Dazu half Karl der Grosse entscheidend dabei mit, die Meinungsmacht der katholischen Kirche über hunderte Jahre in ganz Europa abzusichern. Die Dogmatik der katholischen Kirche trug zur Herabsenkung des kulturellen und zivilisatorischen Niveaus Europas im Mittelalter bei.

Eine zweifelhafte Würde. Haben wir die Zeit der Feldherren, Kaiser und Könige nicht längst hinter uns gelassen? Oder ging es den Gründern der EU in Wahrheit um eine Art Wiedererrichtung von Karls «Heiligem Römischen Reich»? Schliesslich wird Karl der Grosse heute sogar als «Vater Europas» betrachtet.

So ganz unpassend ist dieser Titel nicht, denn die Parallelen zwischen Karl dem Grossen und dem Grossmachtstreben der heutigen EU-Bürokraten sind nicht von der Hand zu weisen: Kriegstreiber wie Bill Clinton, Tony Blair und Henry Kissinger erhielten den Preis zwar schon, doch für die Erweiterung der Herrschaft ungewählter Kommissare sind militärische Eroberungen nicht mehr zeitgemäss. Der Ausbau des EU-Machtbereichs wird durch andere Methoden erreicht: Vorwände für die Vergrösserung der Europäischen Union sind vor allem künstlich geschaffene Krisen wie der Euro-Kollaps, die vermeintlich menschgemachte Klimaerwärmung oder eben die Massen-Einwanderung nach Europa, die u.a. durch den von Tony Blair in die Wege geleiteten Irakkrieg entstand. Die rückständigen Dogmen, die dem Grossmachtprojekt Stabilität geben sollen, sind heute nicht mehr religiöser Natur wie der mittelalterliche Katholizismus, sondern heissen Sozialismus, Kulturmarxismus oder (erzwungene) Völkervermischung. So funktioniert heutzutage die Gleichschaltung des Weltbildes und die Zentralisierung der Macht.

Die Karlspreis-Träger Blair, Merkel, Schulz, Juncker, van Rompuy usw. sind sich darin einig, ein Europa der offenen Grenzen auch gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Vereinigung des Europäischen Grossreichs findet inzwischen unter anderen Vorwänden statt, doch das Ergebnis bleibt dasselbe: Mehr Macht für die Herrschenden, weniger Macht für die Bevölkerung. Ist das nicht eine sehr unzeitgemässe Wiederbelebung der Vergangenheit? Steht das als tolerant, offen und multikulturell vermarktete Europa in Wahrheit für die Pläne der alteingesessenen Bürokraten-Aristokratie? ***(tk)***

Quellen: wikipedia.org, Karlspreis
Wikipedia.org, Karl der Grosse

Fortsetzung auf Seite 64

Die EU und ihre Preise

Fortsetzung von Seite 63

Coudenhove-Kalergi-Europapreis

Der Coudenhove-Kalergi-Europapreis wird von der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi seit ihrer Gründung im Jahre 1978 alle zwei Jahre verliehen. Der Preis ist benannt nach Richard von Coudenhove-Kalergi, dem Initiator der europäischen Vereinigung. Kalergi hatte das sozialistische Experiment in Russland in den höchsten Tönen gelobt, die Einführung einer allgemeinen «Arbeitsdienstpflicht» befürwortet und Trotzki voller Bewunderung sogar als die «Spitze moderner Politik» bezeichnet. Preisträger u.a. Angela Merkel (2010), Herman Van Rompuy (2012), Jean Claude Juncker (2014). *(tk)*

Der Bilderberger Helmut Kohl erhält 1991 den Coudenhove-Kalergi-Europapreis für «überragende Leistungen in der Europapolitik, für die erfolgreiche deutsche Wiedervereinigung und als Motor der gesamteuropäischen Einigung».

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F087871-0018 / Stutterheim, Christian / CC-BY-SA 3.0

EU verleiht sich den Friedensnobelpreis

Dass der Friedensnobelpreis längst zu einem politischen Werkzeug verkommen ist, ist ja kein Geheimnis. Vermehrt werden damit global erwünschte Entscheidungsträger oder politische Strömungen und Organisationen gestärkt. Man denke an die US-Präsidenten Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson, Jimmy Carter und Barack Obama. 2012 war dann die EU dran: Die Arbeit der EU repräsentiere «Bruderschaft zwischen den Nationen» und entspreche einer Form von «Friedenskongress», «wie Alfred Nobel dies als Kriterium für den Friedenspreis 1895 in seinem Testament umschrieben hat». Donnerwetter! Die EU ist also die reinste Friedensbewegung – sagte jedenfalls das Friedensnobelpreiskomitee. Und das ist denn auch des Pudels Kern. Denn der Vorsitzende des Komitees war gleichzeitig Generalsekretär des Europarats. Und damit verliehen sich die Europäischen Institutionen den Preis praktisch selbst. *(gw)*

Politische Mutanten - immer ganz vorn dabei

Sacharow-Preis

Foto: Claude TRUONG-NGOC (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Remise_du_Prix_Sakharov_%C3%A0_Aung_San_Suu_Kyi_Strasbourg_22_octobre_2013-12.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Die EU hat ihren Menschenrechtspreis ausgerechnet «Sacharow-Preis» genannt – also nach einem «Held der sozialistischen Arbeit», der bis zu seinem Tod für eine Durchsetzung des Sozialismus auf Weltebene plädierte und der nur zur Stärkung seiner Glaubwürdigkeit vom Sowjetregime als «Dissident» dargestellt wurde. Sacharow machte zunächst als Konstrukteur der sowjetischen Wasserstoffbombe Karriere, wofür ihm der Stalin- und der Leninpreis, sowie mehrmals der Titel «Held der sozialistischen Arbeit» verliehen wurde. Zu internationaler Berühmtheit gelangte er jedoch erst später als vermeintlicher sowjetischer Dissident, nachdem er sich seit den 1960er-Jahren für Abrüstung und eine Reform des Sozialismus in der Sowjetunion eingesetzt hatte, was ihn nach offizieller Lesart in den Augen des Breschnew-Regimes zum Staatsfeind machte. Sein scheinbarer Einsatz als Dissident brachte ihm 1975 den Friedensnobelpreis ein. Doch das Bild vom verfolgten sowjetischen Regimegegner ist laut Aussage des in den Westen übergelaufenen KGB-Majors Anatoliy Golitsyn eine vorsätzliche Irreführung. Laut Golitsyn war Sacharow weder ein Gegner des sowjetischen Regimes, noch ein Gegner der kommunistischen Ideologie. Vielmehr habe Sacharow die Rolle des Dissidenten in einer vom KGB inszenierten Farce nur vorgetäuscht, um die Transformation des alten diskreditierten Stalinismus in den neuen globalen Ökosozialismus zu unterstützen und für die Weltöffentlichkeit glaubwürdig erscheinen zu lassen. *(tk)*

Andrei Sacharow

Foto: RIA Novosti archive, image #25981/ Vladimir Fedorenko CC-BY-SA 3.0